

Im Blickpunkt

# AUSLÄNDISCHE BEVÖLKERUNG IN DEUTSCHLAND

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei  
Der Deutschen Bibliothek erhältlich.

**Herausgeber:** Statistisches Bundesamt, Wiesbaden



Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen:

Gruppe I C, Telefon: 06 11 / 75 44 86, Fax: 06 11 / 72 40 00 oder  
E-Mail: [annette.pfeiffer@destatis.de](mailto:annette.pfeiffer@destatis.de)

**Verlag:** Metzler-Poeschel, Stuttgart

**Verlagsauslieferung:** SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH  
Postfach 43 43  
72774 Reutlingen  
Telefon: 0 70 71 / 93 53 50  
Telefax: 0 70 71 / 93 53 35  
Internet: <http://www.s-f-g.com>  
E-Mail: [destatis@s-f-g.com](mailto:destatis@s-f-g.com)

Erschienen im Dezember 2001

Preis: DM 26,60 / EUR 13,60

Bestellnummer: 1021208-01901

ISBN: 3-8246-0625-9



Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

oder bei unserem Informationsservice  
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11 / 75 24 05
- Telefax: 06 11 / 75 33 30
- E-Mail: [info@destatis.de](mailto:info@destatis.de)

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2001

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Fotorechte:

Titelfoto: epd, Evangelischer Pressedienst; Seite 9: Manfred Vollmer, Essen; übrige Fotos: epd, Evangelischer Pressedienst

## Vorwort

Ausländer in Deutschland: Die einen wollen für immer in unserem Land leben und arbeiten, andere nur für eine gewisse Zeit. Viele sind hier geboren, sprechen fließend die deutsche Sprache, können sich keine andere Heimat vorstellen. Andere wollen nach einem langen Berufsleben ihren Lebensabend wieder in ihrer alten Heimat verbringen. Manche wollen unter sich bleiben oder haben Schwierigkeiten, sich zu integrieren. Andere werden nur auf Zeit bei uns aufgenommen, solange in ihrem Land beispielsweise Unruhe und Bürgerkrieg herrschen. Wieder andere kommen zu Studium oder Ausbildung zu uns.

Es sind also ganz unterschiedliche Gründe und Umstände, die Menschen anderer Nationalität in unser Land führen und hier leben lassen. Gemeinsam ist ihnen nur die fehlende deutsche Staatsangehörigkeit, im Übrigen herrscht eine große Vielfalt an Lebensformen.

Im vorliegendem Band werden unsere ausländischen Mitbürger nicht nur als einheitliche Gruppe unseren deutschen Mitbürgern gegenübergestellt. Vielmehr werden dort, wo es das statistische Material erlaubt, auch die Unterschiede zwischen den ausländischen Bevölkerungsgruppen dargestellt.

Das Thema „Ausländische Bevölkerung in Deutschland“ hat – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Deutschland – große und weiter zunehmende gesellschaftspolitische Bedeutung. In diesem Blickpunkt-Band werden die Erkenntnisse der amtlichen Statistik über die Lebensverhältnisse der Ausländer in Deutschland zusammengestellt. Die Statistischen Daten sollen einer breiten Öffentlichkeit einen Überblick zur Gesamtsituation verschaffen und damit zu einer objektiven Meinungsbildung beitragen. Die Kenntnis der Tatsachen vermag Vorurteile abzubauen und gegenseitiges Verständnis zu vertiefen.

Allen, die an dieser Publikation mitgewirkt haben, danke ich ganz herzlich und wünsche ihr eine große Verbreitung.

Johann Hahlen

Präsident des Statistischen Bundesamtes

# Inhalt

	Seite
Allgemeine Vorbemerkungen .....	7
<b>1 Die ausländische Bevölkerung in Zahlen .....</b>	<b>10</b>
1.1 Etwa jeder 11. Einwohner ist Ausländer .....	10
1.2 Regionale Schwerpunkte: Fast drei Viertel aller Ausländerinnen und Ausländer leben in nur vier Bundesländern .....	12
1.3 80 % der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland sind Europäer .....	14
1.4 Aufenthaltsdauer: Mehr als 50 % aller Ausländer leben schon seit mindestens 10 Jahren in Deutschland .....	16
1.5 Aufenthaltsstatus: Über die Hälfte der Ausländerinnen und Ausländer hatte 1999 einen relativ sicheren Status .....	18
<b>2 Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle .....</b>	<b>22</b>
2.1 Eheschließungen: Mehr deutsche Männer heiraten eine ausländische Frau als umgekehrt .....	22
2.2 Ehen Deutscher mit Ausländern: Männer heiraten am häufigsten Polinnen, Frauen Türken .....	23
2.3 In der ausländischen Bevölkerung Deutschlands werden mehr Menschen geboren als sterben .....	25
2.4 1999 wurden 33 000 eheliche Babys mit deutschem Vater und ausländischer Mutter geboren .....	26
<b>3 Wanderungen .....</b>	<b>30</b>
3.1 Gründe für Zu- und Abwanderungen .....	30
3.2 Starke Zuwanderungen führen zu hohen Abwanderungen .....	31
3.3 Die fortziehenden Ausländerinnen und Ausländer sind durchschnittlich älter als die zuziehenden .....	33
3.4 Seit 1972 ziehen mehr Ledige als Verheiratete nach Deutschland .....	35
3.5 Über ein Fünftel der Zuwanderer kam 1999 aus einem EU-Land .....	37
<b>4 Haushalte und Familien .....</b>	<b>42</b>
4.1 Mikrozensus zeigt Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Bevölkerung .....	42
4.2 In nur jedem 38. Haushalt lebten 1999 Deutsche und Ausländer zusammen .....	42
4.3 Ausländerhaushalte sind überdurchschnittlich groß .....	42
4.4 In jeder zehnten Ehe ist mindestens ein Partner Ausländer .....	43

4.5	Ausländische Paare sind relativ kinderreich .....	44
4.6	Ausländische Haushalte haben oft niedrigeres Einkommen als deutsche.....	45
4.7	Doppelverdienerhaushalte bei Deutschen häufiger als bei Ausländern	46
<b>5</b>	<b>Wohnverhältnisse</b> .....	<b>50</b>
5.1	Deutsche Haushalte verfügen durchschnittlich über 88 m <sup>2</sup> , ausländische nur über 72 m <sup>2</sup> .....	50
5.2	Ausländerinnen und Ausländer haben im Schnitt 15 m <sup>2</sup> weniger Wohnfläche als Deutsche .....	50
5.3	Ausländische Haushalte müssen ein Viertel ihres Einkommens für Wohnen ausgeben .....	51
5.4	Mindestens 17 Jahre in der Wohnung: 40 % der deutschen Haushalte, 15 % der ausländischen .....	52
5.5	Ausländer haben viel seltener Wohneigentum als Deutsche .....	53
5.6	Ausländerinnen und Ausländer leben meist in Mehrfamilienhäusern ...	54
<b>6</b>	<b>Ausländische Schülerinnen und Schüler</b> .....	<b>58</b>
6.1	Jeder elfte Schüler war 1999 ausländischer Nationalität .....	58
6.2	10 % der ausländischen Schulabgänger haben die Fachhochschul- oder Hochschulreife .....	58
6.3	Berufsschule – auch bei Ausländerinnen und Ausländern sehr gefragt	62
6.4	Ausbildung zum Kaufmann oder zur Kauffrau im Einzelhandel bei ausländischen Lehrlingen am beliebtesten .....	65
6.5	1999 lernten 6 000 Ausländer an Schulen des Gesundheitswesens ....	67
<b>7</b>	<b>Erwerbstätigkeit</b> .....	<b>70</b>
7.1	Knapp 2,9 Mill. ausländische Erwerbstätige .....	70
7.2	In Bayern hohe Erwerbsquote unter den Ausländern .....	70
7.3	Bis 60 Jahre höhere Erwerbsquote der Deutschen .....	72
7.4	Ausländer aus EU-Staaten häufig selbständig .....	72
7.5	Ausländische Frauen oft auf finanzielle Unterstützung angewiesen ....	74
7.6	Fast ein Viertel der in Hotel- und Gaststättenberufen arbeitenden Menschen sind ausländischer Herkunft .....	75
7.7	Die meisten ausländischen Ärzte kommen aus dem Iran .....	77
7.8	Rund 6 % der am Bau Beschäftigten haben eine ausländische Staatsangehörigkeit .....	78
7.9	Ausländer von Arbeitslosigkeit prozentual stärker betroffen als Deutsche .....	79
7.10	Ausländische Arbeitslose und ihre Staatsangehörigkeit .....	81

<b>8</b>	<b>Sozialhilfe und Leistungen für Asylbewerber .....</b>	<b>84</b>
8.1	8,6 % der in Deutschland lebenden Ausländer bekamen Ende 1999 Sozialhilfe .....	84
8.2	Mehr als die Hälfte der ausländischen Sozialhilfeempfänger ist jünger als 30 Jahre .....	85
8.3	Ein bedürftiger ausländischer Haushalt bekommt durchschnittlich 935 DM pro Monat .....	87
8.4	Bei der Mehrzahl der Sozialhilfeempfänger steht eine prekäre Erwerbssituation im Vordergrund .....	88
8.5	Ausländische Sozialhilfeempfänger überwiegend ohne Berufsausbildung .....	90
8.6	Niedrigere Sozialhilfequoten bei den Ausländern in den neuen Bundesländern .....	91
8.7	Als Hilfe in besonderen Lebenslagen wird überwiegend Krankenhilfe bezahlt .....	92
8.8	Über die Hälfte der Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz war unter 25 Jahre .....	92
<b>9</b>	<b>Schwerbehinderte .....</b>	<b>98</b>
9.1	Rund 3 % aller Schwerbehinderten haben keinen deutschen Pass .....	98
9.2	Grad der Behinderung bei ausländischen Schwerbehinderten niedriger .....	99
<b>10</b>	<b>Straffälligkeit .....</b>	<b>102</b>
<b>11</b>	<b>Einbürgerungen .....</b>	<b>108</b>
<b>12</b>	<b>Asylanträge .....</b>	<b>112</b>
12.1	Seit 1992 wieder sinkende Zahl neuer Asylanträge .....	112
12.2	Die meisten Asylsuchenden kommen aus Europa .....	114
<b>13</b>	<b>Methodische Grundlagen der Ausländerstatistik .....</b>	<b>118</b>

# Allgemeine Vorbemerkungen

## Gebietsstand

### Deutschland

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990

### Früheres Bundesgebiet:

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. Oktober 1990; sie schließen Berlin-West ein.

### Neue Länder und Berlin-Ost:

Angaben für die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie Berlin-Ost.

## Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

## Auf- und Abrundungen

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügig Abweichungen in der Endsumme ergeben.





**1 Die ausländische  
Bevölkerung in Zahlen**

# 1 Die ausländische Bevölkerung in Zahlen

## 1.1 Etwa jeder 11. Einwohner ist Ausländer

Ende 1871 lebten im Deutschen Reich rund 207 000 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit; das waren 0,5 % aller Einwohner. Als Folge der starken Zunahme internationaler wirtschaftlicher Verflechtungen stieg ihre Zahl jedoch ständig an. Bei der Volkszählung 1910 gaben fast 1,3 Mill. oder 2 % aller Einwohner des Deutschen Reichs an, nicht die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Der 1. Weltkrieg unterbrach diese Entwicklung. Die Nachkriegsverhältnisse, insbesondere die ungünstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, führten zu einem Rückgang der Zahl ausländischer Einwohner auf zunächst 957 000 im Juni 1925, dann auf 757 000 im Juni 1933. Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung verringerte sich im gleichen Zeitraum von 1,5 auf 1,2 %.

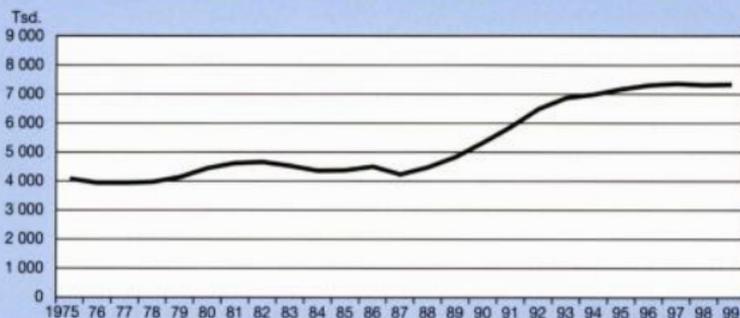
Tab. 1.1: Bevölkerung insgesamt und ausländische Bevölkerung \*)

Stichtag	Bevölkerung insgesamt	Weibliche Personen je 1 000 männliche	Ausländer/-innen insgesamt		Weibliche Personen je 1 000 männliche
	1 000	Anzahl	1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl
<b>Deutsches Reich</b>					
01.12.1871 .....	41 058,8	1 037	206,8	5	658
01.12.1880 .....	45 234,1	1 039	276,1	6	749
01.12.1890 .....	49 428,5	1 040	433,3	9	775
01.12.1900 .....	56 367,2	1 032	778,7	14	678
01.12.1910 .....	64 926,0	1 026	1 259,9	19	757
16.06.1933 <sup>1)</sup> .....	65 218,5	1 058	756,8	12	1 005
<b>Früheres Bundesgebiet</b>					
01.10.1951 .....	50 808,9	1 142	506,0	10	-
06.06.1961 .....	56 174,8	1 127	686,2	12	451
31.12.1971 .....	61 502,5	1 094	3 438,7	56	-
30.09.1975 .....	61 746,0	1 097	4 089,6	66	676
30.09.1980 .....	61 653,1	1 092	4 453,3	72	700
30.09.1982 .....	61 604,1	1 091	4 666,9	76	723
30.09.1984 .....	61 089,1	1 092	4 363,6	71	746
31.12.1986 .....	61 140,5	1 088	4 512,7	74	751
31.12.1988 .....	61 715,1	1 078	4 489,1 <sup>2)</sup>	73 <sup>2)</sup>	820 <sup>2)</sup>
31.12.1990 .....	63 725,7	1 066	5 242,5 <sup>3)</sup>	84 <sup>3)</sup>	774 <sup>3)</sup>
<b>Deutschland</b>					
31.12.1991 .....	80 274,6	1 067	5 882,3	73	761
31.12.1992 .....	80 974,6	1 060	6 495,8	80	746
31.12.1993 .....	81 338,1	1 058	6 878,1	85	754
31.12.1994 .....	81 538,6	1 057	6 990,5	86	772
31.12.1995 .....	81 817,5	1 053	7 173,9	88	783
31.12.1996 .....	82 012,2	1 053	7 314,0	89	793
31.12.1997 .....	82 057,4	1 052	7 365,8	90	807
31.12.1998 .....	82 037,0	1 051	7 319,6	89	818
31.12.1999 .....	82 163,5	1 049	7 343,6	89	830

\*) Jeweiliger Gebietsstand. - 1) Vor dem 2. Weltkrieg fand noch am 17.5.1939 eine Volkszählung statt. Die hieraus im Statistischen Jahrbuch 1939/40 veröffentlichten Daten über die ausländische Bevölkerung sind interpretationsbedürftig und kaum mit anderen Ergebnissen zu vergleichen. Deshalb wurde hier auf sie verzichtet. - 2) An die Volkszählung vom 25. Mai 1987 angepasste Zahlen. - 3) Einschl. 45 Personen, die nicht aufgegliedert werden konnten.

Im Oktober 1951 lebten 506 000 Ausländerinnen und Ausländer im früheren Bundesgebiet, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 1 %. Der Anfang der 50er Jahre in Westdeutschland einsetzende wirtschaftliche Aufschwung führte zu einem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften, der bis 1961 größtenteils durch die Aufnahme von Deutschen aus der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) gedeckt werden konnte. Danach kam der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung zu. Die ausländischen Arbeitskräfte, ihre nachkommenden Familienangehörigen und der hohe Geburtenüberschuss der ausländischen Bevölkerung führten innerhalb eines Jahrzehnts im früheren Bundesgebiet zu einem Anstieg der Zahl der ausländischen Bürgerinnen und Bürger von 686 000 (1961) um nahezu 2,8 Mill. auf 3,4 Mill. (1971). Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich damit von 1,2 auf 5,6 %. Durch den 1973 erlassenen Anwerbestopp wurde einerseits die Einreise in das Bundesgebiet zum Zwecke der Arbeitsaufnahme weitgehend unterbunden – das war die Hauptursache für den Rückgang in den Jahren 1975/77 –, andererseits jedoch die Familienzusammenführung gefördert. Hinzu kam die verstärkte Einreise von Asylsuchenden in den Jahren 1979/80. Im September 1982 lebten rund 4,7 Mill. Ausländer in Deutschland. Hatte 1971 jeder 18. Einwohner im früheren Bundesgebiet eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit besessen, so war es 1982 bereits jeder 13.

**Abb. 1.1: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland<sup>1)</sup>**

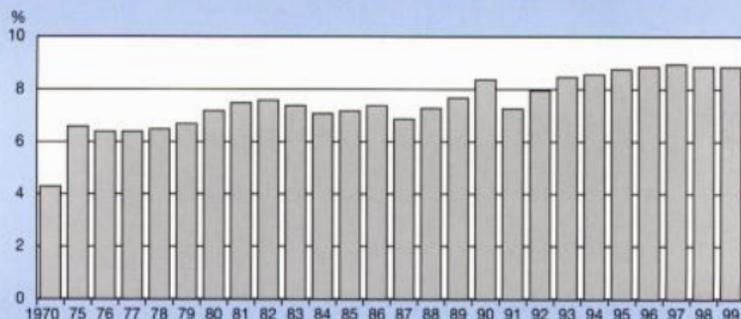


1) Bis 1990 früheres Bundesgebiet.

Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0140

1983 ging die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer erstmals seit 1978 wieder zurück. Die Ursachen hierfür waren wesentlich weniger Familienzusammenführungen sowie eine deutliche Abnahme der Zahl der Asylsuchenden. Das Rückkehrhilfegesetz löste einen starken Anstieg der Fortzüge aus, die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer nahm bis 1984 weiter ab. 1985 stieg die ausländische Bevölkerung im früheren Bundesgebiet – bedingt durch eine erstmals wieder positive Wanderungsbilanz – leicht an, ein Trend, der sich 1986 verstärkte.

Abb. 1.2: Anteil der ausländischen an der gesamten Bevölkerung<sup>1)</sup>



1) Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0141

In der Folgezeit bewirkten die hohen Zuzugszahlen, hauptsächlich bedingt durch den bis Mitte 1993 anhaltenden Anstieg von Asylsuchenden, Jahr für Jahr eine Zunahme der sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhaltenden Ausländerinnen und Ausländer. 1990/91 und 1991/92 betrug die Steigerung jeweils 10 %. Bis Ende 1999 nahm die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer auf rund 7,3 Mill. zu. Seit 1993 verringerte sich der Anstieg aber merklich, nicht zuletzt wegen der Änderung des Asylrechts. Das Wachstum der ausländischen Bevölkerung hat sich somit deutlich abgeschwächt, was insbesondere von den Wanderungsbewegungen sowie den Einbürgerungen abhängt.

Der Anteil der ausländischen an der gesamten Bevölkerung betrug Ende 1999 8,9 %, d. h. etwa jeder 11. Einwohner Deutschlands hatte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

## 1.2 Regionale Schwerpunkte: Fast drei Viertel aller Ausländerinnen und Ausländer leben in nur vier Bundesländern

Die ausländische Bevölkerung ist nicht gleichmäßig über das Bundesgebiet verteilt, es sind vielmehr deutliche regionale Schwerpunkte erkennbar. Ende 1999 lebten nach den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung knapp 28 % der ausländischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen, fast 18 % in Baden-Württemberg, gut 15 % in Bayern und 10 % in Hessen; in diesen vier Bundesländern lebten mithin 71 % aller Ausländerinnen und Ausländer.<sup>1)</sup>

Die Verteilung zeigt auch, dass der Anteil der ausländischen Bevölkerung nach Bundesländern über die Jahre relativ konstant bleibt. In den neuen Bundesländern sind vergleichsweise wenig ausländische Staatsangehörige zu finden. Ende 1999 hatten dort nur etwa 280 000 oder 3,8 % aller in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer ihr Zuhause. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass es in der ehemaligen DDR keine vom Umfang her mit den Verhältnissen im früheren

<sup>1)</sup> Siehe auch den Anhang „Methodische Grundlagen der Ausländerstatistik“.

Bundesgebiet vergleichbare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegeben hat.

Betrachtet man den Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Bundesländer, so war dieser Ende 1999 mit gut 15 % am höchsten in Hamburg, gefolgt von Bremen mit ebenfalls 15 %, und Baden-Württemberg, Berlin und Hessen mit jeweils mehr als 12 %. In den neuen Bundesländern bewegte sich diese Quote zwischen 1,7 und 2,3 %.

**Tab. 1.2: Ausländische Bevölkerung in den Bundesländern \*)**

Land	31.12.1993		31.12.1995		31.12.1999	
	Insgesamt	%	Insgesamt	%	Insgesamt	%
Baden-Württemberg	1 254 896	18,2	1 282 317	17,9	1 305 175	17,7
Bayern	1 053 051	15,3	1 090 626	15,2	1 123 257	15,3
Berlin	427 884	6,2	449 502	6,3	433 562	5,9
Brandenburg	61 915	0,9	63 528	0,9	61 179	0,8
Bremen	77 493	1,1	80 869	1,1	101 492	1,4
Hamburg	251 264	3,7	274 652	3,8	261 871	3,6
Hessen	789 867	11,5	818 972	11,4	730 507	9,9
Mecklenburg-Vorpommern	28 702	0,4	27 028	0,4	31 651	0,4
Niedersachsen	445 832	6,5	468 755	6,5	527 802	7,2
Nordrhein-Westfalen	1 886 303	27,4	1 960 700	27,3	2 044 625	27,8
Rheinland-Pfalz	275 508	4,0	291 426	4,1	311 688	4,2
Saarland	72 123	1,0	78 215	1,1	88 348	1,2
Sachsen	61 169	0,9	79 154	1,1	104 970	1,4
Sachsen-Anhalt	38 027	0,6	45 634	0,6	44 154	0,6
Schleswig-Holstein	131 520	1,9	136 791	1,9	151 621	2,1
Thüringen	22 563	0,3	26 739	0,4	41 673	0,5
<b>Deutschland</b>	<b>6 878 117</b>	<b>100</b>	<b>7 173 866</b>	<b>100</b>	<b>7 363 575</b>	<b>100</b>

\*) 1993 und 1995: Auszählung des Ausländerzentralregisters; 1999: Ergebnisse der Bevölkerungsforschung.

**Tab. 1.3: Bevölkerung insgesamt und ausländische Bevölkerung \*) in den Bundesländern**

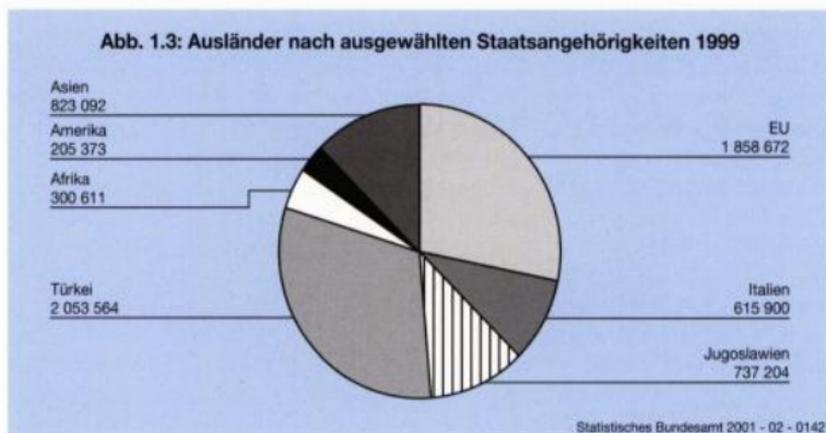
Land	31.12.1993			31.12.1995			31.12.1999		
	Bevölkerung	Ausländer/-innen		Bevölkerung	Ausländer/-innen		Bevölkerung	Ausländer/-innen	
		1 000	je 1 000 Einwohner		1 000	je 1 000 Einwohner		1 000	je 1 000 Einwohner
Baden-Württemberg	10 234,0	1 254,9	123	10 319,4	1 281,3	124	10 474,9	1 305,2	125
Bayern	11 863,3	1 053,1	89	11 993,5	1 090,6	91	12 155,0	1 123,3	92
Berlin	3 475,4	427,9	123	3 471,4	449,5	130	3 386,7	433,6	128
Brandenburg	2 537,7	61,9	24	2 542,0	63,5	25	2 601,2	61,2	23
Bremen	683,1	77,5	113	679,8	80,9	119	663,1	101,5	153
Hamburg	1 702,9	251,3	148	1 707,9	274,7	161	1 704,7	261,9	153
Hessen	5 967,3	789,9	132	6 009,9	819,0	136	6 052,0	730,5	121
Mecklenburg-Vorpommern	1 843,5	28,7	16	1 823,1	27,0	15	1 789,3	31,7	18
Niedersachsen	7 648,0	445,8	58	7 780,4	468,8	60	7 898,8	527,8	67
Nordrhein-Westfalen	17 759,3	1 886,3	106	17 893,0	1 960,7	110	17 999,8	2 044,6	114
Rheinland-Pfalz	3 925,9	275,5	70	3 977,9	291,4	73	4 030,8	311,7	77
Saarland	1 084,5	72,1	67	1 084,4	78,2	72	1 071,5	88,3	82
Sachsen	4 607,7	61,2	13	4 566,6	79,2	17	4 459,7	105,0	23
Sachsen-Anhalt	2 777,9	38,0	14	2 738,9	45,6	17	2 648,7	44,2	17
Schleswig-Holstein	2 694,9	131,5	49	2 725,5	136,8	50	2 777,3	151,6	54
Thüringen	2 532,8	22,6	9	2 503,8	26,7	11	2 449,1	41,7	17
<b>Deutschland</b>	<b>81 338,1</b>	<b>6 878,1</b>	<b>85</b>	<b>81 817,5</b>	<b>7 173,9</b>	<b>88</b>	<b>82 163,5</b>	<b>7 363,6</b>	<b>89</b>

\*) 1993 und 1995: Auszählung des Ausländerzentralregisters; 1999: Ergebnisse der Bevölkerungsforschung.

### 1.3 80 % der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland sind Europäer

Vergleicht man die Staatsangehörigkeiten der ausländischen Bevölkerung im Deutschen Reich mit denen in der Bundesrepublik Deutschland, so zeigen sich erhebliche Veränderungen. Vor dem 1. Weltkrieg waren Angehörige aus solchen Staaten am stärksten vertreten, die mit dem Deutschen Reich eine gemeinsame Landesgrenze hatten. So besaßen von den bei der Volkszählung 1910 ermittelten Ausländerinnen und Ausländern 50 % die österreichische und jeweils rund 11 % die russische bzw. die niederländische Staatsangehörigkeit.

Die als Folge des 1. Weltkrieges eingetretenen Gebietsstandsveränderungen, wie die Auflösung der Donaumonarchie Österreich-Ungarn oder das Wiedererstehen des polnischen Staates und die Bildung neuer Staaten in Mitteleuropa – z. B. Tschechoslowakei, Jugoslawien – hatten erhebliche Auswirkungen auf die Zusammensetzung der im Deutschen Reich lebenden ausländischen Bevölkerung. So ging 1925 im Vergleich zu 1910 der Anteil der österreichischen Staatsangehörigen von 50 auf 14 % und der russischer bzw. sowjetischer Staatsangehöriger von 11 auf 5 % zurück. Die Hälfte der 1925 im Deutschen Reich lebenden Ausländerinnen und Ausländer stammte aus der Tschechoslowakei und Polen.



Ende 1999 stammten in Deutschland rund 81 % aller ausländischen Staatsangehörigen aus europäischen Ländern, gut 11 % aus asiatischen und 4 % aus afrikanischen Ländern, aus Amerika (Nord- und Südamerika) nicht ganz 3 %. Die anderen kamen aus Australien und Ozeanien (0,1 %), waren staatenlos (0,2 %) oder gehörten zu den ungeklärten und Fällen ohne Angabe (0,8 %).

Prozentual am stärksten vertreten sind auch heute noch Menschen aus den Staaten, mit denen es in den 50er und 60er Jahren Anwerbevereinbarungen gab. So stammten Ende 1999 von den 7,3 Mill. Ausländerinnen und Ausländern fast 28 % aus der Türkei, 1910 hatte ihr Anteil nur 0,2 % betragen. Den zweiten und dritten Platz nehmen Menschen aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien (10,0 %)

sowie aus Italien (8,4 %) ein. 1961 waren italienische Staatsangehörige mit 29 % noch die stärkste Ausländergruppe im früheren Bundesgebiet gewesen. Verringert hat sich der Anteil der Bürgerinnen und Bürger aus Spanien und Portugal; Ende 1999 betrug er jeweils nur noch knapp 2 % gegenüber 5 % (Spanien) und 3 % (Portugal) im Jahr 1978.

**Tab. 1.4: Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten\*)**

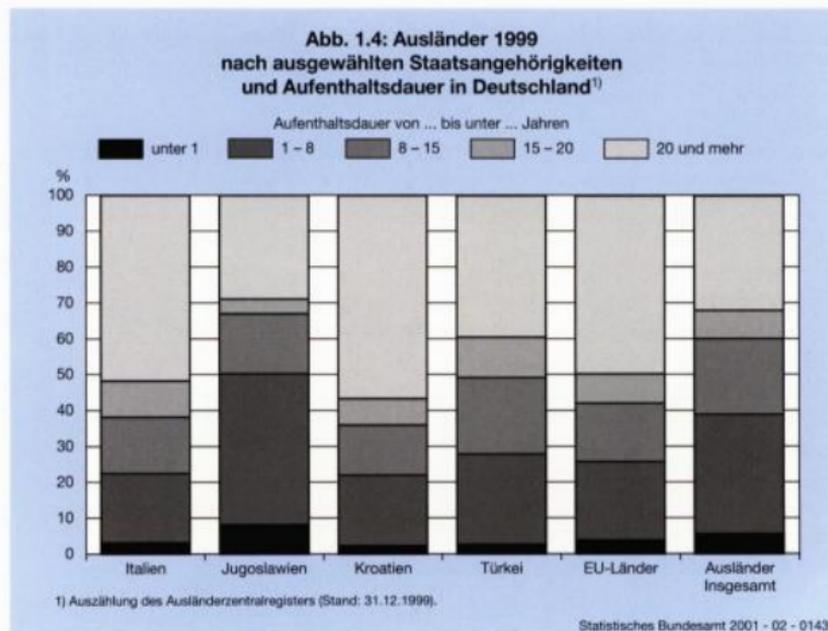
Staatsangehörigkeit	Früheres Bundesgebiet	Deutschland	
	1985	1991	1999
Europa . . . . .	3 763 838	4 856 428	5 930 311
Belgien . . . . .	18 852	21 618	23 284
Dänemark . . . . .	13 381	16 833	20 320
Finnland . . . . .	9 936	11 156	15 449
Frankreich . . . . .	74 850	88 880	107 191
Griechenland . . . . .	280 614	336 893	364 354
Großbritannien und Nordirland . . . . .	88 089	103 185	113 487
Irland . . . . .	6 332	12 854	15 527
Italien . . . . .	531 338	560 090	615 900
Luxemburg . . . . .	4 891	5 361	5 857
Niederlande . . . . .	108 419	113 332	110 519
Österreich . . . . .	172 534	186 885	186 090
Portugal . . . . .	77 046	92 991	132 623
Schweden . . . . .	10 548	13 384	18 178
Spanien . . . . .	152 781	135 234	129 893
EU-Staaten <sup>1)</sup> . . . . .	1 549 611	1 698 696	1 858 672
Bosnien und Herzegowina . . . . .	-	-	167 690
Jugoslawien <sup>2)</sup> . . . . .	591 001	775 082	737 204
Kroatien . . . . .	-	-	213 954
Polen . . . . .	104 755	271 198	291 673
Rumänien . . . . .	13 736	92 135	87 504
Ehem. Sowjetunion . . . . .	6 688	51 378	39 344
Russische Föderation . . . . .	-	-	98 363
Türkei . . . . .	1 401 932	1 779 586	2 053 564
Afrika . . . . .	133 456	230 370	300 611
Algerien . . . . .	5 284	9 073	17 186
Ghana . . . . .	13 941	21 952	22 602
Marokko . . . . .	48 132	75 145	81 450
Nigeria . . . . .	3 164	15 638	15 351
Tunesien . . . . .	23 168	27 205	24 260
Amerika . . . . .	127 046	160 564	205 373
Brasilien . . . . .	6 841	12 106	22 390
Vereinigte Staaten . . . . .	85 655	99 712	111 982
Asien . . . . .	295 459	553 383	823 092
Afghanistan . . . . .	14 410	36 409	71 955
China <sup>3)</sup> . . . . .	6 178	22 098	42 925
Indien . . . . .	24 315	32 759	34 328
Iran, Islamische Republik . . . . .	51 351	97 924	116 446
Japan . . . . .	17 551	25 195	29 980
Libanon . . . . .	13 164	50 935	54 063
Pakistan . . . . .	16 193	28 157	38 257
Sri Lanka . . . . .	27 535	40 517	55 085
Thailand . . . . .	7 912	17 840	34 875
Vietnam . . . . .	29 551	78 139	85 362
Australien und Ozeanien . . . . .	6 308	7 981	10 033
Staatenlos . . . . .	27 837	22 757	18 032
Ungeklärt und ohne Angabe . . . . .	24 998	44 784	56 139
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>4 378 942</b>	<b>5 882 267</b>	<b>7 343 591</b>

\*) Auszählung des Ausländerzentralregisters. – 1980 am 30.9., ab 1985 jeweils am 31.12. – <sup>1)</sup> Gebietsstand 1.1.1995. – <sup>2)</sup> 1985 einschl. Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien und Mazedonien; ab 1991 Serbien und Montenegro einschl. nicht zuordenbarer Fälle aus dem ehem. Jugoslawien. – <sup>3)</sup> Ohne Taiwan.

## 1.4 Aufenthaltsdauer: Mehr als 50 % aller Ausländer leben schon seit mindestens 10 Jahren in Deutschland

Die Aufenthaltsdauer ist definiert als die Zeit von der ersten Einreise ins Bundesgebiet bis zum jeweiligen Auszählungstichtag<sup>1)</sup>. Nach dieser Definition waren Ende 1999 von den gut 7,3 Mill. Personen im Ausländerzentralregister mehr als die Hälfte, genau 52 %, schon über 10 Jahre – darunter 32 % mehr als 20 Jahre – in Deutschland ansässig. 28 % lebten seit weniger als sechs Jahren in Deutschland, fast 20 % zwischen sechs und zehn Jahren.

Dabei gibt es zwischen den Nationalitäten Unterschiede. Besonders augenfällig ist, dass mehr als die Hälfte der Menschen aus ehemaligen Anwerbeländern über 20 Jahre in Deutschland leben, z. B. aus Griechenland 50,9 %, aus Italien 51,8 %, aus Spanien 68,6 %, aus Kroatien 56,7 %. Ausnahme ist die Türkei mit nur 39,4 %. Auch von den hier lebenden Menschen aus unseren unmittelbaren Nachbarstaaten Niederlande (58,2 %) und Österreich (58,8 %), sind mehr als die Hälfte schon so lange in Deutschland. Bei den Bürgerinnen und Bürgern aus Österreich hängt das mit der gleichen Sprache, den vielen verwandtschaftlichen Beziehungen und den engen Verflechtungen über die Grenze hinweg zusammen. Der hohe Prozentsatz



<sup>1)</sup> Die Zahlen können aber nichts darüber aussagen, ob die Menschen sich seit ihrer ersten Einreise auch wirklich ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland aufhielten.

bei den niederländischen Staatsangehörigen hat ähnliche Gründe. Für die Menschen aus früheren Anwerbestaaten hängt die Dauer des Aufenthalts hingegen wesentlich vom Zeitpunkt des Abschlusses der Anwerbevereinbarungen und des Familiennachzugs ab.

**Tab. 1.5: Ausländische Bevölkerung 1999 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer in Deutschland <sup>1)</sup>**

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Davon Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren <sup>1)</sup>					
		Unter 1	1 – 6	6 – 10	10 – 15	15 – 20	20 und mehr
	Anzahl	Prozent					
Europa	5 930 311	4,9	20,2	18,8	11,2	8,1	36,9
Belgien	23 284	5,2	19,0	12,4	13,0	11,1	39,3
Dänemark	20 320	6,9	23,7	17,4	11,4	8,5	32,2
Finnland	15 449	10,4	27,7	12,4	8,1	5,8	35,6
Frankreich	107 191	7,6	24,1	13,4	12,8	9,3	32,8
Griechenland	364 354	2,7	13,9	13,8	12,3	6,3	50,9
Großbritannien und Nordirland	113 487	6,2	21,4	15,8	13,2	11,3	32,2
Irland	15 527	8,8	31,0	25,6	15,5	7,5	11,6
Italien	615 900	3,1	15,0	9,2	10,9	10,0	51,8
Luxemburg	5 857	6,2	22,1	10,3	10,5	8,9	42,0
Niederlande	110 519	3,5	14,4	8,5	8,8	6,6	58,2
Österreich	186 090	3,4	11,7	8,2	9,4	8,4	58,8
Portugal	132 623	4,3	26,5	16,3	7,5	5,0	40,5
Schweden	18 178	10,1	30,2	15,2	9,1	6,6	28,9
Spanien	129 893	3,6	11,2	6,1	5,3	5,2	68,6
EU-Staaten <sup>2)</sup>	1 858 672	3,9	16,4	11,2	10,6	8,2	49,7
Bosnien und Herzegowina	167 690	2,1	22,6	47,3	4,0	3,3	20,7
Jugoslawien <sup>3)</sup>	737 204	8,2	21,5	30,8	6,6	4,0	28,9
Kroatien	213 954	2,3	10,6	16,4	6,7	7,3	56,7
Polen	291 673	7,2	27,8	24,6	25,6	9,1	5,6
ehem. Sowjetunion	39 344	1,2	15,3	66,3	9,2	3,0	4,9
Rumänien	87 504	8,3	23,9	56,9	7,0	1,9	1,9
Russische Föderation	98 363	18,8	64,1	15,7	0,9	0,2	0,3
Türkei	2 053 564	2,7	17,7	15,2	13,7	11,3	39,4
Afrika	300 611	7,0	31,1	27,4	14,5	7,8	12,2
Algerien	17 186	8,5	30,6	38,6	7,4	4,5	10,3
Ghana	22 602	4,2	20,2	28,8	23,8	13,3	9,7
Marokko	81 450	5,1	21,5	19,6	19,3	11,9	22,6
Nigeria	15 351	5,0	38,3	40,0	8,0	2,3	6,5
Tunesien	24 260	5,7	22,3	17,0	12,4	11,9	30,7
Amerika	205 373	9,9	28,8	28,8	13,3	7,7	22,1
Brasilien	22 390	11,7	38,4	38,4	13,2	5,4	8,7
Vereinigte Staaten	111 982	9,2	22,8	22,8	13,3	8,7	29,2
Asien	823 092	9,5	35,4	22,8	18,9	6,4	7,0
Afghanistan	71 955	8,8	40,3	32,2	12,5	5,0	1,2
China <sup>4)</sup>	42 925	18,0	37,7	26,4	14,6	2,3	1,0
Indien	34 328	9,8	28,3	21,7	14,0	9,4	16,9
Iran, Islamische Republik	116 446	4,2	20,3	16,8	37,1	10,2	11,5
Japan	29 980	14,0	36,5	15,6	13,3	7,2	13,5
Libanon	54 063	3,8	19,7	33,2	33,3	4,2	5,8
Pakistan	38 257	7,6	30,4	27,7	18,2	5,7	10,3
Sri Lanka	55 085	4,7	36,1	22,9	25,1	9,7	1,6
Thailand	34 875	8,6	35,0	24,0	19,0	7,5	5,9
Vietnam	85 362	5,7	21,7	38,6	23,2	7,7	3,1
Australien und Ozeanien	10 033	9,8	9,8	19,4	12,5	5,4	25,1
Staatenlos	18 032	2,9	2,9	16,4	15,2	9,7	43,8
Ungeklärt und ohne Angabe	56 139	8,7	8,7	24,2	18,6	4,5	14,9
<b>Insgesamt</b>	<b>7 343 591</b>	<b>5,6</b>	<b>22,6</b>	<b>19,6</b>	<b>12,3</b>	<b>7,9</b>	<b>31,9</b>

<sup>1)</sup> Auszählung des Ausländerzentralregisters zum 31.12.1998. – <sup>2)</sup> Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Unterbrechungen aus der Differenz zwischen Auszählungsstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet. – <sup>3)</sup> Stand: 01.01.1995. – <sup>4)</sup> Serbien/Montenegro; einschl. nicht zuordenbarer Fälle aus dem ehem. Jugoslawien. – <sup>5)</sup> Ohne Taiwan.

Aus einigen Ländern in denen es Bürgerkriege gab, wurden in den 90er Jahren viele Flüchtlinge aufgenommen. So sind fast drei Viertel (72,0 %) der Menschen aus Bosnien-Herzegowina in den letzten zehn Jahren nach Deutschland genommen, aus Jugoslawien waren es drei Fünftel (60,5 %). Auch die dramatischen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion und anderen ehemaligen Ostblockstaaten zeigen sich hier ganz deutlich.

## **1.5 Aufenthaltsstatus: Über die Hälfte der Ausländerinnen und Ausländer hatte 1999 einen relativ sicheren Status**

Zwischen der Aufenthaltsdauer und dem Aufenthaltsstatus besteht insofern ein enger Zusammenhang, als der Aufenthaltsstatus eines ausländischen Staatsangehörigen auch von der beabsichtigten bzw. faktischen Dauer seines Aufenthalts in Deutschland abhängt. Das Ausländergesetz differenziert den Aufenthaltsstatus entsprechend dem Zweck des jeweiligen Aufenthalts eines ausländischen Staatsangehörigen im Bundesgebiet. Es unterscheidet – je nach Zweck und Dauer bzw. Verfestigung des Aufenthalts – folgende Formen der Aufenthaltsgenehmigung :

- Die Aufenthaltsbewilligung ermöglicht nur einen zweckgebundenen und befristeten Aufenthalt. Sie schließt einen späteren Daueraufenthalt aus. Nach Wegfall des Aufenthaltswezcks müssen die Betroffenen Deutschland grundsätzlich wieder verlassen. Dies gilt beispielsweise, wenn ein Ausländer in Deutschland studiert oder ein Praktikum absolviert.
- Die befristete Aufenthaltserlaubnis wird zunächst einem erstmalig nach Deutschland einreisenden Ausländer erteilt. Sie ist die Grundlage für einen späteren Daueraufenthalt.
- Die unbefristete Aufenthaltserlaubnis ist die erste Stufe der Verfestigung des Aufenthalts. Unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. Arbeitserlaubnis, kein Ausweisungsgrund) kann sie nach fünfjährigem Besitz der befristeten Aufenthaltserlaubnis beantragt und erteilt werden.
- Die Aufenthaltsberechtigung ist im Rahmen des Ausländergesetzes der sicherste Aufenthaltsstatus. Sie kann nach achtjährigem Besitz einer Aufenthaltserlaubnis auf Antrag erteilt werden und gewährt ein selbständiges unbeschränktes Aufenthaltsrecht.
- Die Aufenthaltsbefugnis wird gewährt, wenn aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen der Aufenthalt im Bundesgebiet erlaubt wird und zunächst keine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden soll (z. B. Bürgerkriegsflüchtlinge).
- Die Duldung ist keine Aufenthaltsgenehmigung. Sie bedeutet nur, dass der Staat auf eine Abschiebung des Ausländers verzichtet, weil rechtliche oder tatsächliche Hindernisse entgegenstehen. Meist wird die Duldung für ein Jahr ausgesprochen, wobei eine Verlängerung möglich ist.

Ferner gibt es noch die Aufenthaltsgestattung nach dem Asylverfahrensgesetz. Sie ist der Aufenthaltsstatus, den Asylbewerber bis zum Ende ihres Asylverfahrens in der Bundesrepublik erhalten. Außerdem haben EU-Bürger unter bestimmten Voraussetzungen Personenfreizügigkeit innerhalb des gesamten EU-Raums.

Im Jahr 1999 hatten von den 7,3 Mill. in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern 824 000 oder 11,2 % eine Aufenthaltsberechtigung, 1,8 Mill. oder 23,9 % eine befristete Aufenthaltserlaubnis und 2,0 Mill. oder 27,6 % eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis; damit verfügte weit über die Hälfte (62,7 %) der ausländischen Staatsangehörigen über einen relativ sicheren Aufenthaltsstatus nach dem Ausländergesetz. 231 000 oder 3,1 % ausländische Staatsangehörige verfügten über eine Aufenthaltsbewilligung, 174 000 oder 2,4 % über eine Aufenthaltsbefugnis und 302 000 bzw. 4,1 % ausländische Personen besaßen den Aufenthaltsstatus der Duldung<sup>1)</sup>. Dazu kamen noch 761 000 oder 10,3 % Ausländer mit einer speziellen Aufenthaltserlaubnis nach EU-Recht.

**Tab. 1.6: Ausländische Bevölkerung 1999 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsstatus \*)**

Land der Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Darunter Aufenthaltsstatus					Duldung
		Aufenthalts-					
		erlaubnis		berechtigung	bewilligung	befugnis	
		befristet	unbefristet				
Anzahl	%						
<b>Insgesamt</b> .....	<b>7 343 591</b>	<b>23,9</b>	<b>27,6</b>	<b>11,2</b>	<b>3,1</b>	<b>2,4</b>	<b>4,1</b>
darunter:							
Afghanistan .....	71 955	11,9	18,9	0,4	0,4	25,0	17,9
Bosnien und Herzegowina	167 690	24,9	15,1	13,0	1,7	3,8	27,7
Iran, Islamische Republik	116 446	20,9	38,8	10,6	1,8	7,2	1,3
Jugoslawien <sup>1)</sup> .....	737 204	16,0	21,9	13,5	0,5	3,4	19,7
Kroatien .....	213 954	21,9	36,3	31,9	3,2	0,3	1,3
Libanon .....	54 063	24,7	14,7	0,7	1,0	27,4	11,2
Marokko .....	81 450	39,5	29,3	12,0	6,4	0,3	0,4
Pakistan .....	38 257	28,7	20,6	5,1	1,8	3,3	6,6
Polen .....	291 673	30,3	23,4	2,5	15,9	3,0	0,5
Rumänien .....	87 504	23,3	16,8	0,7	13,3	2,7	1,3
Russische Föderation ..	98 363	32,7	41,4	0,3	7,4	1,9	1,4
Sri Lanka .....	55 085	28,1	21,5	4,8	0,5	9,2	6,4
Thailand .....	34 875	39,1	41,3	5,7	3,3	0,1	0,4
Türkei .....	2 053 564	36,3	30,1	23,2	0,3	1,0	0,7
Vietnam .....	85 362	25,9	31,8	1,6	1,6	4,3	16,4

<sup>1)</sup> Auszählung des Ausländerzentralregisters zum 31.12.1999. Es werden rund 72 % der Ausländer insgesamt nach ihrem Aufenthaltsstatus nachgewiesen. – <sup>1)</sup> Serbien/Montenegro.

Betrachtet man Aufenthaltsstatus und Staatsangehörigkeit, so zeigt sich, dass Ende 1999 von den rund 2,1 Mill. Türkinnen und Türken in Deutschland 23,2 % eine Aufenthaltsberechtigung, 36,3 % eine befristete und 30,1 % eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis hatten. Dies bedeutet, dass die meisten türkischen Staatsange-

<sup>1)</sup> Der Nachweis der ausländischen Staatsangehörigen nach ihrem Aufenthaltsstatus gemäß Ausländergesetz erfasst knapp drei Viertel der ausländischen Bevölkerung insgesamt (72 %), bei einzelnen Nationalitätengruppen fällt dieser Anteil noch geringer aus.

hörigen (90 %) einen sicheren Aufenthaltstitel besaßen. Auch viele ausländische Staatsangehörige aus der Russischen Föderation (74,1 %), aus Marokko (68,8 %) und aus dem Iran (59,7 %) leben hier mit einer befristeten oder unbefristeten Aufenthaltserlaubnis. Auffallend hoch war der Anteil der Kroaten mit einer Aufenthaltsberechtigung (31,9 %) und einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis (36,3 %), was auf eine lange Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet schließen lässt. Von den Menschen aus Bosnien und Herzegowina hatte über ein Viertel (27,7 %) den Aufenthaltsstatus der Duldung. Genau ein Viertel der hier lebenden Afghanen hatte eine Aufenthaltsbefugnis, ein Status, der insbesondere Bürgerkriegsflüchtlingen zuerkannt wird.



**2 Eheschließungen,  
Geburten, Sterbefälle**

## 2 Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle

### 2.1 Eheschließungen: Mehr deutsche Männer heiraten eine ausländische Frau als umgekehrt

Im Jahr 1960 wurden im früheren Bundesgebiet rund 521 000 Eheschließungen registriert; an jeder 25. Heirat waren Ausländerinnen oder Ausländer beteiligt. In drei von vier dieser Ehen heirateten seinerzeit deutsche Frauen einen ausländischen Mann. Die Zahl der Eheschließungen zwischen zwei ausländischen Partnern war damals noch sehr klein.

Zehn Jahre später, ein etwas anderes Bild. Absolut gesehen, waren die Eheschließungen von oder mit ausländischen Staatsangehörigen um etwa die Hälfte angestiegen; der Anteil an allen Eheschließungen hatte sich auf über 7 % erhöht. Nur noch in 44 % der Fälle handelte es sich um die Eheschließung einer deutschen Frau mit einem ausländischen Mann. Der Anteil der deutschen Männer, die eine Ausländerin heirateten, betrug jetzt 31 %, die Zahl der Eheschließungen zwischen zwei ausländischen Partnern hatte sich 1970 gegenüber 1960 verfünffacht.

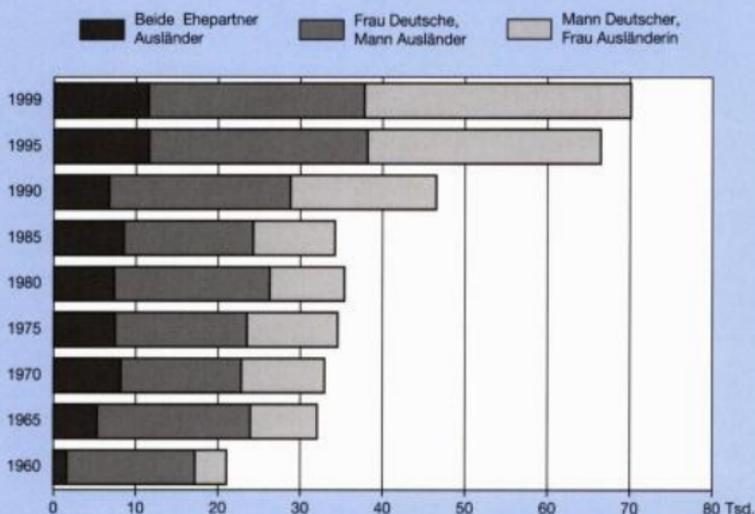
Tab. 2.1: Eheschließungen

Jahr	Insgesamt	Zwischen Deutschen	Von oder mit ausländischen Partnern				
			zusammen	beide Ehepartner Ausländer		Frau Deutsche, Mann Ausländer	Mann Deutscher, Frau Ausländerin
				zusammen	dar. mit gleicher Staatsangehörigkeit		
<b>Früheres Bundesgebiet</b>							
1960	521 445	500 362	21 083	1 625	998	15 600	3 858
1970	444 510	411 514	32 996	8 199	6 749	14 645	10 152
1980	362 408	327 023	35 385	7 374	5 753	18 927	9 084
1990	414 475	367 936	46 539	6 755	3 175	22 031	17 753
1991	403 762	354 660	49 102	7 455	2 931	22 382	19 265
1996	373 245	308 201	65 044	12 521	4 577	24 784	27 739
1997	369 396	301 269	68 127	12 261	4 517	26 670	29 196
1998	362 548	297 346	65 202	11 163	4 487	24 249	29 790
1999	370 171	305 211	64 960	11 324	4 633	23 418	30 218
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>							
1991	50 529	48 165	2 364	56	17	1 766	542
1996	54 052	48 872	5 180	159	38	3 123	1 898
1997	53 380	47 670	5 710	191	46	3 528	1 991
1998	54 872	49 489	5 383	193	44	3 153	2 037
1999	60 503	55 345	5 158	225	60	2 816	2 117
<b>Deutschland</b>							
1991	454 291	402 825	51 466	7 511	2 948	24 148	19 807
1996	427 297	357 073	70 224	12 680	4 615	27 907	29 637
1997	422 776	348 939	73 837	12 452	4 563	30 198	31 187
1998	417 420	346 835	70 585	11 356	4 531	27 402	31 827
1999	430 674	360 556	70 118	11 549	4 693	26 234	32 335

Zwischen 1970 und 1980 erhöhte sich die absolute Zahl der Eheschließungen unter Beteiligung ausländischer Partner in nur geringem Maße von 33 000 auf 35 000. Weil sich die Gesamtzahl der Eheschließungen verringert hatte, war ihr Anteil auf nunmehr fast 10 % gestiegen. In mehr als der Hälfte dieser Eheschließungen gaben deutsche Frauen einem ausländischen Mann das Jawort. Von 1980 bis 1999 nahm im früheren Bundesgebiet die Zahl der Eheschließungen von oder mit ausländischen Partnern schließlich um 84 % auf jetzt 65 000 zu. Inzwischen heiraten mehr deutsche Männer eine ausländische Frau als deutsche Frauen einen ausländischen Mann.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist – entsprechend des geringeren Anteils der ausländischen Bevölkerung – die Anzahl der Eheschließungen von Ausländerinnen und Ausländern und deren Anteil an allen Hochzeiten erheblich niedriger als im früheren Bundesgebiet.

**Abb. 2.1: Eheschließungen von und mit ausländischen Partnern in der Bundesrepublik Deutschland<sup>1)</sup>**



1) Bis 1990 früheres Bundesgebiet.

Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0144

## 2.2 Ehen Deutscher mit Ausländern: Männer heiraten am häufigsten Polinnen, Frauen Türken

Von den deutschen Frauen, die einen Ausländer heirateten, schlossen 1960 im früheren Bundesgebiet 39 % mit einem US-Amerikaner die Ehe, 1999 hingegen in Deutschland nur noch 5 %. Der Anteil der Eheschließungen zwischen einer deutschen Frau und einem türkischen Staatsangehörigen lag hingegen 1960 bei 0,5 %

und 1999 bei 15 %. Den zweiten Platz nach den Türken nahmen 1999 die Jugoslawen ein, gefolgt von Italienern, US-Amerikanern, Bosniern und Österreichern.

Deutsche Männer, die eine Ausländerin heirateten, schlossen 1960 im früheren Bundesgebiet hauptsächlich mit Österreicherinnen die Ehe. Später nahmen die Jugoslawinnen den ersten Platz ein. 1999 waren die weitaus meisten der Ausländerinnen, die einen Deutschen heirateten, Polinnen. Es folgten Frauen aus der Russischen Föderation, aus Thailand, Rumänien, der Ukraine und aus der Türkei.

**Tab. 2.2: Eheschließungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Ehepartner \*)**

Land	1960	1970	1980	1990	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Deutsche Frau mit Mann nebenstehender Staatsangehörigkeit</b>									
Frankreich	567	914	680	616	450	454	430	406	472
Griechenland	266	399	452	511	493	494	524	526	534
Großbritannien u. Nordirland	708	586	975	1 148	842	857	776	776	766
Italien	1 215	2 277	2 301	2 085	1 772	1 724	1 772	1 849	2 005
Jugoslawien <sup>1)</sup>	331	629	958	1 524	3 062	4 323	5 848	4 319	3 314
Niederlande	1 086	1 182	863	866	792	755	730	761	768
Österreich	1 191	1 783	1 200	1 085	978	936	934	943	931
Philippinen	.	3	31	38	25	22	20	20	16
Polen	194	110	125	1 166	867	835	780	776	858
Russ. Föderation <sup>2)</sup>	93	12	6	116	506	556	560	502	620
Spanien	198	335	492	492	424	393	397	370	412
Thailand	.	20	31	37	34	43	41	34	34
Türkei	71	404	3 339	2 767	3 399	3 720	3 934	4 106	3 971
Vereinigte Staaten	6 062	2 841	2 472	2 987	1 462	1 185	1 220	1 200	1 254
<b>Deutscher Mann mit Frau nebenstehender Staatsangehörigkeit</b>									
Frankreich	235	773	606	596	588	584	595	618	576
Griechenland	25	266	256	290	319	297	319	357	306
Großbritannien u. Nordirland	99	346	381	354	354	341	327	288	281
Italien	239	457	487	836	842	799	815	964	1 002
Jugoslawien <sup>1)</sup>	126	1 739	1 204	1 750	1 017	1 064	1 260	1 160	877
Niederlande	742	1 257	568	557	517	529	530	508	485
Österreich	1 087	1 568	969	1 091	907	854	919	892	893
Philippinen	.	12	424	1 155	849	642	672	599	545
Polen	58	118	293	3 193	5 090	5 295	5 230	5 146	5 304
Russ. Föderation <sup>2)</sup>	22	13	8	431	1 764	1 952	1 886	1 833	2 223
Spanien	28	263	297	455	438	401	439	437	461
Thailand	.	4	248	982	1 512	1 566	1 617	1 803	2 148
Türkei	12	182	426	691	948	937	1 073	1 247	1 188
Vereinigte Staaten	97	297	317	443	451	429	426	435	461
<b>Beide Ehepartner mit gleicher Staatsangehörigkeit</b>									
Frankreich	3	28	20	8	13	11	15	9	12
Griechenland	33	2 415	782	45	45	39	52	47	70
Großbritannien u. Nordirland	.	15	44	29	39	14	23	21	18
Italien	70	622	953	1 033	1 095	1 107	1 115	1 187	1 198
Jugoslawien <sup>1)</sup>	65	1 363	516	215	1 174	1 935	1 694	1 317	1 576
Niederlande	37	67	34	33	26	33	22	24	30
Österreich	85	150	61	41	57	45	62	55	53
Philippinen	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Polen	38	13	52	771	157	200	163	188	160
Russ. Föderation <sup>2)</sup>	8	.	.	13	55	50	39	42	55
Spanien	44	645	239	24	16	14	17	17	19
Thailand	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Türkei	.	170	2 417	276	765	917	1 088	1 342	1 281
Vereinigte Staaten	522	853	331	349	135	86	81	109	78

<sup>1)</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1995 Deutschland. - <sup>2)</sup> Bis 1990 einschl. Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina sowie der ehem. jugoslawischen Republik Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind; ab 1995 ohne diese Staaten, aber einschl. nicht anders zuordenbarer Fälle aus dem ehem. Jugoslawien. - <sup>3)</sup> Bis 1990 ehem. Sowjetunion.

Verglichen mit den Ehen zwischen ausländischen und deutschen Partnern spielen die Eheschließungen zwischen zwei ausländischen Partnern prozentual eine geringe Rolle. 1960 gab es im früheren Bundesgebiet 1 625 solcher Hochzeiten; das waren lediglich knapp 8 % aller Eheschließungen von oder mit Ausländerinnen bzw. Ausländern. 1980 betrug dieser Anteil 21 % und 1999 in Deutschland 16,5 %. Diese Abnahme von 1980 auf 1999 ist zum Teil dadurch bedingt, dass inzwischen nur noch Eheschließungen zwischen ausländischen Staatsangehörigen gezählt werden, die bei einem deutschen Standesamt geschlossen werden. Dies folgt aus einer Neuregelung des Internationalen Privatrechts, wonach seit September 1986 in einem ausländischen Standesregister eingetragene Eheschließungen, die zum Beispiel vor dem Beamten oder der Beamtin eines ausländischen Konsulats in Deutschland geschlossen worden sind, nur noch auf Antrag der Ehegatten in deutsche Personenstandsregister übertragen werden. Zuvor war dies von Amts wegen geschehen. Bei den Eheschließungen ausländischer Paare standen 1960 Bürgerinnen und Bürger der USA, 1999 hingegen Jugoslawinnen und Jugoslawen an erster Stelle.

### **2.3 In der ausländischen Bevölkerung Deutschlands werden mehr Menschen geboren als sterben**

1960 wurden im früheren Bundesgebiet rund 969 000 Kinder lebend geboren. Von ihnen hatten etwa 12 000 oder 1 % einen ausländischen Vater und/oder eine ausländische Mutter, 1991 waren es 127 000 oder 18 %. 1999 kamen in Deutschland 158 000 Kinder, deren Vater und/oder Mutter eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten, zur Welt. Dies waren 20,5 % aller Lebendgeborenen; im früheren Bundesgebiet betrug dieser Anteil 23 %.

Zu beachten ist aber, dass seit dem 1. Januar 1975 nur ehelich geborene Kinder, bei denen beide Elternteile ausländischer Nationalität sind, nicht die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Die Staatsangehörigkeit eines nichtehelich geborenen Kindes richtet sich zunächst nach der Nationalität der Mutter. Seit dem 1. Juli 1993 gelten aber auch nichtehelich geborene Kinder ausländischer Mütter als Deutsche, sobald eine wirksame Feststellung der Vaterschaft eines Deutschen vorliegt. 1999 kamen in Deutschland rund 95 000 Babys zur Welt, die eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit hatten.

Unter der ausländischen Bevölkerung in Deutschland gibt es wenige ältere Menschen, aber überdurchschnittlich viele Frauen im gebärfähigen Alter. Dementsprechend ist die Zahl der gestorbenen Ausländerinnen und Ausländer wesentlich niedriger als die der geborenen Kinder. 1999 wurden rund 14 000 Sterbefälle von ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland registriert, im Jahr 1960 waren es im früheren Bundesgebiet knapp 4 000.

**Tab. 2.3: Lebendgeborene nach Staatsangehörigkeit der Eltern sowie gestorbene Ausländerinnen und Ausländer**

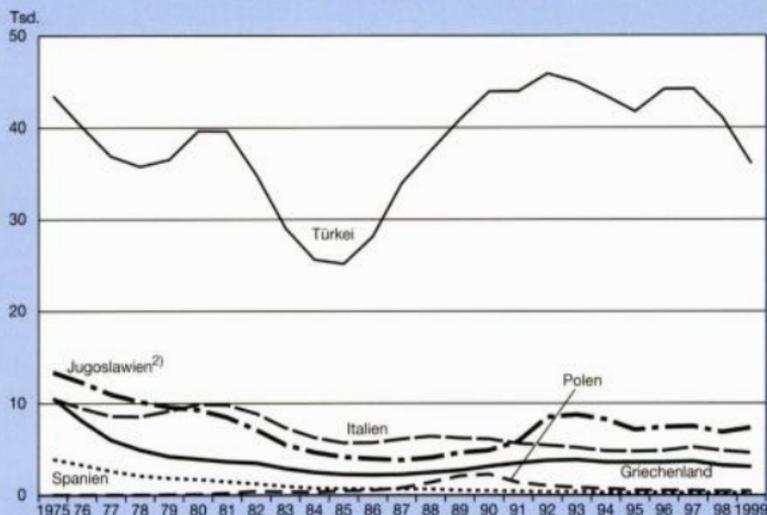
Jahr	Lebendgeborene							Gestorbene Ausländerinnen und Ausländer insgesamt <sup>2)</sup>	
	Insgesamt	mit ausländischem Vater und/oder Mutter							
		zusammen	ehelich				nichtehelich		
			Eltern mit		Mutter Deutsche, Vater	Vater Deutscher, Mutter	Mutter		
			gleicher	Verschiedener <sup>1)</sup>					
fremder Staatsangehörigkeit		mit fremder Staatsangehörigkeit							
<b>Früheres Bundesgebiet</b>									
1960	968 629	12 308	3 060	743	6 639	1 167	699	3 593	
1970	810 808	68 487	45 495	2 138	11 814	5 483	3 557	8 005	
1980	620 657	108 936	68 456	8 227	15 828	12 413	3 922	8 511	
1990	727 199	122 761	65 559	13 547	20 724	15 717	7 214	9 482	
1991	722 250	127 015	65 201	16 030	20 724	16 789	8 271	10 297	
1996	702 688	154 080	64 432	26 850	24 572	26 106	12 120	12 967	
1997	711 915	158 797	64 943	26 859	26 358	28 116	12 521	13 247	
1998	682 172	153 818	60 205	24 309	26 867	29 532	12 905	13 333	
1999	664 018	150 862	55 044	23 031	27 853	30 860	14 074	13 875	
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>									
1991	107 769	2 395	239	719	743	401	293	307	
1996	93 325	5 546	601	1 409	1 633	1 086	817	427	
1997	100 258	6 069	633	1 357	1 888	1 322	869	431	
1998	102 862	6 150	633	1 123	1 992	1 520	882	425	
1999	106 726	6 877	692	1 232	2 147	1 663	1 143	430	
<b>Deutschland</b>									
1991	830 019	129 410	65 440	16 749	21 467	17 190	8 564	10 604	
1996	796 013	159 626	65 033	28 259	26 205	27 192	12 937	13 394	
1997	812 173	164 866	65 576	28 216	28 246	29 438	13 390	13 678	
1998	785 034	159 968	60 838	25 432	28 859	31 052	13 787	13 758	
1999	770 744	157 739	55 736	24 263	30 000	32 523	15 217	14 305	

<sup>1)</sup> Einschl. nicht aufgliederbarer Gruppen, Staatenloser, unbekanntes Ausland, ungeklärter Fälle sowie Fälle ohne Angabe. – <sup>2)</sup> Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

## 2.4 1999 wurden 33 000 eheliche Babys mit deutschem Vater und ausländischer Mutter geboren

1999 kamen in Deutschland 56 000 eheliche Babys lebend zur Welt, deren Eltern beide die gleiche ausländische Staatsangehörigkeit hatten. Davon waren 36 000 Kinder türkischer Eltern, ein Anteil von zwei Dritteln. 1960 waren im früheren Bundesgebiet nur 46 Kinder türkischer Eltern geboren worden. Von den anderen Kindern ausländischer Ehepaare hatten 1999 die meisten Eltern die jugoslawische oder italienische Staatsangehörigkeit.

**Abb. 2.2: Lebendgeborene aus Ehen von ausländischen Eltern gleicher Staatsangehörigkeit<sup>1)</sup>**



1) Bis 1992 früheres Bundesgebiet, - 2) Jeweiliger Gebietsstand.

Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0145

1999 hatten 33 000 in Deutschland ehelich geborene Kinder einen deutschen Vater und eine ausländische Mutter. Wie bei den Eheschließungen nahmen hier Frauen mit polnischer Staatsangehörigkeit den ersten Platz ein. Es folgten Frauen aus der Türkei, der Russischen Föderation, Kasachstan, Italien und Rumänien.

**Tab. 2.4: Ehelich Lebendgeborene nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Eltern\*)**

Land	1960	1970	1980	1990	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Mutter Deutsche, Vater mit nebenstehender Staatsangehörigkeit</b>									
Frankreich	231	502	684	711	567	536	549	572	436
Griechenland	148	657	505	680	745	735	740	761	712
Großbritannien u. Nordirland	182	320	928	1 464	1 166	1 254	1 223	1 134	1 015
Italien	726	2 682	3 199	3 262	2 591	2 674	2 643	2 495	2 305
Jugoslawien <sup>1)</sup>	251	558	1 149	1 285	1 094	1 299	1 584	1 832	1 940
Niederlande	756	1 117	1 002	1 030	911	937	925	899	840
Österreich	714	1 663	1 526	1 262	1 011	1 040	1 063	914	933
Philippinen	.	.	27	39	27	18	27	30	15
Polen	299	61	89	797	750	767	833	798	787
Russ. Föderation <sup>2)</sup>	132	4	10	76	626	792	952	999	1 182
Spanien	97	504	608	648	542	572	598	495	518
Thailand	.	.	31	31	25	26	34	29	19
Türkei	44	476	1 022	2 043	2 975	3 940	4 734	5 511	6 575
Vereinigte Staaten	412	564	1 191	1 737	1 486	1 538	1 420	1 270	1 225

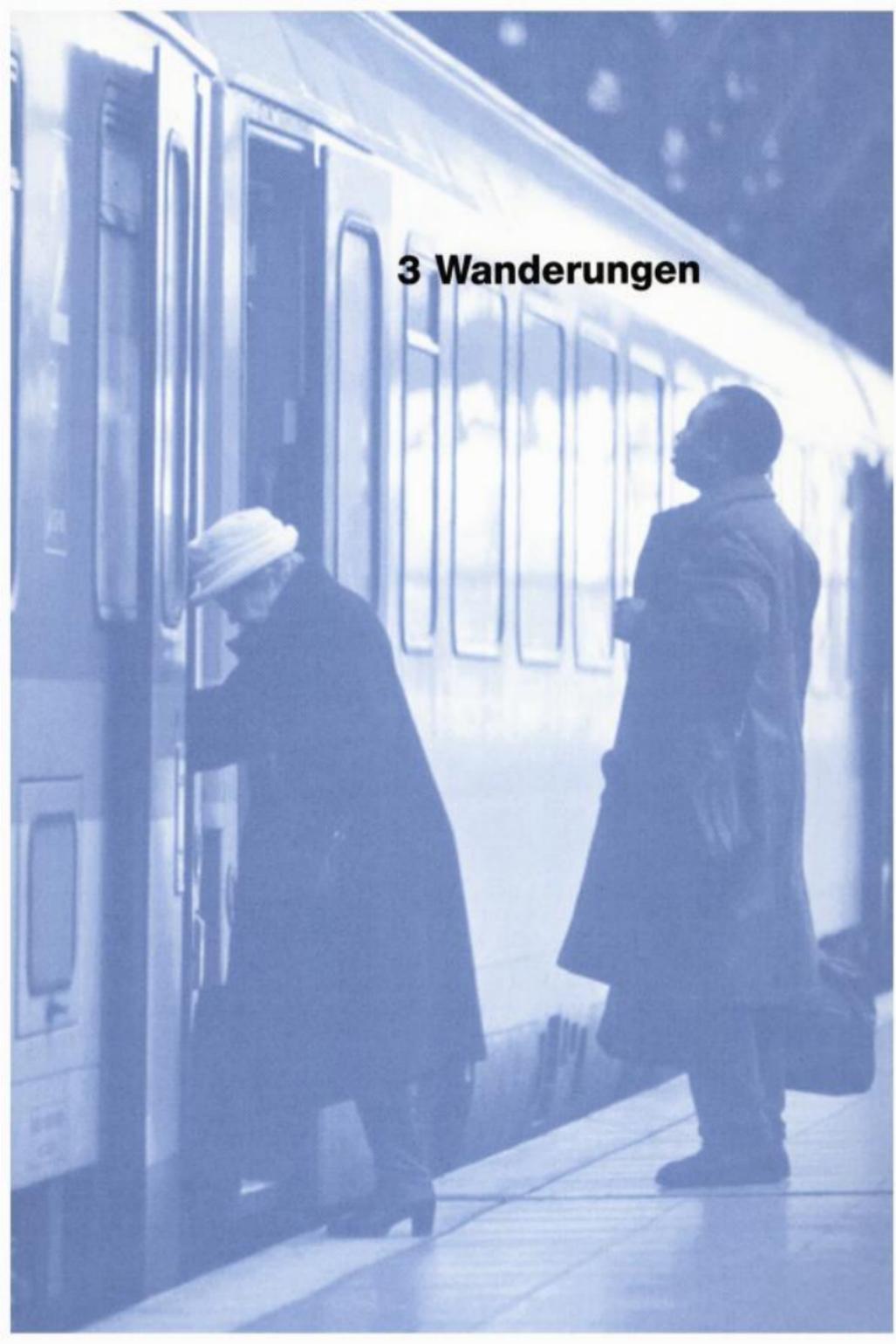
noch Tab. 2.4: Ehelich Lebendgeborene nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Eltern\*)

Land	1960	1970	1980	1990	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Vater Deutscher, Mutter mit nebenstehender Staatsangehörigkeit</b>									
Frankreich .....	132	431	1 055	824	762	881	867	903	899
Griechenland .....	10	161	329	342	326	367	361	396	336
Großbritannien u. Nordirland .....	62	227	654	603	521	511	566	546	497
Italien .....	66	263	620	996	1 137	1 158	1 171	1 225	1 258
Jugoslawien <sup>1)</sup> .....	24	588	1 305	1 220	695	650	749	749	756
Niederlande .....	163	913	1 197	859	732	712	664	642	626
Österreich .....	178	817	1 320	1 153	1 051	1 083	1 007	938	934
Philippinen .....	.	.	421	1 119	918	960	912	849	795
Polen .....	13	28	335	1 668	3 514	3 947	4 084	4 129	4 252
Russ. Föderation <sup>2)</sup> ..	8	7	43	150	1 073	1 420	1 707	1 883	2 056
Spanien .....	39	274	460	590	659	709	674	712	666
Thailand .....	.	.	193	538	831	896	879	872	901
Türkei .....	.	90	314	529	1 300	1 646	2 146	2 519	2 966
Vereinigte Staaten ...	59	190	427	556	721	675	657	683	658
<b>Beide Elternteile mit nebenstehender Staatsangehörigkeit</b>									
Frankreich .....	171	218	241	228	193	214	226	210	227
Griechenland .....	157	9 362	3 904	3 124	3 578	3 586	3 698	3 235	3 085
Großbritannien u. Nordirland .....	101	102	385	449	397	306	267	239	210
Italien .....	541	9 764	9 871	6 096	4 776	4 844	5 215	4 835	4 607
Jugoslawien <sup>1)</sup> .....	222	6 196	9 287	4 870	7 121	7 421	7 492	6 873	7 329
Niederlande .....	509	441	314	394	217	261	233	211	193
Österreich .....	376	511	383	218	168	150	147	151	137
Philippinen .....	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Polen .....	161	16	86	2 271	555	526	508	445	441
Russ. Föderation <sup>2)</sup> ..	53	5	8	287	424	431	449	425	426
Spanien .....	117	4 166	1 723	495	305	326	282	288	246
Thailand .....	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Türkei .....	46	12 748	39 658	43 921	41 733	44 183	44 197	41 083	36 073
Vereinigte Staaten ...	183	278	527	875	480	451	353	361	437

\*) Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1995 Deutschland. - <sup>1)</sup> Bis 1990 einschl. Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina sowie der ehem. jugoslawischen Republik Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind; ab 1995 ohne diese Staaten, aber einschl. nicht anders zuordenbarer Fälle aus dem ehem. Jugoslawien. - <sup>2)</sup> Bis 1990 ehem. Sowjetunion.

Von den 30 000 im Jahr 1999 in Ehen eines ausländischen Mannes mit einer deutschen Frau in Deutschland geborenen Kindern hatten die meisten einen türkischen Vater. Auf weiteren vorderen Rängen fanden sich Väter mit italienischer und jugoslawischer Staatsangehörigkeit sowie US-Amerikaner, Russen und Briten. Die italienischen Väter hatten bis Mitte der 90er Jahre den ersten Platz eingenommen.

## **3 Wanderungen**



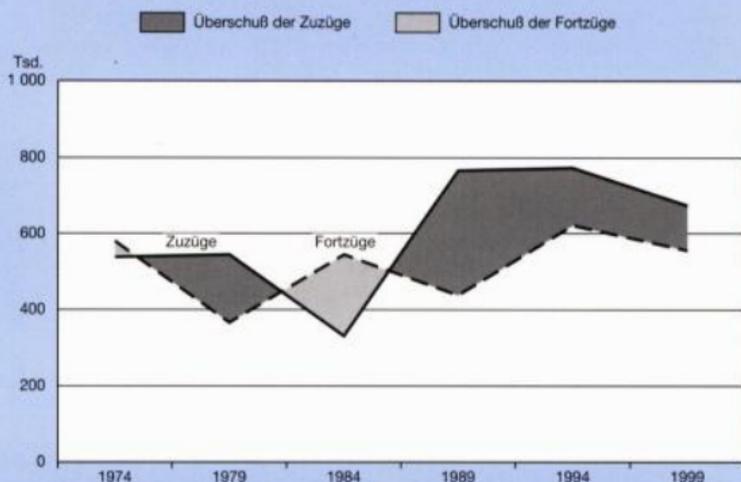
## 3 Wanderungen

### 3.1 Gründe für Zu- und Abwanderungen

Die Ergebnisse der deutschen Außenwanderungsstatistik in den vergangenen Jahrzehnten zeigen mehrere Wellen von Zu- und Abwanderungen von Ausländern. Dieses Auf und Ab wurde maßgeblich bestimmt von wirtschaftlichen Faktoren im Inland, aber auch von der politischen und sozialen Situation in den Herkunftsländern.

Nachdem die Zuzüge aus der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) ab 1961 fast zum Stillstand kamen, gewann die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer an Bedeutung. Aufgrund der Anwerbepolitik nahmen die Wanderungen zwischen dem Ausland und dem früheren Bundesgebiet in großem Umfang zu. In den 60er und 70er Jahren spiegelte die Entwicklung der Zu- und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger über die Bundesgrenzen in etwa den Konjunkturverlauf in Deutschland wider. Seit Mitte der 70er Jahre bestimmen das Wanderungsverhalten jedoch zunehmend konjunkturunabhängige Faktoren. Zu nennen sind hier zunächst der Nachzug von Familienangehörigen ausländischer Arbeitnehmer sowie die politischen Verhältnisse in den Herkunftsländern, die insbesondere die Zunahme der Zahl von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen zur Folge hatte. Auf den Umfang der Zu- und Abwanderung ausländischer Bürgerinnen und Bürger wirkten sich ferner Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung waren in diesem Zusammenhang neben dem Anwerbestopp von 1973, das Rückkehrhilfegesetz von 1984 sowie die asylrechtlichen Maßnahmen von 1993.

**Abb. 3.1: Wanderungen von Ausländern und Ausländerinnen über die Grenzen Deutschlands<sup>1)</sup>**



1) Ab 1995 einschl. Herkunfts- bzw. Zielgebiet "ungeklärt" und "ohne Angabe". Bis 1990 früheres Bundesgebiet

Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0146

## 3.2 Starke Zuwanderungen führen zu hohen Abwanderungen

Die Höhe der in den vergangenen drei Jahrzehnten in Deutschland<sup>1)</sup> verzeichneten Wanderungssalden<sup>2)</sup> ausländischer Staatsangehöriger resultiert aus einem relativ hohen Wanderungsvolumen, das sich aus den absoluten Zuzugs- und Fortzugszahlen ergibt (siehe Abb. 3.1). Es fällt auf, dass die Entwicklung der Außenwanderungen einen wellenförmigen Verlauf zeigt. Bis auf drei kürzere Phasen – 1974 bis 1977, 1982 bis 1984 und 1997/98 – gab es stets einen positiven Wanderungssaldo, d. h. mehr Zu- als Fortzüge.

Der im Jahr 1968 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung führte zu einer Steigerung der Zuzüge ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Zahl ihrer Zuzüge lag in den Jahren 1968 bis 1973 über der der Fortzüge, so dass es einen Zuwanderungsüberschuss gab, der 1970 mit rund 542 000 am höchsten war.

**Tab. 3.1: Wanderungen von Ausländerinnen und Ausländern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland \*)**

1 000					
Jahr	Zuzüge		Fortzüge		Saldo
	insgesamt	dar. weiblich	insgesamt	dar. weiblich	insgesamt
<b>Früheres Bundesgebiet</b>					
1968	589,6	200,5	332,6	103,9	+ 256,9
1970	976,2	307,9	434,7	124,4	+ 541,6
1972	787,1	289,8	514,5	155,7	+ 272,6
1974	538,6	239,2	580,4	195,0	- 41,8
1976	387,3	172,9	515,4	206,3	- 128,1
1978	456,1	189,7	405,7	164,1	+ 50,4
1980	631,4	228,3	385,8	142,4	+ 245,6
1982	321,7	136,7	433,3	158,8	- 111,6
1984	331,1	146,9	545,1	231,0	- 213,9
1986	478,3	206,8	347,8	146,7	+ 130,6
1988	647,5	295,8	358,9	154,5	+ 288,6
1990	835,7	349,4	465,5	192,2	+ 370,2
<b>Deutschland</b>					
1991	920,5	354,6	497,5	175,8	+ 423,0
1992	1 207,6	436,2	614,7	207,2	+ 592,9
1993	986,9	357,5	710,2	211,4	+ 276,6
1994	773,9	292,0	621,4	198,1	+ 152,5
1995	792,7	296,7	567,4	182,9	+ 225,3
1996	708,0	268,4	559,1	180,7	+ 148,9
1997	615,3	238,5	637,1	219,8	- 21,8
1998	605,5	239,0	639,0	233,7	- 33,5
1999	673,9	278,1	555,6	196,9	+ 118,2

\*) Ab 1995 einschl. Herkunfts- bzw. Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

Als Folge des im November 1973 erlassenen Anwerbestopps gingen die Zuzüge von Ausländerinnen und Ausländern in den Jahren 1974 und 1975 drastisch zurück. Gleichzeitig stieg die Zahl der Fortzüge stärker an. Diese Entwicklung führte zu einem Abwanderungsüberschuss. In den Jahren 1976 bis 1980 stieg die Zahl der Zu-

<sup>1)</sup> Bis Berichtsjahr 1991 früheres Bundesgebiet.

<sup>2)</sup> Wanderungssaldo = Differenz aus Zu- und Fortzügen.

züge – bedingt durch den verstärkten Familiennachzug und die Einreise von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern – wieder an. Die Fortzüge gingen dagegen im Zeitraum 1976/79 zurück, so dass es 1978 im früheren Bundesgebiet erstmals wieder eine positive Außenwanderungsbilanz gab.

Anfang der 80er Jahre führten erste asylrechtliche Maßnahmen der Bundesregierung zu einem vorübergehenden Rückgang der Zahl der Asylanträge. Da sich zu jenem Zeitpunkt auch der Nachzug von Familienangehörigen verringerte, andererseits aber für kurze Zeit die Abwanderung von Ausländern zunahm, schlug der bis 1981 bestehende Zuwanderungsüberschuss 1982 wieder in einen Abwanderungsüberschuss um. Bis 1984 hat sich dieser dann fast verdoppelt. Zurückzuführen war das auf den Anstieg der Fortzüge von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern auf 545 000 im Jahre 1984 als Folge des Rückkehrhilfegesetzes.

Zwischen 1984 und 1992 – das Jahr 1987 ausgenommen – nahm die Zahl der Zuzüge von Ausländerinnen und Ausländern wieder zu und erreichte 1992 mit 1,2 Mill. ihren bisher höchsten Stand. Dies hing mit dem erneuten Anstieg der Zahl der Asylsuchenden zusammen. Im Jahr 1993 wurden die Zuzüge auch als Folge der am 1. Juli 1993 in Kraft getretenen neuen asylverfahrensrechtlichen Regelungen – erstmals wieder weniger. Die Fortzüge gingen hingegen in den Jahren 1985 – 1987 zurück. Danach war zunächst Jahr für Jahr ein Anstieg der Fortzüge zu beobachten. Im Zeitraum 1988/92 war die Zunahme der Fortzüge jedoch nicht so stark wie die der Zuzüge. Dadurch ergab sich für diese Zeit ein gegenüber dem Vorjahr jeweils höherer Zuwanderungsüberschuss, der von 289 000 (1988) auf 593 000 (1992) anstieg.

Die Fortzüge von Ausländerinnen und Ausländern korrespondieren in der Regel im zeitlichen Abstand mit dem Zuwanderungsgeschehen. Dies bedeutet, dass starke Zuwanderungen – zeitlich versetzt – hohe Abwanderungszahlen zur Folge haben. Betrachtet man das Wanderungsgeschehen in den vergangenen Jahren, dann ist beispielsweise die Abwanderung von Ausländern über die Bundesgrenzen zwischen 1994 und 1996 zurückgegangen und folgt damit – zeitlich verzögert um ein Jahr – dem Rückgang der Zuwanderungen seit 1993. Diese Entwicklung setzte sich in den beiden letzten Jahren jedoch nicht fort, obwohl die Zuwanderungen weiterhin abnahmen. Dies lässt – wie schon in den vergangenen Jahren zu beobachten war – auf eine noch anhaltende Rückkehr von Ausländerinnen und Ausländern schließen, die bei den vorausgegangenen Zuwanderungswellen nach Deutschland eingereist sind. Vor allem sind seit 1997 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Deutschland wieder ausgereist, so dass sich erstmals seit 1984 wieder ein Abwanderungsüberschuss ergab, der sich im Jahr 1998 auf 34 000 erhöhte. Diese Entwicklung kehrte sich im Jahr 1999 bereits wieder um, als mit 118 000 Personen ein Zuwanderungsüberschuss zu verzeichnen war, der vor allem auf den erneuten Zustrom von Bürgerkriegsflüchtlingen zurückging.

Die Gesamtzahl der Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger zwischen 1968 und 1999 betrug rund 21 Mill., die der Fortzüge lag bei knapp 16 Mill.

Auf die Zahl der Zuzüge von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern wirkt sich – wie bereits erwähnt – auch die Einreise von Angehörigen zum Zwecke der Familienzusammenführung aus. Am stärksten war dies in den ersten Jahren nach Erlass des Anwerbestopps der Fall. Die Frage nach dem Umfang kann von der amtlichen Statistik jedoch nicht direkt beantwortet werden. Gewisse Rückschlüsse auf das Ausmaß von Familienzusammenführungen lassen die nach Geschlecht, Alter und Familienstand gegliederten Zahlen über die Zuzüge zu. Hierzu wird die Zahl der Zuzüge von – insbesondere verheirateten – Ausländerinnen sowie von ausländischen Kindern und Jugendlichen betrachtet.

Der Anteil ausländischer Frauen ist sowohl bei den Zuzügen als auch bei den Fortzügen geringer als der Anteil ausländischer Männer. Der Frauenanteil an der aus dem Ausland zugezogenen ausländischen Bevölkerung betrug 1968 34 %. Er stieg bis 1975 auf 46 % und fiel dann bis 1980 auf 36 %. In den 80er Jahren lag er über 40 %. Seit 1991 betrug der Anteil der Frauen hingegen jeweils weniger als 40 %, erst 1999 lag er mit 41 % über der 40-Prozentmarke. Es fällt auf, dass der Frauenanteil unter den fortziehenden Ausländern durchweg geringer ist als unter den zuziehenden. 1968 waren 31 % der fortziehenden Ausländer weiblich. Der bisherige Höchststand von 43 % wurde 1988 erreicht. 1999 betrug der Frauenanteil 35 %.

### **3.3 Die fortziehenden Ausländerinnen und Ausländer sind durchschnittlich älter als die zuziehenden**

Unter den Ausländern, die nach Deutschland ziehen, sind viele jüngeren und mittleren Alters, also 18 bis 39 Jahre alt; in den vergangenen drei Jahrzehnten waren es zwischen 56 % (1988) und 72 % (1970). Der Anteil der fortziehenden Ausländerinnen und Ausländer zwischen 18 und 39 Jahren war geringer, der niedrigste Wert betrug 44 % (1984), der höchste 68 % (1970).

Im Jahr 1968 waren 15 % aller zugezogenen ausländischen Staatsangehörigen unter 18 Jahre alt. Bis 1973 erhöhte sich dieser Anteil auf 23 % bzw. 201 000 Personen. Dies lässt den Schluss zu, dass der Familiennachzug bereits einige Jahre vor Erlass des Anwerbestopps einsetzte. In den folgenden Jahren stieg der Anteil dieser Altersgruppe an allen Zugezogenen bis auf knapp 37 % im Jahre 1975. Damit hatte der Zuzug ausländischer Kinder und Jugendlicher prozentual gesehen zugleich seinen Höhepunkt erreicht. 1980 sank ihr Anteil unter die 30-Prozentmarke und verringerte sich stetig bis 1984 auf 19 %. Im Zeitraum 1985/91 lag der Anteil der unter 18jährigen unter den zugezogenen Ausländerinnen und Ausländern wieder über 20 %. Seit 1992 sinkt er kontinuierlich, 1998 betrug er 14 % und 1999 knapp 16 %. Hier spiegelt sich ganz offensichtlich die allmähliche Abnahme des Nachzugspotentials wider.

Relativ geringe Schwankungen zeigen sich hinsichtlich des Anteils 18 – 24jähriger Ausländerinnen und Ausländer an den Zuzügen. In den vergangenen drei Jahrzehnten bewegte er sich zwischen 21 % (1988 und 1989) und 29 % (1970).

**Tab. 3.2: Wanderungen von Ausländerinnen und Ausländern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland nach Altersgruppen**

**3.2.1 Zuzüge**

**1 000**

Jahr	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		unter 18	18 - 25	25 - 40	40 - 65	65 und mehr
<b>Früheres Bundesgebiet</b>						
1968	589,6	89,2	168,0	243,3	81,7	7,2
1970	976,2	153,6	285,8	411,8	117,2	7,7
1972	787,1	181,0	224,6	282,9	90,2	8,4
1974	538,6	193,6	129,8	147,1	59,3	8,9
1976 <sup>1)</sup>	387,8	134,9	93,8	101,7	47,4	10,0
1978	456,1	148,7	116,1	125,0	55,1	11,3
1980	631,4	185,1	169,6	187,3	76,0	13,5
1982	321,7	72,5	82,8	102,2	52,3	11,9
1984	331,1	63,4	80,8	112,8	61,9	12,2
1986	478,3	109,5	114,5	163,6	76,2	14,5
1988 <sup>2)</sup>	648,6	151,5	135,3	225,2	116,2	20,4
1990 <sup>1) 2)</sup>	845,6	178,1	184,9	303,1	155,0	24,4
<b>Deutschland</b>						
1991	920,5	188,5	216,8	346,2	148,9	20,1
1992	1 207,6	233,6	293,6	467,4	192,1	20,9
1993	986,9	174,7	238,1	392,3	162,6	19,2
1994	773,9	125,9	182,1	307,6	140,8	17,5
1995 <sup>1)</sup>	792,7	129,3	188,2	314,3	143,8	17,1
1996 <sup>1)</sup>	708,0	108,6	178,7	281,4	125,0	14,3
1997 <sup>1)</sup>	615,3	85,6	160,9	248,1	108,5	12,2
1998 <sup>1)</sup>	605,5	85,4	163,3	240,1	104,8	11,9
1999 <sup>1)</sup>	673,9	104,9	172,4	262,3	120,2	14,1

<sup>1)</sup> Einschl. Herkunfts- bzw. Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“, – <sup>2)</sup> Wanderungen über die Grenzen des früheren Bundesgebietes, sie schließen die Wanderung zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehem. DDR einschl. Berlin-Ost ein.

Von allen zugezogenen ausländischen Staatsangehörigen waren 1969 rund 44 % zwischen 25 und 39 Jahre alt. Bereits ab 1970 war dieser Anteil dann rückläufig; mit jeweils 26 % erreichte er als Folge des Anwerbestopps 1975 und 1976 seinen tiefsten Stand. Seitdem ist wieder ein Anstieg zu beobachten. Im Jahr 1981 überschritt der Anteil 25- bis 39jährigen wieder die 30-Prozent-Marke, und nahm in den folgenden Jahren laufend zu. Seit 1993 liegt er bei rund 40 %.

Die Zahl der ab 65 Jahren jährlich in die Bundesrepublik Deutschland einreisenden ausländischen Staatsangehörigen ist sehr klein. Im Zeitraum 1968/98 lag der Anteil dieser Altersgruppe an allen Zuzügen von ausländischen Personen nur zwischen 1 % (1970) und 4 % (1982), seit 1991 bewegt er sich um 2 %.

Von den über die Bundesgrenzen fortgezogenen ausländischen Bürgerinnen und Bürgern waren zwischen 1968 und 1972 immer mehr als 40 % zwischen 25 und 39 Jahren alt. Danach ging ihr Anteil langsam zurück und erreichte 1984 mit 31 % den Tiefpunkt. Seit 1991 liegt diese Altersgruppe wieder über 40 % aller ausländischen Fortzüge. Bei den unter 18jährigen Ausländerinnen und Ausländern verlief die Entwicklung hingegen umgekehrt. Ihr Anteil an allen Fortzügen, der 1971 nur 15 % ausmachte, betrug 1976 das Doppelte. Im Jahr 1977 war jeweils etwa ein Drittel aller Fortgezogenen unter 18 sowie 25 bis 39 Jahre alt. Seitdem kehren anteilmäßig Jahr für Jahr wieder weitaus mehr 25- bis 39jährige (1999: 42 %) als unter 18jährige

Ausländerinnen und Ausländer (1999: 19 %) in ihre Heimat zurück. Ganz allgemein kann gesagt werden, dass die fortziehenden ausländischen Staatsangehörigen im Durchschnitt älter sind als die zuziehenden.

**Tab. 3.2: Wanderungen von Ausländerinnen und Ausländern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland nach Altersgruppen**

**3.2.2 Fortzüge**

**1 000**

Jahr	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		Unter 18	18 – 25	25 – 40	40 – 65	65 und mehr
<b>Früheres Bundesgebiet</b>						
1968 .....	332,6	47,3	75,3	145,1	59,6	5,3
1970 .....	434,7	60,6	112,8	183,8	72,2	5,3
1972 .....	514,5	96,5	120,4	207,4	83,8	6,3
1974 .....	580,4	131,2	117,9	225,0	98,1	8,2
1976 <sup>1)</sup> .....	515,5	153,3	78,5	183,8	90,0	10,0
1978 .....	405,7	114,3	69,5	135,8	74,9	11,3
1980 .....	385,8	84,0	84,7	132,9	72,1	12,2
1982 .....	433,3	101,1	84,3	154,1	81,7	12,0
1984 .....	545,1	145,5	73,3	168,9	144,3	13,0
1986 .....	347,8	66,7	66,1	119,4	81,8	13,8
1988 <sup>2)</sup> .....	359,1	59,7	62,1	127,8	92,5	16,9
1990 <sup>1) 2)</sup> .....	467,7	79,2	81,6	170,4	117,0	19,6
<b>Deutschland</b>						
1991 .....	497,5	71,9	94,3	203,2	112,6	15,6
1992 .....	614,7	96,8	116,5	248,8	135,7	17,0
1993 .....	710,2	96,2	137,9	303,1	158,0	15,0
1994 .....	621,4	79,9	119,4	268,4	138,5	15,2
1995 <sup>1)</sup> .....	567,4	65,6	105,1	247,3	133,9	15,5
1996 <sup>1)</sup> .....	559,1	61,5	106,8	241,3	134,1	15,4
1997 <sup>1)</sup> .....	637,1	83,2	114,4	272,0	149,4	18,1
1998 <sup>1)</sup> .....	639,0	102,4	111,2	265,7	141,7	17,9
1999 <sup>1)</sup> .....	555,6	71,9	106,6	233,6	127,5	15,9

<sup>1)</sup> Einschl. Herkunfts- bzw. Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. – <sup>2)</sup> Wanderungen über die Grenzen des früheren Bundesgebietes, sie schließen die Wanderung zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehem. DDR einschl. Berlin-Ost ein.

### 3.4 Seit 1972 ziehen mehr Ledige als Verheiratete nach Deutschland

Die sich über die Jahre ändernde Altersstruktur der zuziehenden bzw. wegziehenden Personen bedeutet auch, dass im Zeitverlauf häufiger Menschen mit einem anderen Familienstand nach Deutschland kommen oder das Land verlassen. So stieg im Zeitraum 1968/80 der Anteil Lediger an den zuziehenden Ausländerinnen und Ausländern von 46 % auf 60 %, der der Verheirateten sank von 51 % auf 36 %. Bis 1984 verlief die Entwicklung dann umgekehrt. Seitdem weisen beide Familienstandsquoten leichte Schwankungen nach oben und unten auf, wobei der Anteil

der Ledigen seit 1990 über 52 % liegt, der Anteil der Verheirateten rückläufig ist und 1999 40 % betrug. Es bleibt aber festzuhalten, dass zwischen 1972 und 1999 Jahr für Jahr mehr Ledige als Verheiratete in die Bundesrepublik Deutschland ein-ereist sind.

**Tab. 3.3: Wanderungen von Ausländerinnen und Ausländern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland nach dem Familienstand**

**3.3.1 Zuzüge  
1 000**

Jahr	Insgesamt	Ledig		Verheiratet		Verwitwet/Geschieden	
		zusammen	dar. männlich	zusammen	dar. männlich	zusammen	dar. männlich
<b>Früheres Bundesgebiet</b>							
1968	589,6	274,0	180,5	298,6	204,0	16,9	4,6
1970	976,2	438,4	301,6	516,3	360,1	21,5	6,6
1972	787,1	391,8	259,0	375,6	232,5	19,8	5,9
1974	538,6	312,4	192,6	209,4	102,0	16,8	4,8
1976 <sup>1)</sup>	387,8	230,5	142,9	140,5	67,3	16,8	4,6
1978	456,1	274,9	177,2	162,6	83,9	18,6	5,3
1980	631,4	379,8	260,6	227,3	134,4	24,3	8,1
1982	321,7	180,8	112,5	121,8	66,7	19,0	5,8
1984	331,1	175,2	104,6	133,2	72,7	22,7	6,8
1986	478,3	267,5	166,7	185,5	97,1	25,3	7,6
1988 <sup>2)</sup>	648,6	324,2	188,5	287,8	153,1	36,5	10,8
1990 <sup>1) 2)</sup>	845,6	429,4	263,5	372,2	214,9	44,0	13,8
<b>Deutschland</b>							
1991	920,5	479,8	301,6	399,0	249,6	41,6	14,7
1992	1 207,6	636,6	412,7	522,1	340,4	47,4	17,3
1993	986,9	526,1	343,7	419,4	270,4	39,6	13,9
1994	773,9	399,8	249,6	335,8	218,1	38,4	14,3
1995 <sup>1)</sup>	792,7	414,8	259,6	337,9	220,5	40,0	15,9
1996 <sup>1)</sup>	708,0	382,7	238,0	289,1	186,7	36,2	15,0
1997 <sup>1)</sup>	615,3	334,5	205,2	248,0	157,6	32,9	14,1
1998 <sup>1)</sup>	605,5	335,9	205,0	237,3	147,4	32,2	14,2
1999 <sup>1)</sup>	673,9	373,8	220,1	266,3	162,7	33,7	13,0

<sup>1)</sup> Einschl. Herkunfts- bzw. Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. – <sup>2)</sup> Wanderungen über die Grenzen des früheren Bundesgebietes, sie schließen die Wanderung zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehem. DDR einschl. Berlin-Ost ein.

Unter den verheirateten Ausländern überwogen zwischen 1968 und 1973 und dann wieder ab 1978 die Zuzüge von Männern. Lediglich im Zeitraum 1974/77 kamen – hauptsächlich als Folge des Familiennachzugs – mehr verheiratete Frauen als verheiratete Männer nach Deutschland.

Bis 1974 verließen mehr verheiratete als ledige Ausländer Deutschland, seitdem sind mehr Ledige als Verheiratete in ihre Heimat zurückgekehrt; so war in den 90er Jahren über die Hälfte der fortziehenden Ausländerinnen und Ausländer ledig, zwischen 42 und 46 % waren verheiratet. 1999 lag der Anteil der Ledigen bei 54% und der der Verheirateten bei 41%. Bei den Fortzügen Verheirateter überwiegen seit 1968 Jahr für Jahr diejenigen von Männern.

**Tab. 3.3: Wanderungen von Ausländerinnen und Ausländern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland nach dem Familienstand**

**3.3.2 Fortzüge  
1 000**

Jahr	Insgesamt	Ledig		Verheiratet		Verwitwet/Geschieden	
		zusammen	dar. männlich	zusammen	dar. männlich	zusammen	dar. männlich
<b>Früheres Bundesgebiet</b>							
1968	332,6	156,0	106,8	166,8	119,1	9,8	2,9
1970	434,7	202,8	143,3	220,6	163,3	11,3	3,6
1972	514,5	248,5	172,8	252,4	181,4	13,6	4,6
1974	580,4	280,7	188,9	283,6	191,2	16,1	5,3
1976 <sup>1)</sup>	515,5	262,5	162,7	235,5	141,3	17,4	5,1
1978	405,7	218,9	136,9	169,5	99,5	17,3	5,2
1980	385,8	203,3	133,5	164,4	104,1	18,1	5,8
1982	433,3	227,7	148,4	186,1	119,3	19,5	6,8
1984	545,1	259,9	151,4	261,6	154,8	23,6	7,9
1986	347,8	178,4	108,2	148,7	86,2	20,7	6,7
1988 <sup>2)</sup>	359,1	167,6	98,0	167,5	99,1	24,0	7,4
1990 <sup>1) 2)</sup>	467,7	215,3	130,1	220,3	133,2	32,2	11,4
<b>Deutschland</b>							
1991	497,5	252,7	163,5	214,3	144,7	30,5	13,5
1992	614,7	301,9	195,3	279,2	197,0	27,4	10,8
1993	710,2	351,2	241,4	328,1	242,3	27,3	12,3
1994	621,4	319,3	214,6	271,4	194,2	30,7	14,6
1995 <sup>1)</sup>	567,4	279,9	183,4	255,9	186,0	31,6	15,1
1996 <sup>1)</sup>	559,1	280,5	183,3	247,1	180,0	31,5	15,1
1997 <sup>1)</sup>	637,1	330,0	211,4	271,8	189,5	35,3	16,4
1998 <sup>1)</sup>	639,0	338,9	213,7	266,1	175,7	33,9	15,9
1999 <sup>1)</sup>	555,6	297,8	188,6	227,0	155,1	30,9	15,0

<sup>1)</sup> Einschl. Herkunfts- bzw. Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. – <sup>2)</sup> Wanderungen über die Grenzen des früheren Bundesgebietes, sie schließen die Wanderung zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehem. DDR einschl. Berlin-Ost ein.

### 3.5 Über ein Fünftel der Zuwanderer kam 1999 aus einem EU-Land

Die Herkunfts- bzw. Zielländer der zu- oder fortziehenden Ausländerinnen und Ausländer haben sich in den vergangenen 30 Jahren geändert. Im Zeitraum 1968/78 dominierten die Zuzüge ausländischer Arbeitnehmer und deren Familienangehöriger aus den EU-Staaten (insbesondere den Hauptanwerbestaaten), aus der Türkei und aus dem ehemaligen Jugoslawien. Der auf die Mitgliedsländer der EU (1968: 57 %) sowie auf das ehemalige Jugoslawien (1969: 24 %) entfallende Anteil an allen Zuzügen entwickelte sich allerdings bereits seit 1969 bzw. 1971 rückläufig. Die Zuwanderung aus außereuropäischen Ländern spielte bis etwa Ende der 70er Jahre nur eine untergeordnete Rolle.

**Tab. 3.4: Wanderungen von Ausländerinnen und Ausländern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern \*)**

**3.4.1 Zuzüge  
1 000**

Jahr	Herkunftsland								
	Europäisches Ausland						Außereuropäisches Ausland		
	insgesamt	darunter					insgesamt	dar. Asien <sup>4)</sup>	
EU-Staaten <sup>1)</sup>		Türkei	Jugoslawien <sup>2)</sup>	Polen	Rumänien	Russische Föderation <sup>3)</sup>			
<b>Früheres Bundesgebiet</b>									
1968 ....	550,5	337,0	79,7	95,3	1,8	2,2	0,4	39,0	10,1
1970 ....	913,3	465,4	177,0	238,5	3,2	5,9	0,5	62,8	18,5
1972 ....	718,4	363,9	185,0	134,1	8,2	7,4	1,5	68,3	20,4
1974 ....	475,5	207,8	160,8	72,3	11,2	7,0	1,4	62,9	26,6
1976 ....	328,9	144,2	105,8	40,7	18,1	3,0	2,8	58,2	25,4
1978 ....	380,7	165,6	131,0	38,5	23,9	4,7	1,8	75,2	39,3
1980 ....	520,0	193,9	212,3	41,9	42,0	5,6	2,4	110,9	63,4
1982 ....	245,4	115,6	42,7	22,2	37,1	5,4	1,6	76,1	37,3
1984 ....	244,8	98,4	34,1	19,4	67,8	5,3	1,2	86,1	46,4
1986 ....	318,6	117,9	62,2	26,1	83,7	6,1	1,4	156,9	105,6
1988 ....	537,0	140,1	78,4	55,8	207,8	11,2	13,3	108,7	60,1
1990 ....	656,5	139,6	83,6	65,2	200,9	78,2	37,0	175,9	102,2
<b>Deutschland</b>									
1991 ....	755,1	147,4	81,9	221,0	128,4	61,4	39,0	162,3	78,8
1992 ....	1 008,2	140,8	80,6	382,8	131,7	109,8	24,6	195,9	90,1
1993 ....	788,7	136,7	67,8	278,7	75,1	81,6	29,1	194,6	109,9
1994 ....	607,9	158,8	63,9	153,9	78,6	31,4	33,4	162,9	99,2
1995 ....	610,0	177,2	73,6	130,7	87,2	24,8	33,0	174,4	110,3
1996 ....	518,0	172,5	73,2	71,3	77,4	17,1	31,9	181,7	112,7
1997 ....	438,9	151,7	56,0	53,0	71,2	14,2	24,8	167,7	103,1
1998 ....	442,4	137,3	48,0	83,1	66,1	17,0	21,3	153,0	88,0
1999 ....	498,7	137,3	47,1	115,8	72,2	18,8	27,8	164,8	99,6

<sup>1)</sup> Ohne Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. – <sup>2)</sup> Stand: 1.1.1995. – <sup>3)</sup> Einschl. Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind. – <sup>4)</sup> Von 1968 - 1991 Angaben für ehem. Sowjetunion, ab 1992 Angaben für Russische Föderation. – <sup>4)</sup> Ab 1992 einschl. der in Asien gelegenen Nachfolgestaaten der ehem. Sowjetunion.

Zwischen 1973 und 1980 sank der Anteil der aus den EU-Staaten zuziehenden Menschen weiter. Die Zuwanderung aus der Türkei verlief hingegen, von kleinen Schwankungen abgesehen, umgekehrt. Im Jahr 1980 zogen mehr Bürgerinnen und Bürger aus der Türkei als aus einem EU-Mitgliedstaat zu, ihr Anteil an allen Zuwanderungen betrug 1980 knapp 34 %. Bei den Zuzügen aus dem ehemaligen Jugoslawien setzte sich der seit 1971 zu beobachtende Rückgang fort. Dies lässt darauf schließen, dass der Familiennachzug bei Männern und Frauen mit ehemals jugoslawischer Staatsangehörigkeit eine wesentlich geringere Rolle spielte als bei türkischen Staatsangehörigen.

Nach 1980 nimmt die Bedeutung weiterer Herkunftsländer zu. Erkennbar ist das beispielsweise an der Entwicklung der Zuzüge aus Polen und aus außereuropäischen (insbes. asiatischen) Staaten. 1980 kamen nur 7 % der zugewanderten Menschen aus Polen, 1988 und 1989 war es hingegen jeweils etwa ein Drittel. Die für

die Jahre 1991 bis 1994 registrierten hohen Anteile der Zuzüge aus dem ehemaligen Jugoslawien und Rumänien sind auf die Einreise Asylsuchender und die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen – insbesondere aus Bosnien-Herzegowina – zurückzuführen.

Prozentual hat sich nach 1980 der Zuzug aus EU-Staaten weiter verringert. 1992 waren es beispielsweise nur 12 %. Seit 1993 ist ein umgekehrter Trend zu beobachten. So kamen 1999 21 % aller Zuwanderer aus einem EU-Land. Der Anteil der Zuzüge aus außereuropäischen Staaten nimmt seit 1987 wieder ab, im Zeitraum 1987/99 machte er – das Jahr 1990 ausgenommen – jeweils weniger als zwei Zehntel aller ausländischen Zuziehenden aus. Ebenfalls rückläufig, und zwar seit 1993, ist die Zuwanderung aus Rumänien; der Anteil der Zuzüge aus Polen war in den vergangenen Jahren nahezu konstant und lag bei rund 11 %.

**Tab. 3.4: Wanderungen von Ausländerinnen und Ausländern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern \*)**

**3.4.2 Fortzüge**  
**1 000**

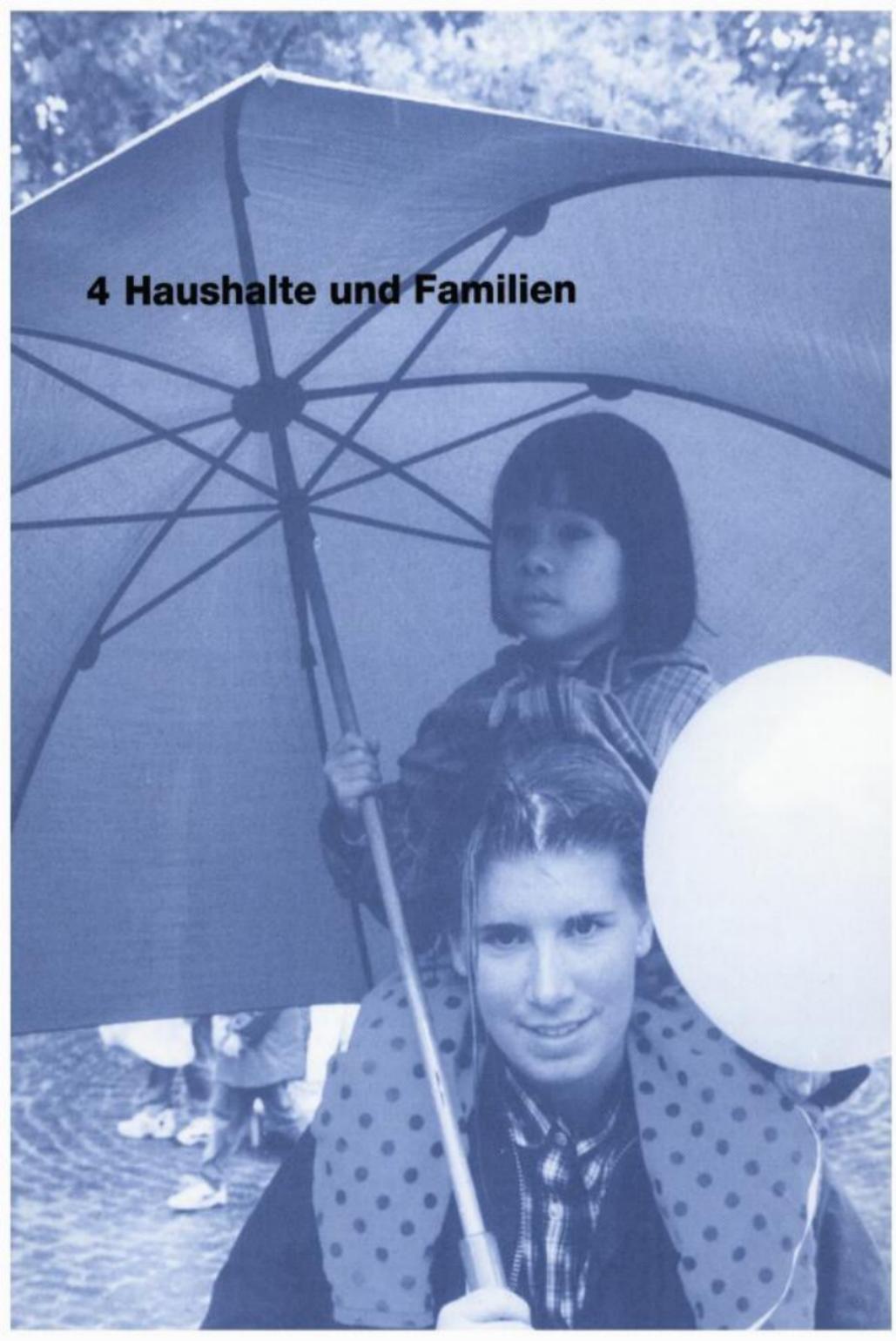
Jahr	Herkunftsland							Außereuropäisches Ausland	
	ins-gesamt	Europäisches Ausland					Russische Föderation <sup>3)</sup>	ins-gesamt	dar. Asien <sup>4)</sup>
		EU-Staaten <sup>1)</sup>	Türkei	Jugoslawien <sup>2)</sup>	Polen	Rumänien			
<b>Früheres Bundesgebiet</b>									
1968 ....	297,1	218,0	27,7	30,6	1,4	1,4	0,3	35,4	8,4
1970 ....	401,0	250,4	42,4	89,0	2,2	1,6	0,3	33,7	7,9
1972 ....	472,5	277,8	75,0	97,2	5,3	3,3	0,4	41,7	11,3
1974 ....	532,4	293,6	110,8	102,0	9,1	3,7	0,5	47,8	15,0
1976 ....	465,1	232,6	130,4	74,4	13,3	1,7	0,9	50,1	19,4
1978 ....	354,0	181,3	88,1	50,9	17,4	2,2	0,9	51,6	21,2
1980 ....	329,9	172,7	70,6	41,1	27,7	2,3	1,2	55,8	25,1
1982 ....	357,0	176,1	86,9	41,2	32,7	2,2	1,1	75,9	37,0
1984 ....	470,1	152,6	213,5	33,8	51,7	2,2	1,0	74,6	33,3
1986 ....	264,9	106,5	51,9	26,4	61,2	2,3	1,0	80,6	40,8
1988 ....	290,7	96,9	39,9	26,1	99,3	3,4	5,5	66,4	29,5
1990 ....	384,0	100,9	35,1	38,3	157,7	15,8	11,4	73,1	32,3
<b>Deutschland</b>									
1991 ....	398,2	114,6	36,1	53,0	115,3	30,2	12,1	96,0	45,3
1992 ....	518,4	111,8	40,3	129,5	109,5	51,9	6,2	92,9	38,7
1993 ....	591,9	116,4	46,3	112,3	101,8	101,9	7,8	114,8	48,9
1994 ....	496,7	133,4	46,4	115,1	65,8	44,0	12,3	117,7	54,0
1995 ....	447,3	139,6	43,2	86,2	70,7	25,2	13,5	107,9	54,5
1996 ....	442,1	153,9	43,5	85,0	71,7	16,6	12,6	106,2	56,4
1997 ....	509,2	159,6	46,0	152,7	70,2	13,6	11,2	118,6	60,4
1998 ....	491,0	146,1	45,1	166,8	60,7	13,6	10,3	131,9	62,0
1999 ....	411,8	138,2	40,9	99,4	58,6	14,6	10,1	121,6	56,9

\*) Ohne Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. – <sup>1)</sup> Stand: 1.1.1995. – <sup>2)</sup> Einschl. Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind. – <sup>3)</sup> Von 1968 - 1991 Angaben für ehem. Sowjetunion, ab 1992 Angaben für Russische Föderation. – <sup>4)</sup> Ab 1992 einschl. der in Asien gelegenen Nachfolgestaaten der ehem. Sowjetunion.

Gingen 1968 noch 66 % aller fortziehenden Ausländer in ein EU-Land, waren es 1999 nur noch 26 %. Für die Türkei ist eine hohe Rückwanderung in den Jahren 1976 und 1977 (jeweils ein Viertel aller Fortzüge) sowie – hauptsächlich als Folge des Rückkehrhilfegesetzes – 1984 (knapp vier Zehntel aller Fortzüge) zu verzeichnen. Hervorzuheben ist ferner der große Prozentsatz von Menschen, die in den Jahren 1989 und 1990 (33 % bzw. 34 %) nach Polen zogen. Auf die Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen geht der hohe Anteil an Fortzügen in das ehemalige Jugoslawien in den Jahren 1997 und 1998 zurück.

Hinsichtlich der in diesem Abschnitt in die Betrachtung einbezogenen Herkunfts- und Zielländer hatte das frühere Bundesgebiet bzw. Deutschland zwischen 1968 und 1999 nur gegenüber Polen, der russischen Föderation und dem außereuropäischen Ausland eine fast durchweg positive Wanderungsbilanz. Hervorzuheben sind ferner die Abwanderungsüberschüsse gegenüber der Türkei zwischen 1982 und 1985 sowie gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien seit 1996. Die Wanderungen zwischen Deutschland und den übrigen EU-Staaten wiederum haben an Gewicht verloren und spielen für die Veränderung der Zahl der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland eine immer geringere Rolle.

## 4 Haushalte und Familien



## 4 Haushalte und Familien

### 4.1 Mikrozensus zeigt Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Bevölkerung

Jedes Jahr werden in Deutschland 1 Prozent aller Haushalte im Rahmen des Mikrozensus über ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen befragt. Die Ergebnisse dieser Erhebung zeigen auch die soziale Situation der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Allerdings setzt einerseits die Konzeption des Mikrozensus als Stichprobe der Genauigkeit der Ergebnisse Grenzen, andererseits ist die Zahl der Ausländer in Ostdeutschland zu niedrig, als dass eine Untersuchung verschiedener Sachverhalte für Ost und West sinnvoll wäre. Die nachfolgende Darstellung beschränkt sich deswegen auf Deutschland insgesamt.

### 4.2 In nur jedem 38. Haushalt lebten 1999 Deutsche und Ausländer zusammen

Im April 1999 gab es in Deutschland insgesamt 37,8 Millionen Haushalte<sup>1)</sup>. In 34,6 Mill. bzw. 91,6 % dieser Haushalte lebten ausschließlich Deutsche, 2,2 Mill. waren reine Ausländerhaushalte. Deutsche und Ausländer lebten in 990 000, also gerade einmal in jedem 38. Haushalt zusammen.

Tab. 4.1: Privathaushalte 1999 nach Staatsangehörigkeit der Haushaltsmitglieder\*)

Staatsangehörigkeit der Haushaltsmitglieder	Deutschland	
	1 000	%
Alle Haushaltsmitglieder Deutsche . . . . .	34 630	91,6
Alle Haushaltsmitglieder Ausländer . . . . .	2 175	5,8
Mind. ein Haushaltsmitglied Deutsche(r) und mind. ein Haushaltsmitglied Ausländer(in) . . . . .	990	2,6
<b>Privathaushalte insgesamt . . . . .</b>	<b>37 795</b>	<b>100</b>

\*) Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten.

### 4.3 Ausländerhaushalte sind überdurchschnittlich groß

Kleinhaushalte gibt es viel häufiger in der deutschen als in der ausländischen Bevölkerung. So lebten 1999 in gut 70 % der deutschen, aber lediglich in rund 54 % der ausländischen Haushalte nur eine oder zwei Personen. Festzuhalten ist allerdings, dass Einpersonenhaushalte sowohl unter Deutschen als auch unter Ausländern mit einem Anteil von rund 37 % bzw. 34 % der häufigste Haushaltstyp waren.

<sup>1)</sup> In der in diesem Kapitel als Datenbasis verwendeten Haushalts- und Familienstatistik steht das Zusammenleben in einer Gruppe im Vordergrund. Als Haushalte werden dabei Personengruppen unabhängig von ihren verwandtschaftlichen Beziehungen erfasst, die zusammen wohnen und gemeinsam wirtschaften (Mehrpersonenhaushalte). Alleinlebende und selbständig wirtschaftende Haushalte bilden einen eigenständigen Haushalt (Einpersonenhaushalt). Die Familie wird grundsätzlich durch das Kriterium der Abstammung (Eltern-Kind-Verhältnis) sowie Verheiratung begründet, wobei im folgenden nur solche Personen zur Familie gerechnet werden, die in einem Haushalt zusammenleben.

**Tab. 4.2: Privathaushalte 1999 nach Staatsangehörigkeit der Haushaltsmitglieder und Haushaltsgröße\*)**

Staatsangehörigkeit der Haushaltsmitglieder	Insgesamt		Ein-persone-haushalte	Mehrpersonenhaushalte mit ... Personen				Personen je Haushalte insgesamt
				2	3	4	5 und mehr	
	1 000	%	1 000				Anzahl	
Alle Haushaltsmitglieder								
Deutsche .....	34 630	91,6	12 744	11 716	5 003	3 868	1 299	2,12
Alle Haushaltsmitglieder								
Ausländer .....	2 175	5,8	741	423	367	373	271	2,62
Mind. ein Haushaltsmitglied								
Deutsche(r) und mind. ein								
Haushaltsmitglied Auslän-	990	2,6	x	415	276	203	96	3,03
der(in) .....								
Privathaushalte insgesamt	37 795	100,0	13 485	12 554	5 646	4 444	1 666	2,18

\*) Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten.

Mehr als ein Drittel der Haushalte, in denen ausschließlich ausländische Staatsangehörige lebten, waren somit 1999 in Deutschland Einpersonenhaushalte, knapp ein Fünftel bestand aus zwei Personen, fast 30 % der ausländischen Haushalte setzten sich aus vier oder mehr Personen zusammen. Hingegen hatten unter den deutschen Haushalten die mit mindestens vier Personen lediglich einen Anteil von 15 %.

Folge der unterschiedlichen Verteilung der Haushaltsgrößen ist, dass deutsche Haushalte durchschnittlich kleiner waren als ausländische: Im Schnitt lebten 1999 in Deutschland im ersten Fall 2,12 Personen im Haushalt, im zweiten Fall 2,62 Personen. Während sich – allerdings bezogen auf das frühere Bundesgebiet – bei den deutschen Haushalten die durchschnittliche Haushaltsgröße im Zeitablauf kontinuierlich verringerte, entwickelten sich die entsprechenden Werte für ausländische Privathaushalte uneinheitlich. Ursache sind ‚Sondereinflüsse‘, die stark vom Zeitpunkt des Zuzugs nach Deutschland, der Herkunft der Ausländerinnen und Ausländer und deren familiärer Situation bestimmt wurden. Bei den einst angeworbenen ausländischen Arbeitskräften handelte es sich überwiegend um alleinstehende Männer im erwerbsfähigen Alter. Aufgrund von Familienzusammenführungen und Familiengründungen erhöhte sich zwischen 1972 und 1981 die durchschnittliche Personenzahl der Ausländerhaushalte erheblich. Die 1982 einsetzende rückläufige Entwicklung wurde nur Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre unterbrochen.

#### 4.4 In jeder zehnten Ehe ist mindestens ein Partner Ausländer

Im April 1999 gab es in Deutschland 19,5 Mill. Ehepaare, darunter rund 2 Mill. (10,5 %) mit mindestens einem Partner, der kein Deutscher war. Bei rund 68 % dieser Paare lebten Kinder (ohne Altersbegrenzung) im Haushalt. Von den Ehepaaren, die beide eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten, wohnten fast drei Viertel mit Kindern zusammen. In binationalen Ehen war der entsprechende Wert dagegen deutlich niedriger (58,6 %). Bei Ehepaaren, wo beide die deutsche Staatsangehörigkeit hatten, waren es lediglich knapp 50 %, die mit Kindern im Haushalt lebten.

**Tab. 4.3: Ehepaare im April 1999 nach Staatsangehörigkeit \*)**

Staatsangehörigkeit der Ehepartner	Insgesamt		Darunter mit Kindern <sup>1)</sup>	
	1 000	%	1 000	% <sup>2)</sup>
Beide Ehepartner Deutsche .....	17 441	89,5	8 597	49,3
Beide Ehepartner Ausländer .....	1 296	6,7	955	73,7
Ein Ehepartner Deutsche(r) / ein Ehepartner Ausländer(in) .....	742	3,8	435	58,6
<b>Ehepaare insgesamt ..</b>	<b>19 479</b>	<b>100,0</b>	<b>9 987</b>	<b>51,3</b>

<sup>1)</sup> Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz. – <sup>1)</sup> Im Haushalt der Eltern lebende ledige Kinder ohne Altersbegrenzung – <sup>2)</sup> Prozent von insgesamt.

## 4.5 Ausländische Paare sind relativ kinderreich

Ein Grund dafür, dass in deutschen Haushalten relativ häufiger keine Kinder leben als in ausländischen ist einmal die andere Altersstruktur der deutschen Bevölkerung und die damit einhergehende größere Zahl von Ehepaaren, deren Kinder bereits aus dem Haus sind. Ferner spielt auch die höhere Geburtenrate der Ausländerinnen eine Rolle. Sie ist aber auch für einen weiteren Unterschied – die durchschnittlich größere Zahl von Kindern in ausländischen Haushalten – von entscheidender Bedeutung. So lebten von den 955 000 ausländischen Ehepaaren, die Kinder haben, 1999 über ein Viertel und etwa jede(r) achte ausländische Alleinerziehende (12,6 %) mit mindestens drei Kindern zusammen. Bei den deutschen Paaren bzw. deutschen Alleinerziehenden lagen die entsprechenden Vergleichswerte nur jeweils halb so hoch, nämlich bei 12,6 % bzw. 6,3 %.

### 4.4 Ehepaare mit Kindern und Alleinerziehende 1999 nach Staatsangehörigkeit der Ehepartner/Alleinerziehenden und Zahl der Kinder\*)

Eltern – Kind – Gemeinschaft	Insgesamt	Davon mit ... Kind(ern) <sup>1)</sup>			Kinder je Familie
		1	2	3 und mehr	
	1 000	% von insgesamt			Anzahl
Beide Ehepartner Deutsche .....	8 597	46,2	41,2	12,6	1,70
Beide Ehepartner Ausländer .....	955	35,5	38,2	26,3	2,05
Ein Ehepartner Deutsche(r) / ein Ehepartner Ausländer(in) .....	435	49,9	37,7	12,4	1,67
Deutsche(r) Alleinerziehende(r) <sup>1)</sup> .....	2 727	69,1	24,6	6,3	1,39
Ausländische(r) Alleinerziehende(r) <sup>1)</sup> .....	199	58,8	28,6	12,6	1,60
<b>Ehepaare / Alleinerziehende insgesamt ...</b>	<b>12 913</b>	<b>50,5</b>	<b>37,2</b>	<b>12,3</b>	<b>1,66</b>

<sup>1)</sup> Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz. – Im Haushalt der Eltern(teile) lebende ledige Kinder ohne Altersbegrenzung. – <sup>1)</sup> Einschließlich der Alleinerziehenden, die Lebenspartner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind.

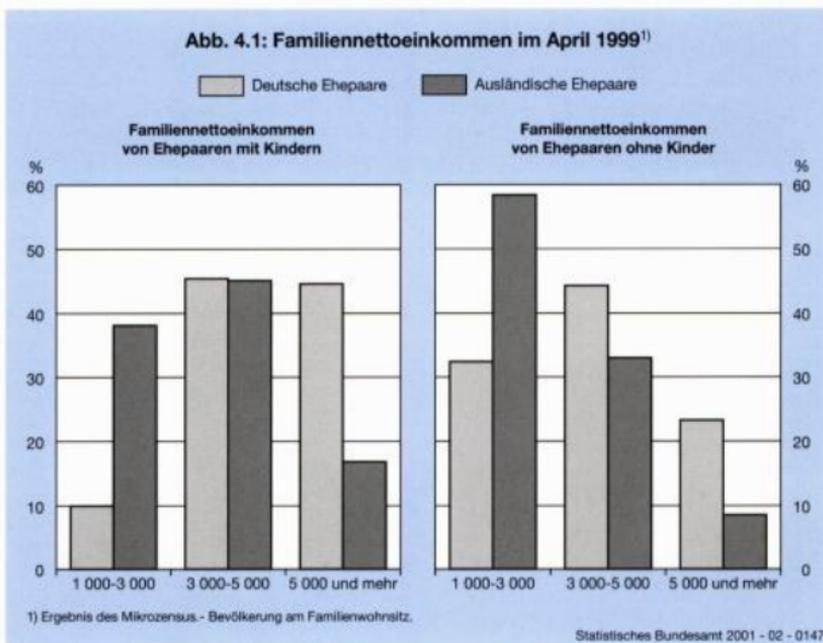
Im Durchschnitt lebten 1999 100 ausländische Ehepaare mit 205 Kindern und 100 ausländische Alleinerziehende mit 160 Kindern zusammen; in den Haushalten von 100 deutschen Ehepaaren bzw. Alleinerziehenden waren es 170 bzw. 139 Kinder (ohne Altersbegrenzung)<sup>2)</sup>. Der Vergleich der Familienstrukturen der deutschen und ausländischen Bevölkerung macht außerdem deutlich, dass der Anteil der Allein-

erziehenden mit 24,1 % an allen deutschen Familien höher war als der entsprechende Anteil der ausländischen Alleinerziehenden (17,2 %).

Insgesamt lässt sich sagen, dass größere Familien, die eher „traditionellen“ Mustern von Kindererziehung im Rahmen einer Eltern-Kind-Beziehung entsprechen, kennzeichnend für die ausländische Bevölkerung in Deutschland sind. Insofern scheint dieser Teil der inländischen Bevölkerung stärker von traditionellen Lebensformen geprägt zu sein als die deutsche Bevölkerungsmehrheit.

#### 4.6 Ausländische Haushalte haben oft niedrigeres Einkommen als deutsche

Wie Abb. 4.1 zeigt, war 1999 das Familiennettoeinkommen von ausländischen Ehepaaren niedriger als das von deutschen<sup>2)</sup>. So verfügten 38 % der ausländischen Ehepaare mit Kindern über ein Familiennettoeinkommen von weniger als 3 000 DM, gegenüber lediglich 10 % der entsprechenden deutschen Haushalte. In der höheren Einkommensklasse von 5 000 DM und mehr waren die Anteile erwartungsgemäß anders (17 % bei ausländischen und knapp 45 % bei deutschen Paaren).



Bei den Ehepaaren ohne im Haushalt lebende Kinder ein ähnliches Ergebnis: Auch hier waren deutsche Ehepaare relativ gesehen wohlhabender als ausländische. Interessant ist überdies, dass Ehepaare mit im Haushalt lebenden Kindern generell

<sup>2)</sup> Binationale Ehepaare sind hierbei nicht berücksichtigt.

– also unabhängig von der Nationalität – über höhere Familiennettoeinkommen verfügten als kinderlose Ehepaare. Hierfür dürfte, der unter den kinderlosen Ehepaaren hohe Anteil von Rentnern und Pensionären ausschlaggebend sein. Deren Einkünfte sind in der Regel niedriger als diejenigen der Erwerbstätigen.

#### 4.7 Doppelverdienerhaushalte bei Deutschen häufiger als bei Ausländern

Für die Erwerbsbeteiligung von Ehefrauen spielt unter anderem eine Rolle, ob Kinder im Haushalt leben. Frauen mit kleinen Kindern treten dabei seltener auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung als solche mit älteren Kindern, da bei Kleinkindern der Zeitaufwand für die Versorgung und Betreuung weit höher ist. Aus diesem Grund kletterte laut Mikrozensus im Jahr 1999 die Erwerbstätigenquote aller Frauen zwischen 15 und 65 Jahren, die mit Kindern (ohne Altersbegrenzung) zusammenlebten, sukzessive von 49,0 % bei Frauen mit mindestens einem Kind unter drei Jahren auf 62,3 % bei Frauen mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren.

Es zeigt sich, dass 1999 bei deutschen Ehepaaren, beide Partner im Durchschnitt häufiger erwerbstätig waren als bei ausländischen (41,4 % gegenüber 28,2 %), dagegen der deutsche Ehemann seltener allein berufstätig war als der ausländische (20,3 % gegenüber 37,6 %). Der Anteil der nicht erwerbstätigen Partner, d.h. beide Eheleute sind erwerbslos oder Nichterwerbspersonen, war bei den deutschen Ehepaaren deutlich höher als bei den ausländischen (31,7 % gegenüber 25,2 %).

#### 4.5 Ehepaare mit und ohne Kinder im April 1999 nach Staatsangehörigkeit der Ehepartner und Beteiligung am Erwerbsleben\*)

Ehepaare	Insgesamt	Beide Ehepartner erwerbstätig	Ehemann allein erwerbstätig	Ehefrau allein erwerbstätig	Beide Ehepartner nicht erwerbstätig
<b>Ehepaare insgesamt</b>					
Beide Ehepartner Deutsche .....	17 441	7 220	3 545	1 149	5 527
Beide Ehepartner Ausländer .....	1 296	365	488	117	326
Ein Ehepartner Deutsche(r) / ein Ehepartner Ausländer(in) .....	742	326	246	69	101
<b>Ehepaare insgesamt</b> .....	<b>19 479</b>	<b>7 911</b>	<b>4 279</b>	<b>1 335</b>	<b>5 954</b>
<b>Ehepaare ohne Kinder<sup>§</sup></b>					
Beide Ehepartner Deutsche .....	8 844	2 299	1 101	702	4 742
Beide Ehepartner Ausländer .....	341	92	87	39	123
Ein Ehepartner Deutsche(r) / ein Ehepartner Ausländer(in) .....	307	131	76	39	61
<b>Ehepaare ohne Kinder insgesamt</b> .....	<b>9 492</b>	<b>2 522</b>	<b>1 264</b>	<b>780</b>	<b>4 926</b>
<b>Ehepaare mit Kindern</b>					
Beide Ehepartner Deutsche .....	8 597	4 921	2 444	447	785
Beide Ehepartner Ausländer .....	955	273	401	78	203
Ein Ehepartner Deutsche(r) / ein Ehepartner Ausländer(in) .....	435	195	170	30	40
<b>Ehepaare mit Kindern insgesamt</b> .....	<b>9 987</b>	<b>5 389</b>	<b>3 015</b>	<b>555</b>	<b>1 028</b>

\*) Ergebnis des Mikrozensus. – Bevölkerung am Familienwohnsitz. – §) Im Haushalt der Eltern lebende ledige Kinder ohne Altersbegrenzung.

Betrachtet man nur die Erwerbsbeteiligung der Ehepaare ohne im Haushalt lebende Kinder, dann fällt insbesondere der Unterschied bei den nicht erwerbstätigen Ehepaaren auf: bei über der Hälfte der deutschen Ehepaare (53,6 %) waren beide Ehepartner nicht (mehr) erwerbstätig, bei den ausländischen Ehepaaren betrug dieser Anteil hingegen nur gut 36 %. Dies ist – wie bereits erwähnt – hauptsächlich eine Folge der unterschiedlichen Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung, weil sich von der letzteren ein geringerer Teil bereits im Rentenalter befindet.

Von den deutschen Ehepaaren mit im Haushalt lebenden Kindern waren 1999 bei weit über der Hälfte (57,2 %) beide Partner erwerbstätig, bei ausländischen Ehepaaren aber nur 28,6 %. Dies führte dazu, dass bei ausländischen Familien mit Kindern der Ehemann häufiger Alleinernährer war als bei den deutschen Familien mit Kindern (42,0 % gegenüber 28,4 %).



## 5 Wohnverhältnisse



## 5 Wohnverhältnisse

### 5.1 Deutsche Haushalte verfügen durchschnittlich über 88 m<sup>2</sup>, ausländische nur über 72 m<sup>2</sup>

Wohnen Ausländerinnen und Ausländer anders als Deutsche? Diese Frage ist auch gut 40 Jahre nachdem die ersten „Gastarbeiter“ eingetroffen sind, mit einem klaren „ja“ zu beantworten. Ein Beispiel ist die **Größe der Wohnungen**: Deutsche Haushalte verfügen durchschnittlich über 88 m<sup>2</sup> Wohnfläche, ausländische nur über knapp 72 m<sup>2</sup>; und das, obwohl die Zahl der Personen in ausländischen Haushalten über der in deutschen liegt. Dies gilt sowohl für das frühere Bundesgebiet als auch für die neuen Länder und Berlin-Ost. Die größten Unterschiede zeigen sich bei Wohneinheiten ab 120 m<sup>2</sup>, meist Einfamilienhäuser. Während bundesweit 21 % der Deutschen in Wohnungen dieser Größenordnung leben, weitere knapp 13 % in Wohnungen mit 100 bis unter 120 m<sup>2</sup>, sind es bei der ausländischen Bevölkerung weniger als 8 bzw. 7 %. Umgekehrt sind ausländische Haushalte bei kleineren Wohnungen (unter 40 m<sup>2</sup> und 40 - 60 m<sup>2</sup>) wesentlich stärker vertreten. Mit über 9 bzw. 25 % liegen ihre Anteile erheblich höher als die deutscher Haushalte.

**Tab. 5.1: Haushalte nach Staatsangehörigkeit der Bezugsperson und Fläche der Wohneinheit**

Staatsangehörigkeit der Bezugsperson	Ins-gesamt <sup>1)</sup>	Davon in Wohneinheiten mit einer Fläche von ... bis unter ... m <sup>2</sup>						Fläche je Wohneinheit	Fläche je Person
		unter 40	40 – 60	60 – 80	80 – 100	100 – 120	120 und mehr		
		%							
<b>Deutschland</b>									
Ausländer/-in . . . . .	1 752,5	9,4	25,1	33,5	17,3	6,9	7,7	71,8	25,0
Deutsche/-r . . . . .	32 065,0	4,6	18,2	25,7	17,6	12,9	21,0	88,2	40,4
Zusammen . . . . .	33 817,5	4,9	18,6	26,1	17,6	12,5	20,3	87,4	39,4
<b>Früheres Bundesgebiet</b>									
Ausländer/-in . . . . .	1 707,6	9,4	24,9	33,5	17,5	7,0	7,8	72,0	25,0
Deutsche/-r . . . . .	25 796,3	4,1	15,2	24,7	18,7	13,6	23,6	91,8	42,3
Zusammen . . . . .	27 503,9	4,5	15,8	25,3	18,6	13,2	22,7	90,5	40,9
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>									
Ausländer/-in . . . . .	44,9	12,0	31,4	36,3	11,1	3,8	5,6	67,0	25,1
Deutsche/-r . . . . .	6 268,7	6,6	30,7	29,8	13,2	9,8	9,9	73,7	32,8
Zusammen . . . . .	6 313,6	6,6	30,7	29,8	13,2	9,7	9,9	73,6	32,8

<sup>1)</sup> Ohne Untermieter.

### 5.2 Ausländerinnen und Ausländer haben im Schnitt 15 m<sup>2</sup> weniger Wohnfläche als Deutsche

Auffällig sind auch die Unterschiede bei der Wohnfläche pro Person. Während in deutschen Haushalten durchschnittlich pro Kopf über 40 m<sup>2</sup> zur Verfügung stehen, sind es in ausländischen nur 25 m<sup>2</sup>. Diese um fast 40 % schlechtere Versorgung ist im wesentlichen auf die höhere Personenzahl pro Haushalt zurückzuführen, d. h. in ausländischen Haushalten müssen sich mehr Personen weniger Wohnfläche teilen.

Der West-Ost-Vergleich ergibt für die ausländische Bevölkerung keine Abweichungen. Deutsche Haushalte müssen dagegen in den neuen Ländern mit fast 10 m<sup>2</sup> Pro-Kopf-Wohnfläche weniger auskommen als im früheren Bundesgebiet.

### 5.3 Ausländische Haushalte müssen ein Viertel ihres Einkommens für Wohnen ausgeben

Obwohl ausländische Haushalte häufiger in kleineren Wohnungen leben, ist ihre **monatliche Bruttokaltmiete**<sup>1)</sup> nicht niedriger. Die Verteilung deutscher und ausländischer Haushalte nach Mietklassen unterscheidet sich nur sehr wenig, wobei Ausländer bei den höheren Mieten sogar etwas größere Anteile aufweisen als Deutsche, bei den niedrigeren etwas geringere. Bei der Bruttokaltmiete je Quadratmeter liegen ausländische Haushalte mit im Schnitt 11,51 DM über der deutscher mit 10,69 DM. Das gilt – wenn auch auf unterschiedlichem Niveau – sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Der Grund ist, dass für kleinere Wohnungen in der Regel höhere Quadratmetermieten zu zahlen sind und sich hier die durchschnittlich geringeren Wohnflächen der Ausländer widerspiegeln.

**Tab. 5.2: Hauptmieterhaushalte nach Staatsangehörigkeit der Bezugsperson und Höhe der Bruttokaltmiete**

Staatsangehörigkeit der Bezugsperson	Insgesamt <sup>1)</sup>	Davon mit einer monatlichen Bruttokaltmiete von ... bis ... DM						Durchschnittsbruttokaltmiete je m <sup>2</sup>	
		unter 400	400 – 600	600 – 800	800 – 1 000	1 000 – 1 200	1 200 – 1 500		1 500 und mehr
	1 000	%						m <sup>2</sup>	
<b>Deutschland</b>									
Ausländer/-in .....	1 378,8	9,7	23,0	27,3	18,9	10,9	6,2	4,0	11,51
Deutsche/-r .....	15 605,9	11,8	27,0	27,0	16,3	8,4	5,7	3,7	10,69
<b>Insgesamt ...</b>	<b>16 984,7</b>	<b>11,7</b>	<b>26,7</b>	<b>27,1</b>	<b>16,5</b>	<b>8,6</b>	<b>5,7</b>	<b>3,7</b>	<b>10,75</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>									
Ausländer/-in .....	1 338,9	9,4	22,6	27,3	19,1	11,1	6,4	4,1	11,55
Deutsche/-r .....	11 735,3	7,6	23,8	27,9	18,8	10,2	7,0	4,6	11,07
<b>Zusammen ...</b>	<b>13 074,2</b>	<b>7,8</b>	<b>23,7</b>	<b>27,9</b>	<b>18,9</b>	<b>10,3</b>	<b>6,9</b>	<b>4,5</b>	<b>11,11</b>
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>									
Ausländer/-in .....	39,9	19,8	33,9	26,3	11,3	4,2	1,9	2,8	9,99
Deutsche/-r .....	3 870,5	24,6	36,9	24,3	8,5	3,0	1,7	1,0	9,34
<b>Zusammen ...</b>	<b>3 910,4</b>	<b>24,5</b>	<b>36,9</b>	<b>24,4</b>	<b>8,5</b>	<b>3,0</b>	<b>1,7</b>	<b>1,0</b>	<b>9,35</b>

<sup>1)</sup> Nur Haushalte mit Angaben zur Miete, ohne Untermieter.

Fast noch aussagekräftiger ist ein Blick darauf, welchen Anteil am Haushaltsnettoeinkommen die Bruttokaltmiete ausmacht, die sogenannte **„Mietbelastungsquote“**. Sie bringt zum Ausdruck, welcher Anteil des zur Verfügung stehenden Einkommens für „Wohnen“ bereitgestellt werden muss. Allgemein hat sich in den letzten Jahrzehnten die Mietbelastungsquote stetig erhöht. Sie lag 1998 im Bundes-

<sup>1)</sup> Zur Bruttokaltmiete zählen neben der Grundmiete auch die „kalten“ Betriebskosten, also die monatlich aufzuwendenden Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Hausreinigung und -beleuchtung, Schornsteinreinigung, Hauswart, öffentliche Lasten, Gebäudeversicherungen oder Kabelanschluss. Nicht dazu rechnen Umlagen für den Betrieb einer Zentralheizung oder Warmwasserversorgung, für eine Garage oder einen Einstellplatz. Zuzschläge für Möblierung, Gewerberäume, untervermietete Räume oder Grundgebühren für eine Zentralwaschanlage.

durchschnitt bei 23,4 %, für deutsche Haushalte betrug sie 23,1 %, für ausländische 25,4 %.

Die stärkere Mietbelastung von Ausländern wird auch deutlich, wenn die Verteilung der Haushalte nach Mietbelastungsgruppen betrachtet wird. Während nur knapp 17 % aller deutschen Haushalte monatlich mehr als 40 % ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen, sind es bei den ausländischen über 22 %. Auch bei den Mietbelastungsgruppen zwischen 30 und 40 % liegen die ausländischen Anteile über denen der Deutschen.

Im Ost-West-Vergleich ist festzustellen, dass in den neuen Ländern und Berlin-Ost die Mietbelastung niedriger ist. Dies betrifft allerdings überwiegend deutsche Haushalte. Bei Ausländern sind die Anteile derer, die über 35 % ihres Einkommens für die Bruttokaltmiete ausgeben, wesentlich höher. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass gerade im Osten Deutschlands ausländische Haushalte oft noch nicht so lange in ihren jetzigen Wohnungen leben wie deutsche, und Mieten bei Neuvermietung in der Regel höher sind als bei langjährigen Mietverhältnissen.

**Tab. 5.3: Hauptmieterhaushalte nach Staatsangehörigkeit der Bezugsperson und Mietbelastung**

Staatsangehörigkeit der Bezugsperson	insgesamt <sup>1)</sup>	Davon mit einer monatlichen Mietbelastung von ... bis unter ... % des Haushaltsnettoeinkommens							
		Unter 10	10	15	20	25	30	35	40 und mehr
		15	20	25	30	35	40		
	1 000	%							
<b>Deutschland</b>									
Ausländer/-in .....	1 339,5	2,8	9,5	15,8	16,3	14,3	10,9	8,4	22,1
Deutsche/-r .....	15 129,5	3,5	11,4	17,7	17,6	15,0	10,6	7,5	16,7
<b>Insgesamt ...</b>	<b>16 469,1</b>	<b>3,4</b>	<b>11,2</b>	<b>17,5</b>	<b>17,5</b>	<b>14,9</b>	<b>10,6</b>	<b>7,5</b>	<b>17,2</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>									
Ausländer/-in .....	1 300,4	2,8	9,5	15,9	16,4	14,3	11,0	8,3	22,0
Deutsche/-r .....	11 337,2	2,5	9,2	16,4	17,7	15,8	11,6	8,2	18,7
<b>Zusammen ...</b>	<b>12 637,6</b>	<b>2,5</b>	<b>9,2</b>	<b>16,3</b>	<b>17,6</b>	<b>15,6</b>	<b>11,5</b>	<b>8,2</b>	<b>19,0</b>
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>									
Ausländer/-in .....	39,1	4,3	9,3	13,5	13,1	15,7	8,0	12,3	23,7
Deutsche/-r .....	3 792,3	6,4	17,9	21,6	17,5	12,6	7,7	5,3	11,0
<b>Zusammen ...</b>	<b>3 831,4</b>	<b>7,2</b>	<b>20,1</b>	<b>22,2</b>	<b>16,9</b>	<b>12,4</b>	<b>7,0</b>	<b>4,8</b>	<b>9,4</b>

<sup>1)</sup> Nur Haushalte mit Angaben zur Miete und Einkommen, ohne Untermieter.

## 5.4 Mindestens 17 Jahre in der Wohnung: 40 % der deutschen Haushalte, 15 % der ausländischen

Wie lange leben ausländische und deutsche Haushalte schon in ihren Wohnungen? Eine Auswertung der „Einzugsjahre“ ergibt auch hier erhebliche Unterschiede. Über 40 % der Deutschen gaben 1998 an, bereits vor 1981 in ihre derzeitige Wohnung eingezogen zu sein, lebten also schon mindestens 17 Jahre in derselben Wohnung.

Lediglich knapp 19 %, also weniger als ein Fünftel hatten ihre heutige Wohnung erst 1996 oder später bezogen, befanden sich dort höchstens 2 Jahre. Der Ost-West-Vergleich zeigt, dass längerfristige Wohnverhältnisse im früheren Bundesgebiet etwas häufiger auftreten als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. So wiesen im Westen Deutschlands knapp 46 % der deutschen Haushalte ein Einzugsjahr vor 1981 auf, im Osten waren es nur etwas unter 40 %.

Ausländische Haushalte sind bei den früheren Einzugsjahren wesentlich schwächer, bei den späteren erheblich stärker vertreten als deutsche. Dies gilt sowohl für das frühere Bundesgebiet als auch die neuen Länder und Berlin-Ost. Im Westen wohnen 1998 nur rund 15 % der Ausländer mindestens 17 Jahre in ihrer jetzigen Wohnung, im Osten waren es sogar nur etwas über 6 %. Über ein Drittel der ausländischen Haushalte ist ab 1996 eingezogen, in den neuen Ländern und Berlin-Ost sind es knapp 60 %. Die relativ späten Einzugsjahre könnten auch ein Grund für die im Durchschnitt etwas höheren Mieten der Ausländerhaushalte sein.

**Tab. 5.4: Haushalte nach Staatsangehörigkeit der Bezugsperson und Einzugsjahr**

Staatsangehörigkeit der Bezugsperson	Insgesamt <sup>1)</sup>	Davon Einzugsjahr ...					
		Vor 1981	1981 - 1990	1991 - 1995	1996 und später	Ohne Angabe	
		%					
		1 000					
<b>Deutschland</b>							
Ausländer/-in	1 752,5	14,9	20,3	26,9	36,6	1,3	
Deutsche/-r	32 065,0	41,5	20,4	18,4	18,6	1,1	
<b>Insgesamt</b>	<b>33 817,5</b>	<b>40,1</b>	<b>20,4</b>	<b>18,8</b>	<b>19,6</b>	<b>1,2</b>	
<b>Früheres Bundesgebiet</b>							
Ausländer/-in	1 707,6	15,1	20,6	26,9	36,0	1,3	
Deutsche/-r	25 796,3	45,7	20,3	18,6	18,1	1,2	
<b>Zusammen</b>	<b>27 503,9</b>	<b>43,8</b>	<b>20,3</b>	<b>19,1</b>	<b>19,2</b>	<b>1,2</b>	
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>							
Ausländer/-in	44,9	6,2	9,1	24,5	59,7	0,4	
Deutsche/-r	6 268,7	39,9	20,8	17,3	20,9	1,1	
<b>Zusammen</b>	<b>6 313,6</b>	<b>39,6</b>	<b>20,8</b>	<b>17,4</b>	<b>21,1</b>	<b>1,1</b>	

<sup>1)</sup> Ohne Untermieter.

## 5.5 Ausländer haben viel seltener Wohneigentum als Deutsche

Große Differenzen zwischen deutschen und ausländischen Haushalten zeigen sich auch hinsichtlich der **Miet- und Eigentümerverhältnisse**. So lebten im April 1998 gut 40 % aller Haushalte in Wohnungen oder Einfamilienhäusern, die ihnen selbst gehörten. Während es aber bei den deutschen Haushalten 42 % waren, betrug der entsprechende Anteil bei den Ausländern nur etwas über 12 %. Umgekehrt liegt der Anteil der zur Miete wohnenden Haushalte bei den Ausländern mit weit über 80 % erheblich höher als bei deutschen Haushalten.

Diese Unterschiede werden auch bei einem Ost-West-Vergleich sichtbar: Während im früheren Bundesgebiet immerhin 12,4 % der ausländischen Haushalte im Eigentum leben, sind es in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost nur knapp 5 %. Zurückzuführen sein dürfte dies darauf, dass die Aufenthaltsdauer der Ausländer im früheren Bundesgebiet meist länger ist und dass – dies zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre – mit sinkender Rückkehrwilligkeit ins Heimatland die Bereitschaft zur Bildung von Wohneigentum stetig zunimmt.

**Tab. 5.5: Haushalte nach Staatsangehörigkeit der Bezugsperson und Art der Nutzung der Wohneinheit**

Staatsangehörigkeit der Bezugsperson	Insgesamt	Davon					
		Eigentümer		Hauptmieter		Untermieter	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
<b>Deutschland</b>							
Ausländer/-in .....	1 826,0	222,3	12,2	1 530,3	83,8	73,5	4,0
Deutsche/-r .....	32 765,4	13 775,8	42,0	18 289,1	55,8	700,5	2,1
<b>Insgesamt ...</b>	<b>34 591,4</b>	<b>13 998,1</b>	<b>40,5</b>	<b>19 819,4</b>	<b>57,3</b>	<b>774,0</b>	<b>2,2</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>							
Ausländer/-in .....	1 778,6	220,1	12,4	1 487,5	83,6	71,0	4,0
Deutsche/-r .....	26 380,3	11 784,7	44,7	14 011,6	53,1	584,0	2,2
<b>Zusammen ...</b>	<b>28 158,9</b>	<b>12 004,8</b>	<b>42,6</b>	<b>15 499,1</b>	<b>55,0</b>	<b>655,0</b>	<b>2,3</b>
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>							
Ausländer/-in .....	47,4	2,2	4,6	42,8	90,2	2,4	5,2
Deutsche/-r .....	6 385,1	1 991,1	31,2	4 277,6	67,0	116,4	1,8
<b>Zusammen ...</b>	<b>6 432,5</b>	<b>1 993,3</b>	<b>31,0</b>	<b>4 320,4</b>	<b>67,2</b>	<b>118,8</b>	<b>1,8</b>

## 5.6 Ausländerinnen und Ausländer leben meist in Mehrfamilienhäusern

Das ‚andere Wohnen‘ deutscher und ausländischer Haushalte zeigt sich aber auch bei der **Gebäudegröße**. 1998 lebten bundesweit nur knapp 10 % der Ausländer in einem Wohngebäude mit einer Wohneinheit – also einem Einfamilienhaus –, bei den Deutschen waren es immerhin knapp 30 %. Da Einfamilienhäuser zu etwa 90 % von ihren Eigentümern („Häuslebauer“) selbst bewohnt werden, bedeutet der niedrige Anteil von Ausländern, die diese Wohnform realisiert haben, auch eine niedrigere Eigentümerquote.

Bei Zweifamilienhäusern sind ausländische Haushalte ebenfalls erheblich unterrepräsentiert. Weniger als 9 % leben in Gebäuden dieser Größenordnung, deutsche Haushalte zu über 18 %. Umgekehrt wohnen vier von fünf ausländischen Haushalten in Gebäuden mit mindestens 3 Wohneinheiten, den klassischen Mehrfamilienhäusern. Bei den Deutschen sind es nur rund 50 %.

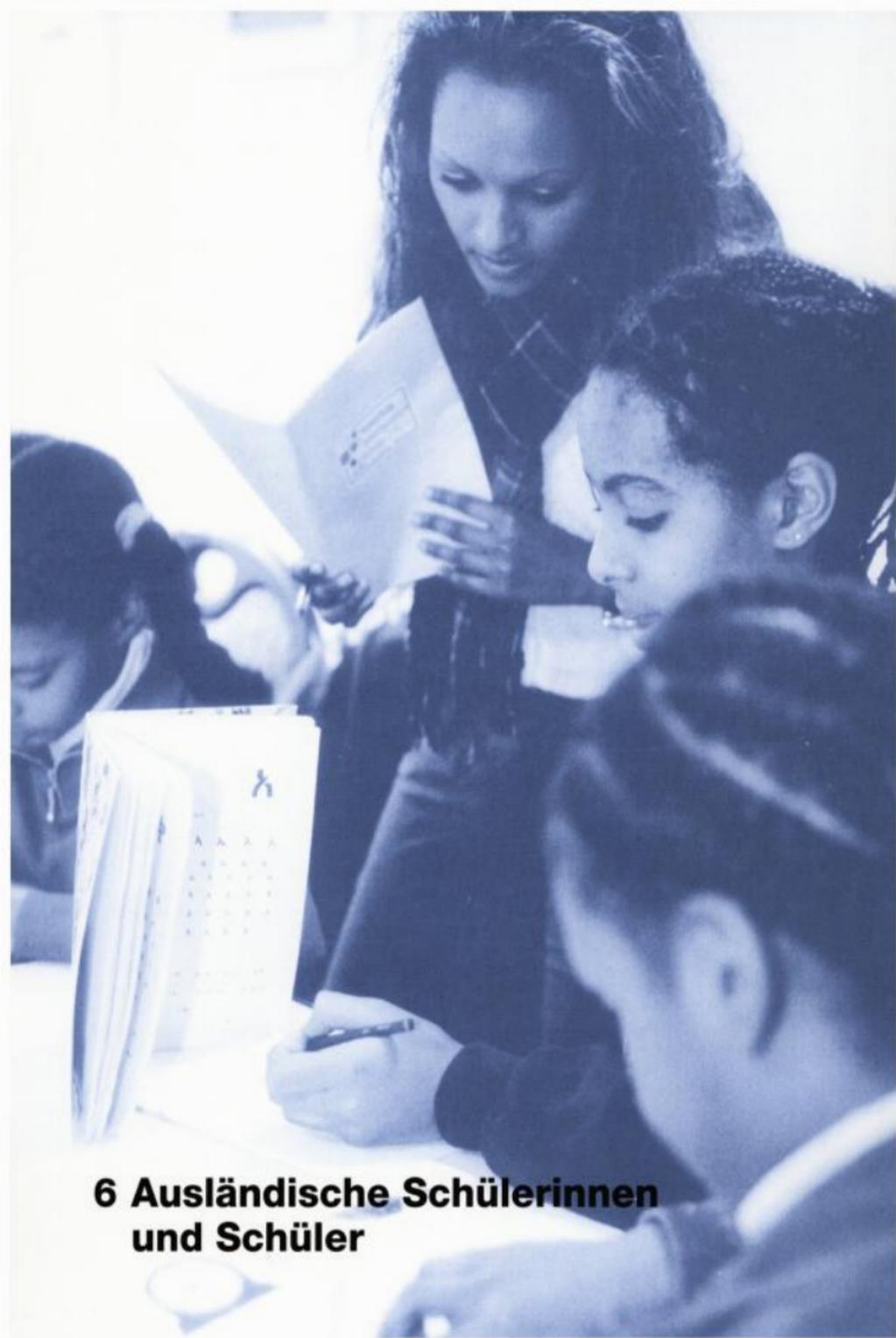
**Tab. 5.6: Haushalte nach Staatsangehörigkeit der Bezugsperson, Art der Nutzung der Wohneinheit sowie Gebäudegröße**

Staatsangehörigkeit der Bezugsperson	Haushalte in Gebäuden mit Wohnraum <sup>1)</sup>				
	Insgesamt	darunter in Wohngebäuden mit ...			in sonstigen Gebäuden mit Wohnraum
		1	2	3 und mehr	
	Wohneinheit(en)				
1 000	%				
<b>Deutschland</b>					
Ausländer/-in .....	1 752,5	9,1	8,7	80,4	1,8
Deutsche/-r .....	32 065,0	28,9	18,3	51,6	1,2
<b>Insgesamt ...</b>	<b>33 817,5</b>	<b>27,8</b>	<b>17,8</b>	<b>53,1</b>	<b>1,3</b>
<b>Früheres Bundesgebiet</b>					
Ausländer/-in .....	1 707,6	9,3	8,9	80,2	1,6
Deutsche/-r .....	25 796,3	30,3	19,5	48,8	1,4
<b>Zusammen ...</b>	<b>27 503,9</b>	<b>29,0</b>	<b>18,8</b>	<b>50,8</b>	<b>1,4</b>
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>					
Ausländer/-in .....	44,9	4,5	3,3	89,8	2,4
Deutsche/-r .....	6 268,7	22,9	13,3	62,9	0,9
<b>Zusammen ...</b>	<b>6 313,6</b>	<b>22,8</b>	<b>13,2</b>	<b>63,1</b>	<b>0,9</b>

<sup>1)</sup> Ohne Untermieter.

Insgesamt lässt sich also auch für das Jahr 1998 noch sagen, dass es in wesentlichen, das Wohnen bestimmenden Bereichen noch zum Teil große Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Haushalten gibt. Ausländische Haushalte sind häufiger Mieter als deutsche, leben – anders als die Deutschen – zum weitaus überwiegenden Teil in größeren Gebäuden mit mindestens 3 Wohneinheiten, sind durchschnittlich später eingezogen, haben kleinere Wohnungen, zahlen dafür mehr Bruttokaltmiete je Quadratmeter und müssen einen größeren Anteil ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben.





**6 Ausländische Schülerinnen  
und Schüler**

## **6 Ausländische Schülerinnen und Schüler**

### **6.1 Jeder elfte Schüler war 1999 ausländischer Nationalität**

Im Jahr 1999 besuchten in Deutschland 12,7 Mill. Kinder und Jugendliche eine allgemeinbildende oder berufliche Schule (ohne Schulen des Gesundheitswesens). 1,2 Mill. (9,1 %) von ihnen hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit.<sup>1)</sup> Die überwiegende Mehrheit der ausländischen Schüler (knapp 99 %) ging auf eine Schule im früheren Bundesgebiet.

Alle in der Bundesrepublik lebenden Kinder und Jugendliche, egal ob deutscher oder anderer Nationalität, müssen eine staatliche Schule oder eine staatlich anerkannte Privatschule besuchen. Ausgenommen hiervon sind lediglich Kinder von Diplomaten und ausländischen Militärangehörigen.

Die Schulpflicht beginnt mit der Vollendung des sechsten Lebensjahres und beträgt in allen Bundesländern mindestens zwölf Jahre. Sie gliedert sich in der Regel in eine neun- oder zehnjährige Vollzeitschulpflicht und in eine dreijährige Teilzeitschulpflicht. Die Teilzeitschulpflicht kann durch den Besuch einer Berufsschule oder einer allgemeinbildenden oder beruflichen Vollzeitschule erfüllt werden.

### **6.2 10 % der ausländischen Schulabgänger haben die Fachhochschul- oder Hochschulreife**

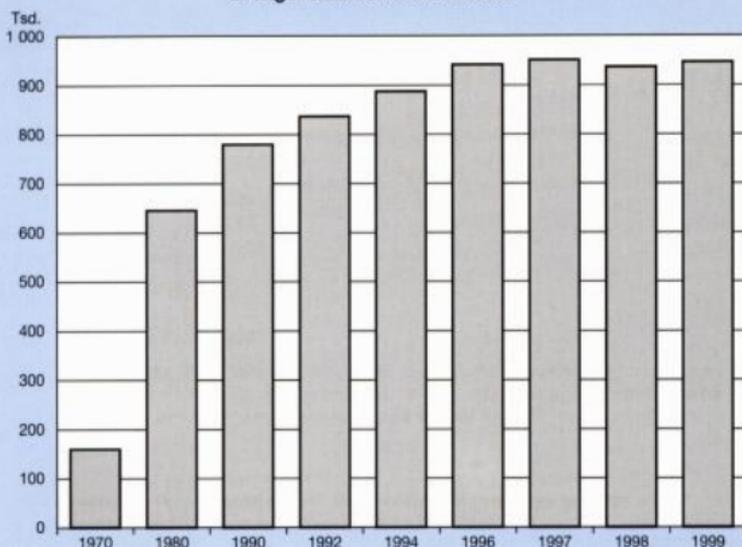
In Deutschland besuchten 1999 insgesamt 10 Mill. Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende Schule. 946 300 oder rund 9,4 % von ihnen besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Zwischen Ost und West gab es jedoch deutliche Unterschiede. Einem Ausländeranteil von 0,8 % in den neuen Ländern stand eine Quote von 11,3 % im früheren Bundesgebiet gegenüber. Im Vergleich zum Jahr 1970 hat sich die Zahl der ausländischen Schüler (bezogen auf das frühere Bundesgebiet) fast versechsfacht.

Die ausländischen Mitbürger, die in den 60er Jahren auf der Suche nach Arbeit in das frühere Bundesgebiet kamen, waren meist im erwerbsfähigen Alter und überwiegend männlichen Geschlechts. Mit der Familienzusammenführung kamen im Laufe der Zeit aber immer mehr ausländische Frauen und Kinder hinzu. Diese Entwicklung spiegeln die Schülerzahlen der allgemeinbildenden Schulen wider. Im Jahr 1970 besuchten im früheren Bundesgebiet 160 100 ausländische Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende Schule. Das waren 1,8 % aller Schülerinnen und Schüler. Zehn Jahre später, im Jahr 1980, waren es mit 645 500 mehr als viermal so viele ausländische Kinder und Jugendliche. 1990 besaßen knapp 779 600 oder 11,3 % aller Schülerinnen und Schüler eine ausländische Nationalität.

Der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler war 1999 bei den Vorklassen und Hauptschulen mit rund einem Fünftel und bei den Schulkindergärten mit einem Viertel besonders hoch. In den Grundschulen waren es rund 11,5 %, in den Realschulen und Gymnasien 6,3 bzw. 3,9 %. Der Ausländeranteil unter Sonderschülern betrug 14,6 %.

<sup>1)</sup> Bis einschließlich 1990 liegen in den Schulstatistiken durchgängig Daten für das frühere Bundesgebiet vor, danach für Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 03. Oktober 1990.

**Abb. 6.1: Ausländische Schülerinnen und Schüler  
in allgemeinbildenden Schulen**



Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0148

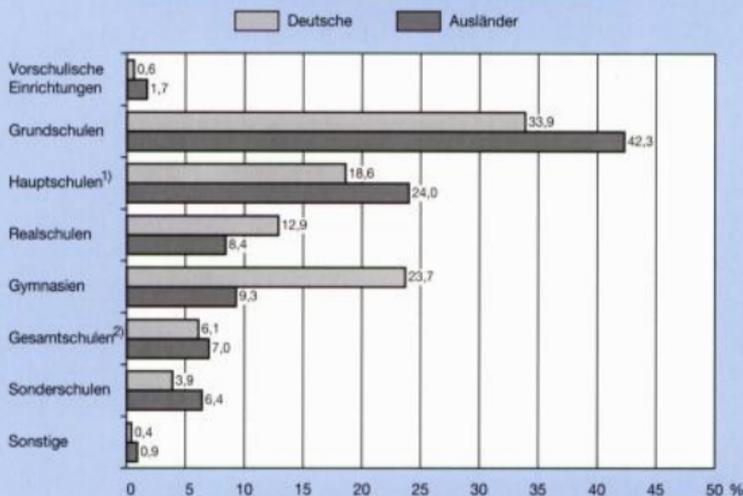
Die Schulkindergärten (für schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder) und die Vorklassen (für schulreife, aber noch nicht schulpflichtige Kinder) bereiten auf den Eintritt in die Grundschule vor. Rund 51 100 deutsche und 16 300 ausländische Kinder besuchten 1999 eine dieser vorschulischen Einrichtungen. Das waren 0,6 % der deutschen und 1,7 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler.

Die Grundschule, die in der Regel vier Schuljahre umfasst, besuchen alle Kinder gemeinsam. Im Jahr 1999 waren es 3,1 Mill. deutsche und 400 300 ausländische Schülerinnen und Schüler, 33,9 % der deutschen bzw. 42,3 % der ausländischen Schulkinder insgesamt.

Die Schuljahre fünf und sechs dienen in der Regel der Förderung und Orientierung im Hinblick auf die weitere Schullaufbahn. Die Wahl der weiterführenden Schulart – Hauptschule, Schulart mit mehreren Bildungsgängen, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule oder Freie Waldorfschule – richtet sich nach den in der Schule erbrachten Leistungen, der Empfehlung der Grundschule und dem Elternwunsch. Hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen ausländischen und deutschen Schülern. 226 900 oder 24 % aller ausländischen Kinder und Jugendlichen besuchten 1999 eine Schulartunabhängige Orientierungsstufe, die Hauptschule oder eine Schule mit mehreren Bildungsgängen. Von den deutschen Schülerinnen und Schülern wurden lediglich 18,6 % in diesen Schularten unterrichtet. Während von den

ausländischen Schülern nur 8,4 % (79 100) Realschulen und 9,3 % (88 100) Gymnasien besuchten, waren es bei den deutschen Schülern 12,9 % bzw. 23,7 %. Aber auch bei ausländischen Schülern ist ein Trend zu höheren Abschlüssen zu erkennen. Der Anteil ausländischer Realschülerinnen und Realschüler stieg zwischen 1970 und 1999 auf fast das Dreifache, der unter Gymnasiasten von 7,8 % auf 9,8 %.

**Abb. 6.2: Deutsche und ausländische Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen nach Schularten 1999**



1) Einschl. Schulartunabhängiger Orientierungsstufe und Schularten mit mehreren Bildungsgängen. - 2) Integrierte Gesamtschulen einschl. Freier Waldorfschulen.

Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0149

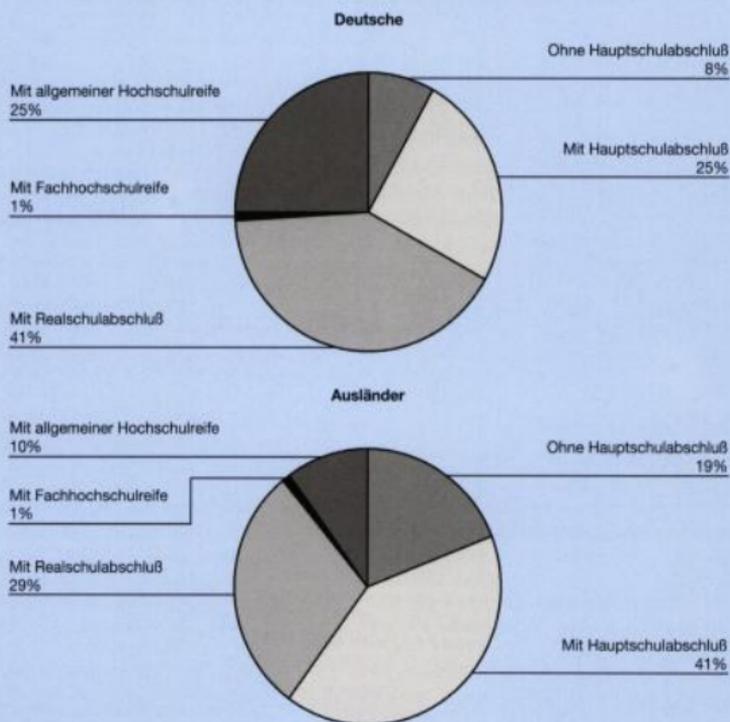
Vier von fünf ausländischen Schülern waren 1999 Staatsangehörige eines europäischen Landes, aber nur 16,1 % hatten den Pass eines Mitgliedslandes der Europäischen Union. 11,8 % waren Asiaten und 4,0 % Afrika ner.

Die Herkunftsländer haben sich zwischen 1970 und 1999 erheblich verändert. 1970 kam fast die Hälfte der Schülerinnen und Schüler aus den „klassischen“ Anwerbeländern Italien, Griechenland und Spanien, 1999 jedoch nur noch 11,9 %. Dagegen erhöhte sich der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler mit türkischer Staatsangehörigkeit von 17,0 % (1970) auf 43,6 % im Jahr 1999.

Der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich hoch. 1999 reichte die Spanne im früheren Bundesgebiet von 5,4 % in Schleswig-Holstein bis zu 19,9 % in Hamburg. In den neuen Bundesländern lag der Ausländeranteil zwischen 0,7 und 0,9 %.

Bei den ausländischen Schülern besteht ebenso wie bei den deutschen eine Tendenz zu höheren Bildungsabschlüssen. Dennoch ist der Anteil von Schulabgängern mit höheren Schulabschlüssen unter den Ausländern noch geringer als der unter den deutschen. Auch wird die Schule häufiger ohne Abschluss beendet. 1999 war der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss verließen, mehr als doppelt so hoch wie bei den deutschen Mitschülern. Von den 81 100 ausländischen Schulabgängern des Jahres 1999 hatte ein Fünftel keinen Hauptschulabschluss. 41 % erlangten den Hauptschul-, 28,9 % einen mittleren Abschluss. Lediglich 10,8 % verließen die allgemeinbildenden Schulen mit Fachhochschul- und allgemeiner Hochschulreife. Dagegen erreichten 41 % der deutschen Schulentlassenen einen mittleren Bildungsabschluss, gefolgt von 26,4 % mit Fachhochschul- und allgemeiner Hochschulreife und 24,7 % mit Hauptschulabschluss. Nur 8 % der deutschen Schulabgänger beendeten die Schule ohne Hauptschulabschluss.

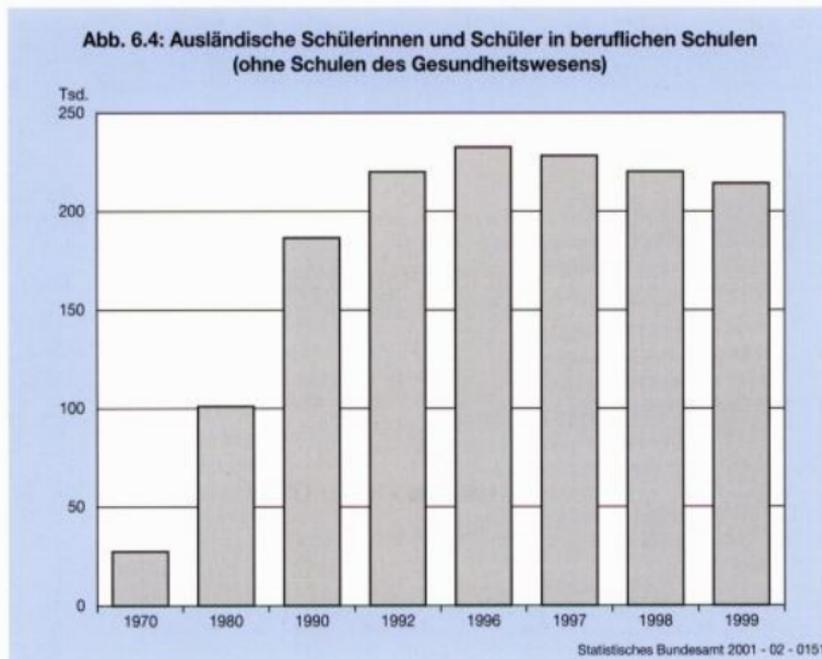
**Abb. 6.3: Deutsche und ausländische Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen nach Abschlussarten 1999**



Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0150

### 6.3 Berufsschule - auch bei Ausländerinnen und Ausländern sehr gefragt

Immer mehr ausländische Schülerinnen und Schüler besuchen eine berufliche Schule<sup>1)</sup>. Waren es 1970 noch 27 500 (ohne Schulen des Gesundheitswesens), gab es 1980 mit 101 000 fast viermal so viele. Bis 1999 verdoppelte sich die Anzahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler auf 214 200. Der Ausländeranteil an den Schülern in allen beruflichen Schulen stieg von 1,4 % im Jahr 1970 auf 8,1 % im Jahr 1999.



Die Mehrheit der ausländischen Schüler in beruflichen Schulen (122 200; 57,1 %) war in einer Berufsschule im dualen System. Diese Schulart wird nicht nur von Jugendlichen in einer betrieblichen Ausbildung sondern auch von jungen Leuten unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch der Teilzeitschulpflicht unterliegen. Von den Berufsschülern hatten 1999 7,1 % eine ausländische Staatsangehörigkeit.

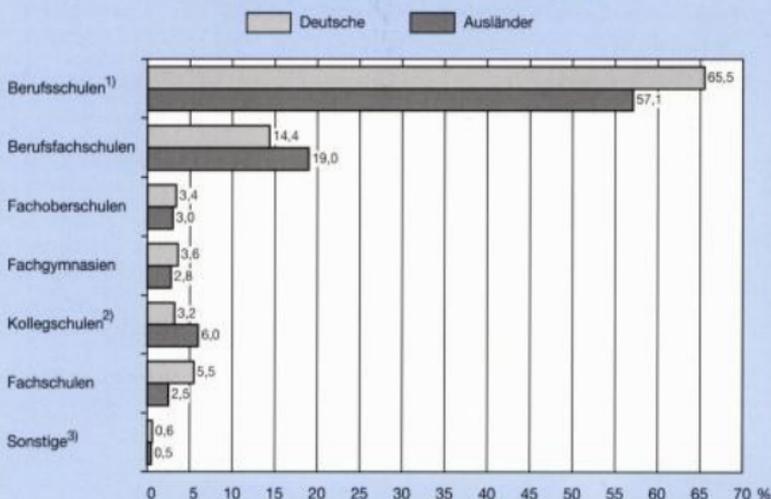
Das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) ist ein besonderer einjähriger Bildungsgang, der Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet.

<sup>1)</sup> Zu den beruflichen Schulen zählen Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Fachgymnasien, Fachschulen sowie ferner die Berufsschulen. Letztere vermitteln im wesentlichen den schulischen (fachtheoretischen) Teil im Rahmen des dualen Systems der beruflichen Ausbildung. Wegen der besonderen Bedeutung des dualen Systems werden seine beiden Seiten in getrennten Statistiken erfasst: die schulische Ausbildung im Rahmen der Statistik der beruflichen Schulen, die betriebliche und die überbetriebliche Berufsausbildung in der Berufsbildungsstatistik. Aus den genannten Gründen werden die Auszubildenden im dualen System zusätzlich in einem gesonderten Kapitel im Anschluss an die beruflichen Schulen dargestellt.

Das Schülerklientel des BVJ besteht hauptsächlich aus Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss. 1999 traf das für knapp zwei Drittel der Schüler zu. Rund 14 100 ausländische Jugendliche, das sind 6,6 % der ausländischen Schüler in beruflichen Schulen, nahmen 1999 am BVJ teil. Damit hatte etwa jeder fünfte Schüler des BVJ eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Das Berufsgrundbildungsjahr<sup>1)</sup> (BGJ) hat die Aufgabe, allgemeine und berufsfeldbezogene (z.B. Wirtschaft, Metall) fachtheoretische und fachpraktische Lerninhalte als berufliche Grundbildung zu vermitteln. Der erfolgreiche Besuch des BGJ wird überwiegend auf eine sich eventuell anschließende Berufsausbildung im dualen System angerechnet. Das BGJ wird meist von Schülerinnen und Schülern mit Hauptschulabschluss besucht. Jeder achte Schüler im BGJ war ausländischer Nationalität. Insgesamt besuchten 1999 rund 4 900 bzw. 2,3 % aller ausländischen Jugendlichen das BGJ.

**Abb. 6.5: Deutsche und ausländische Schülerinnen und Schüler in beruflichen Schulen nach Schularten 1999**



1) Berufsschulen im dualen System, Berufsvorbereitungsjahr und Berufsgrundbildungsjahr. - 2) Nur in Nordrhein-Westfalen. - 3) Berufsaufbauschulen, Berufsobser-/Technische Oberschulen und Fachakademien.

Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0152

Neben dem Besuch einer Berufsschule im dualen System bestehen im deutschen beruflichen Schulwesen vielfältige Möglichkeiten, höherwertige Qualifikationen zu erlangen. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang Berufsfachschulen. Bei ihnen handelt es sich in der Regel um Vollzeitschulen, die ein bis drei Jahre besucht werden und zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung dienen. Zum Besuch einer Berufsfachschule entschieden sich 1999 40 800 Ausländerinnen und Ausländer, 19,0 % aller ausländischen Schüler an beruflichen Schulen. Dieser Anteil lag im Jahr 1970 noch bei 5,1 %.

<sup>1)</sup> Die Teilzeitform (kooperative Form) dieser Schulart ist bei den Berufsschulen im dualen System enthalten.

Weitere berufliche Schularten, an denen die Fachhochschulreife bzw. allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife erworben werden kann, sind die Fachoberschule und das Fachgymnasium. Eine dieser beiden Möglichkeiten nutzten 1999 insgesamt über 12 400 oder rund 5,8 % der jungen Ausländerinnen und Ausländer.

Fachschulen werden nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und nach praktischer Berufsausübung, teilweise auch noch mit langjähriger Berufserfahrung oder dem Nachweis einer fachspezifischen Begabung besucht, um eine höherwertige Berufsqualifikation zu erwerben. Für diese Schulform entschieden sich 2,5 % der Ausländerinnen und Ausländer.

Grundsätzlich besteht kein gravierender Unterschied zwischen ausländischen und deutschen Schülern bei der Wahl einer beruflichen Schule. Auch deutsche Schüler in beruflichen Schulen besuchten mehrheitlich eine Berufsschule im dualen System (65,6 %), 14,4 % entschieden sich für eine Berufsfachschule und 5,5 % für die Fachschule. Die Fachoberschule und das Fachgymnasium wählten im Jahr 1999 7,1 %, während BVJ und BGJ mit einem Schüleranteil von zusammen 3,7 % eine deutlich geringere Rolle als bei den ausländischen Jugendlichen spielten. Andererseits ist der Anteil deutscher Schüler, die eine Fachschule besuchen erheblich höher als bei ausländischen Schülern (5,5 % bzw. 2,5 %).

Wie in allgemeinbildenden Schulen hatte auch in beruflichen Schulen die Mehrheit der ausländischen Schüler eine europäische Staatsangehörigkeit. Im Jahr 1999 entstammten 86,5 % der ausländischen Schüler an beruflichen Schulen einem europäischen Land, darunter 42,4 % der Türkei. 7,3 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler waren Asiaten und 4,4 % Afrikaner. Aus den ehemals bedeutenden Herkunftsländern Italien, Griechenland und Spanien, deren Staatsangehörigkeit 1970 noch 34,7 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler in beruflichen Schulen hatten, entstammten 1999 nur noch 16,1 %. Auch der Anteil junger Türken und Türkinnen war rückläufig. Nachdem zwischen 1970 und 1980 ihr Anteil an den ausländischen Schülern im beruflichen Schulwesen von 9,4 auf 53,3 % gestiegen war, betrug er bereits 1990 nur noch 46,4 %.

Der Anteil ausländischer Schüler in beruflichen Schulen ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich hoch. Während in den neuen Ländern 1999 nur 0,1 % der Schüler eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen, waren es im früheren Bundesgebiet 10,0 %. Die Spanne reichte dabei von 16,1 % in Hamburg bis zu 4,1 % in Schleswig-Holstein.

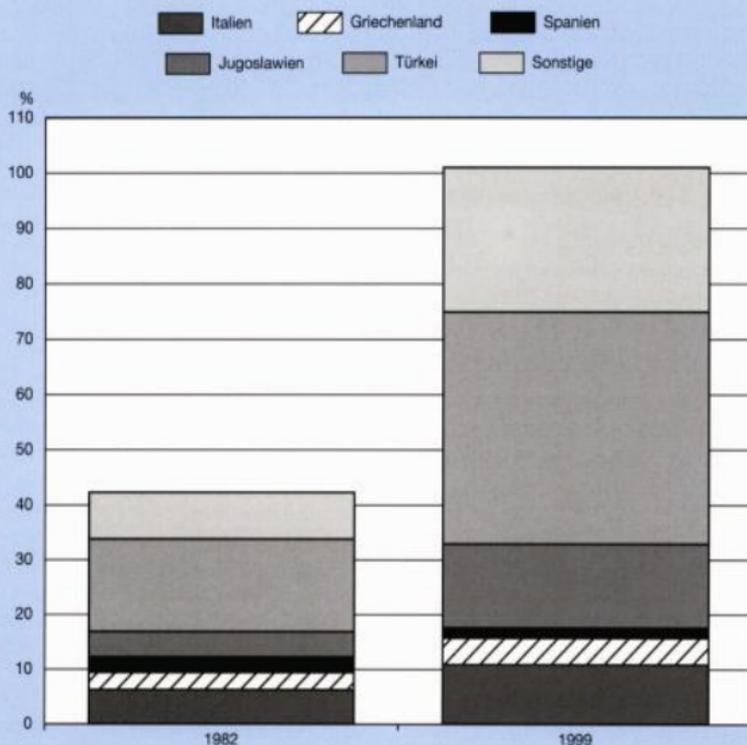
Im Jahr 1999 verließen 99 100 Ausländer die beruflichen Schulen. Von ihnen erhielt mehr als ein Drittel nur ein Abgangszeugnis, d.h. keinen schulartspezifischen Abschluss. Knapp zwei Drittel der ausländischen Absolventen im Abgangsjahr 1999 erlangten ein Abschlusszeugnis. Im Vergleich dazu verließen von den 898 200 deutschen Schulentlassenen nur 17,3 % die Schule mit einem Abgangszeugnis und 82,6 % erhielten ein Abschlusszeugnis.

Berufliche Schulen in Deutschland bieten neben der berufsbezogenen Wissensvermittlung auch die Möglichkeit, zusätzlich oder ausschließlich einen allgemeinbildenden Abschluss zu erwerben. Von den 99 100 ausländischen Schulentlassenen des Jahres 1999 nutzten gut 17 600 diese Chance. 4 800 holten den Hauptschulabschluss nach, 6 300 erlangten einen mittleren Abschluss, 5 000 die Fachhochschulreife und 1 500 die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife.

## 6.4 Ausbildung zum Kaufmann oder zur Kauffrau im Einzelhandel bei ausländischen Lehrlingen am beliebtesten

Die Berufsausbildung vollzieht sich in der Bundesrepublik Deutschland ganz überwiegend im dualen System, das heißt in Betrieb und Berufsschule. Für jeden Ausbildungsberuf wurden Ausbildungsordnungen als Grundlage für eine bundesweit einheitliche Ausbildung erlassen. Daneben gibt es, wenn auch in zahlenmäßig deutlich geringerem Umfang, teilweise länderspezifische Berufsausbildungen in beruflichen Schulen (Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens) sowie Ausbildungen in einem öffentlich-rechtlichem Dienstverhältnis (z. B. Beamte im Vorbereitungsdienst).

**Abb. 6.6: Ausländische Auszubildende nach ausgewählten Nationalitäten 1982 und 1999**



Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0153

Im Jahr 1999 befanden sich in Deutschland 100 900 junge Ausländer in einer Berufsausbildung<sup>1)</sup> im dualen System. Damit waren 5,9 % der Auszubildenden ausländische Staatsangehörige. Auch bei den Auszubildenden bleibt der Ausländeranteil in den neuen Ländern mit 0,1 % weit hinter dem des früheren Bundesgebietes (7,5 %) zurück. Er hat sich im früheren Bundesgebiet von 2,5 % im Jahr 1982 (dem ersten Jahr, für das Angaben über ausländische Auszubildende vorliegen) bis zum Jahr 1999 verdreifacht. Allerdings verlief die Entwicklung nicht einheitlich. Nach einer kontinuierlichen Zunahme bis zum Jahr 1994 (8,0 %) ist ab diesem Zeitpunkt ein anhaltender Rückgang festzustellen.

Wie aus Abb. 6.6 hervorgeht, hat sich an der Zusammensetzung der ausländischen Auszubildenden nach Nationalitäten in den letzten siebzehn Jahren relativ wenig geändert. Der Anteil ausländischer Auszubildender aus den ehemaligen Anwerbeländern (Italien, Griechenland, Spanien, Portugal und Jugoslawien) ging um einige Prozentpunkte zurück. Eine Ausnahme bildeten die Auszubildenden aus dem ehemaligen Jugoslawien. Ihr Anteil nahm aufgrund der Bürgerkriegsflüchtlinge aus diesem Land bis 1997 noch zu. Von den ausländischen Auszubildenden besaßen im Jahr 1999 41,6 % die türkische Staatsangehörigkeit. Im Jahr 1990 lag der Anteil türkischer an allen ausländischen Auszubildenden mit 45,1 % am höchsten, im Jahr 1982 mit 40,2 % am niedrigsten.

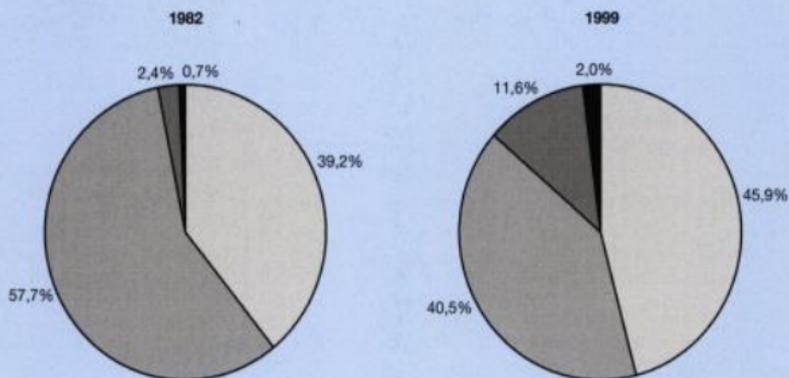
Die Berufswahl der ausländischer Auszubildenden passt sich immer mehr der der deutschen an. So wurde im Jahr 1999 die überwiegende Mehrheit (45,9 % bzw. 40,5 %) der ausländischen Lehrlinge in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe) sowie Handwerk ausgebildet. Von den übrigen Ausbildungsbereichen spielten die Freien Berufe mit 11,6 % aller ausländischen Auszubildenden noch eine größere Rolle. Dagegen konzentrierten sich im Jahr 1982 noch 57,7 % aller ausländischen Lehrlinge im Ausbildungsbereich Handwerk. Auf die Bereiche Industrie und Handel sowie Freie Berufe entfielen damals nur 39,2 % bzw. 2,4 %.

Im Jahr 1999 erlernten die ausländischen Auszubildenden am häufigsten die Berufe Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel und Friseur/in (6,2 % und 6,1 %), gefolgt von Kraftfahrzeugmechaniker/in, Arzthelfer/in sowie Bürokaufmann/-kauffrau. Rund ein Viertel aller ausländischen Auszubildenden konzentrierte sich auf einen dieser fünf Berufe. Auf die zehn am häufigsten gewählten Berufe entfielen 42,7 % der ausländischen gegenüber nur 33,2 % der deutschen Lehrlinge. Am häufigsten wurden deutsche Auszubildende als Kraftfahrzeugmechaniker/in ausgebildet (bei den ausländischen war dieser Beruf der dritthäufigste). In der Reihenfolge der zahlenmäßig am stärksten besetzten Berufe folgten mit Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Bürokaufmann/-kauffrau, Industriekaufmann/-kauffrau und Bankkaufmann/-kauffrau vier kaufmännische Berufe sowie Elektroinstallateur/in als weiterer handwerklicher Beruf. Deutsche Auszubildende werden noch immer häufiger als ausländische in kaufmännischen Berufen ausgebildet, der Anteil der ausländischen Auszubildenden in diesen Berufen nimmt zu. 28,8 % der deutschen gegenüber 27,7 % der ausländischen Lehrlinge erlernte einen der kaufmännischen Berufe.

<sup>1)</sup> Die Angaben über die Auszubildenden im Rahmen der Berufsbildungsstatistik beruhen auf Meldungen der zuständigen Stellen (z.B. Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Landwirtschaftskammer usw.). Zusätzlich werden die Auszubildenden für den schulischen Teil ihrer Ausbildung (in Berufsschulen) im Rahmen der Statistik der beruflichen Schulen erhoben (siehe dazu das vorangegangene Kapitel).

**Abb. 6.7: Ausländische Auszubildende nach Ausbildungsbereichen**

Industrie und Handel
  Handwerk
  Freie Berufe
  Sonstige



Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0154

## 6.5 1999 lernten 6 000 Ausländerinnen und Ausländer an Schulen des Gesundheitswesens

Die Schulen des Gesundheitswesens vermitteln eine Ausbildung für nichtakademische Gesundheitsdienstberufe (z. B. Kranken- und Kinderkrankenschwestern, Hebammen, Masseur, Beschäftigungstherapeuten, medizinische Bademeister u.a.m.). Neben dem vollendeten 18. Lebensjahr setzen sie z.T. auch eine einschlägige Berufsausbildung voraus. 1999 machten 6 000 (5,2 %) ausländische Schülerinnen und Schüler eine Ausbildung in den Schulen des Gesundheitswesens.

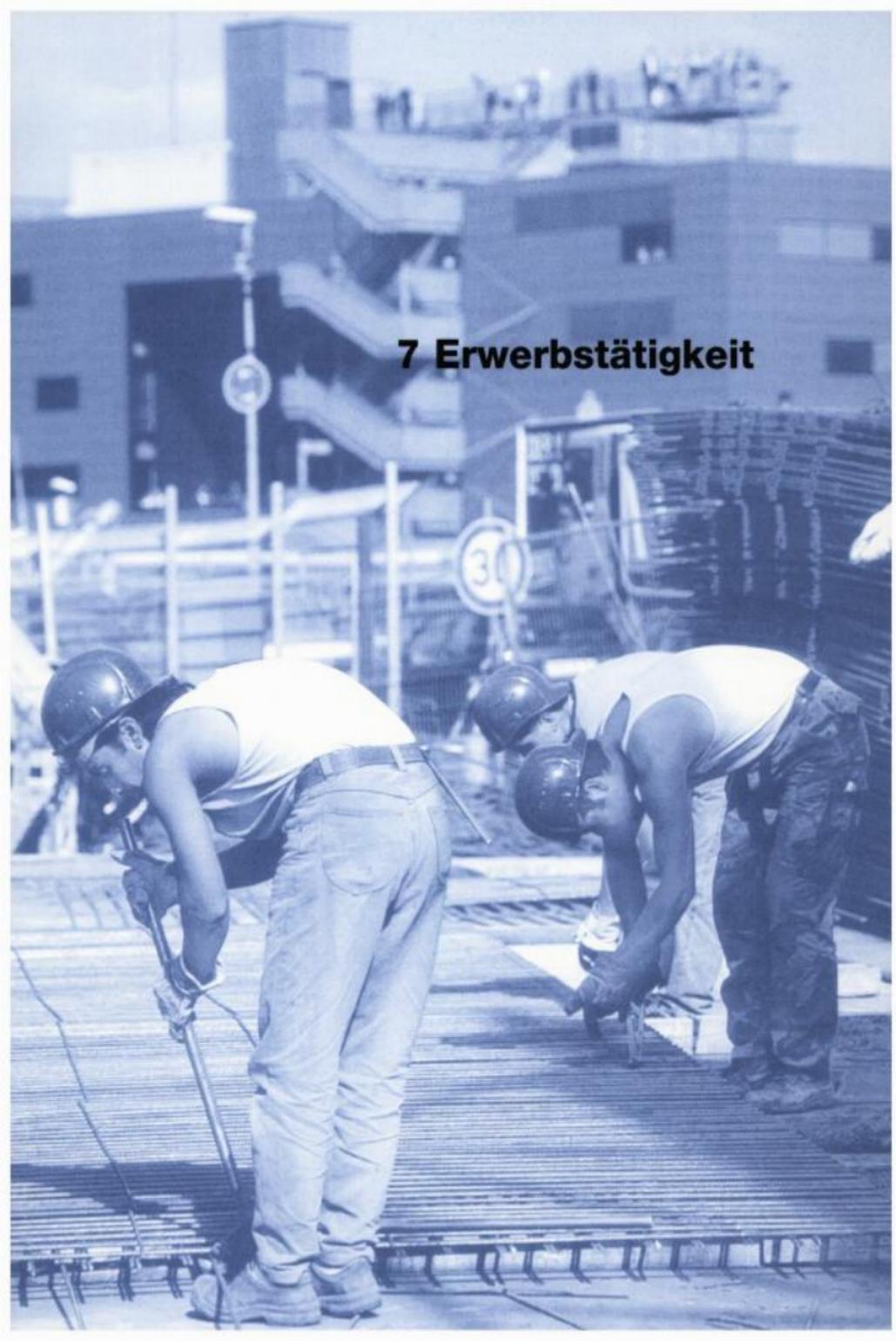
Während es 1980 nur 1 700 Ausländerinnen und Ausländer in Gesundheitsschulen gab, ist seitdem eine beständige Zunahme mit dem bislang höchsten Stand im Jahr 1995 (8 100) zu verzeichnen.

In einigen Ländern erfolgt die Ausbildung von Gesundheitsdienstberufen nicht an Schulen des Gesundheitswesens sondern an Berufsfachschulen oder Fachschulen.

Ein separater Nachweis für die ausländischen Schülerinnen und Schüler nach Berufen ist zur Zeit nicht möglich.



## 7 Erwerbstätigkeit



## 7 Erwerbstätigkeit

### 7.1 Knapp 2,9 Mill. ausländische Erwerbstätige

Seit 1975 ist die Zahl ausländischer Erwerbstätiger im früheren Bundesgebiet um rund 32 % auf über 2,9 Mill. gestiegen. Wie an den Ergebnissen des Mikrozensus zu sehen ist, wechselten im Laufe der Zeit aber die Hauptherkunftsländer. So arbeiteten in Westdeutschland 1999 nur noch halb so viele Spanier wie 1975, aber 4 % mehr Italiener. Besonders deutlich hat sich die Zahl Erwerbstätiger mit türkischer Staatsangehörigkeit erhöht: 1975 waren es im früheren Bundesgebiet rund 570 000 Personen, 1999 hingegen fast 780 000 (+ 37 %).

Durch die EU-Erweiterung nahm zwischen 1975 und 1999 die Zahl Erwerbstätiger aus EU-Ländern stark zu. So traten beispielsweise Griechenland, Österreich, Spanien und Portugal erst nach 1975 bei. Mit einem Anteil von einem Drittel an allen EU-Ausländern stellen die Italiener nach wie vor die größte Gruppe. Die Öffnung nach Osteuropa führte im früheren Bundesgebiet zu einer Verfünffachung von Erwerbstätigen mit polnischer Staatsbürgerschaft.<sup>1)</sup>

Tab. 7.1: Ausländische Erwerbstätige nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten \*)

Staatsangehörigkeit	Früheres Bundesgebiet						Deutschland	
	1975		1999		Veränderung 1999 gegenüber 1975		1999	
	ins-gesamt	dar. männlich	ins-gesamt	dar. männlich	ins-gesamt	dar. männlich	ins-gesamt	dar. männlich
	1 000				%		1 000	
<b>Insgesamt</b> .....	<b>2 171</b>	<b>1 505</b>	<b>2 854</b>	<b>1 814</b>	<b>+ 31,5</b>	<b>+ 20,5</b>	<b>2 920</b>	<b>1 861</b>
EU-Länder <sup>1)</sup> .....	424	301	980	621	+ 131,7	+ 106,3	991	628
darunter:								
Frankreich .....	27	16	51	25	+ 88,9	+ 56,3	52	26
Griechenland <sup>2)</sup> .....	272	159	191	114	- 29,8	- 28,3	192	115
Italien .....	323	236	336	233	+ 4,0	- 1,3	338	234
Österreich <sup>3)</sup> .....	89	62	108	65	+ 21,3	+ 4,8	110	66
Portugal <sup>4)</sup> .....	87	65	68	41	- 21,8	- 36,9	68	42
Spanien <sup>4)</sup> .....	131	88	64	39	- 51,2	- 55,7	65	40
Sonstige europ. Länder <sup>5)</sup> .....	1 748	1 204	1 489	932	- 14,8	- 22,6	1 518	951
darunter:								
Türkei .....	567	433	776	531	+ 36,9	+ 22,6	780	535
Jugoslawien <sup>6)</sup> .....	397	253	438	260	+ 10,3	+ 2,8	441	263
Polen .....	13	9	76	35	+ 484,6	+ 288,9	81	37

<sup>1)</sup> Ergebnisse des Mikrozensus. - <sup>2)</sup> Ohne Bundesrepublik Deutschland; ansonsten: EU-Staaten nach dem jeweiligen Stand der Mitgliedsländer. - <sup>3)</sup> EU-Mitglied seit 1981. - <sup>4)</sup> EU-Mitglied seit 1995. - <sup>5)</sup> Heutige EU-Länder, die 1975 noch nicht zur EU gehörten, sind im Jahr 1975 bei sonstigen europäischen Ländern enthalten; 1999 bei EU-Ländern. - <sup>6)</sup> Ab 1996: Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro.

### 7.2 In Bayern hohe Erwerbsquote unter den Ausländerinnen und Ausländern

Die Erwerbsquoten<sup>2)</sup> der deutschen und ausländischen Bevölkerung unterscheiden sich im Bundesgebiet nur wenig. In beiden Gruppen steht rund die Hälfte der Bevölkerung dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, d. h. sie haben oder suchen einen

<sup>1)</sup> Da im Mikrozensus Haushalte befragt werden, d. h. im allgemeinen nur Personen mit einem festen Wohnsitz in der Bundesrepublik, wird die Zahl an Erwerbstätigen aus Osteuropa eher unterzeichnet.

<sup>2)</sup> Erwerbsquote = Anteil der Erwerbspersonen (= Erwerbstätige und Erwerbslose) an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Arbeitsplatz. Die Erwerbsquote deutscher Frauen ist aber höher als die ausländischer: Während 42 % aller Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit 1999 erwerbstätig oder erwerbslos waren, sind es bei Frauen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit nur 39 % gewesen.

In Nordrhein-Westfalen leben mit rund 2 Mill. die meisten Ausländer. Knapp 930 000 von ihnen waren 1999 erwerbstätig oder gaben an, erwerbslos zu sein. Die Erwerbsquote der ausländischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen betrug damit knapp 46 % (deutsche Bevölkerung: gut 46 %). Deutlich höhere Erwerbsquoten für die ausländische Bevölkerung gab es insbesondere in Bayern mit gut 58 % (deutsche Bevölkerung: 51 %) und in Baden-Württemberg mit 52 % (deutsche Bevölkerung: 49 %).

Aufgrund statistischer Unsicherheiten werden für die neuen Bundesländer keine Angaben zur ausländischen Bevölkerung dargestellt.

**Tab. 7.2: Erwerbsquote der deutschen und ausländischen Bevölkerung im April 1999 nach Ländern \*)**

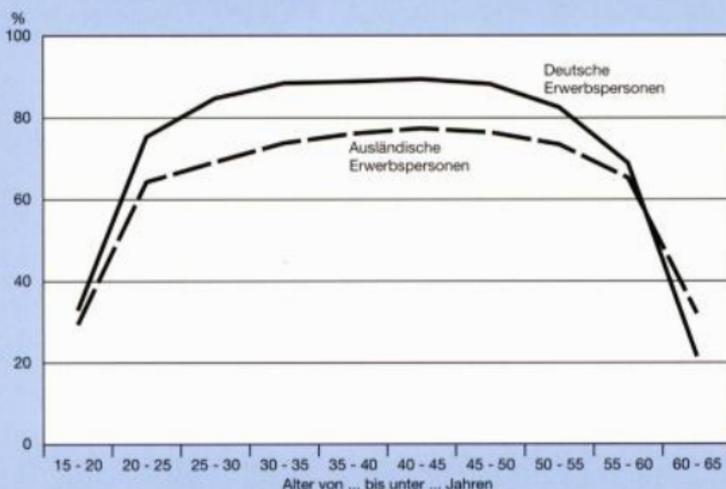
Land	Insgesamt		Deutsche Bevölkerung		Ausländische Bevölkerung	
	Bevölkerung	Erwerbsquoten	Bevölkerung	Erwerbsquoten	Bevölkerung	Erwerbsquoten
	1 000	% 1)	1 000	% 1)	1 000	% 1)
<b>Insgesamt</b>						
Baden-Württemberg .....	10 428	49,6	9 127	49,2	1 301	52,2
Bayern .....	12 098	51,5	10 985	50,8	1 113	58,3
Berlin .....	3 393	52,5	2 961	53,1	433	48,7
Brandenburg .....	2 591	54,5	2 576	54,5	/	/
Bremen .....	667	47,4	575	47,6	91	46,4
Hamburg .....	1 701	51,4	1 443	51,8	259	49,2
Hessen .....	6 037	48,9	5 304	48,9	733	48,9
Mecklenburg-Vorpommern .....	1 796	53,0	1 788	53,0	/	/
Niedersachsen .....	7 868	47,1	7 345	47,2	523	45,9
Nordrhein-Westfalen .....	17 974	46,1	15 934	46,2	2 040	45,6
Rheinland-Pfalz .....	4 024	47,4	3 725	47,3	300	48,6
Saarland .....	1 073	45,3	986	45,8	87	39,9
Sachsen .....	4 480	52,8	4 443	52,7	/	/
Sachsen-Anhalt .....	2 668	52,4	2 647	52,3	/	/
Schleswig-Holstein .....	2 767	48,9	2 617	49,0	151	47,9
Thüringen .....	2 458	53,3	2 443	53,3	/	/
<b>Deutschland .....</b>	<b>82 024</b>	<b>49,4</b>	<b>74 899</b>	<b>49,4</b>	<b>7 125</b>	<b>49,8</b>
Nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet .....	66 760	48,5	59 804	48,3	6 956	49,6
dar. Berlin-West .....	2 122	50,1	1 763	50,6	358	47,5
Neue Länder und Berlin-Ost .....	15 264	53,5	15 096	53,4	/	/
dar. Berlin Ost .....	1 272	56,6	1 198	56,7	/	/
<b>dar. weiblich</b>						
<b>Deutschland .....</b>	<b>42 018</b>	<b>42,0</b>	<b>38 713</b>	<b>42,3</b>	<b>3 305</b>	<b>38,5</b>

\*) Ergebnisse des Mikrozensus. - 1) Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung je Land, Geschlecht und Staatsangehörigkeit.

### 7.3 Bis 60 Jahre höhere Erwerbsquote der Deutschen

40,1 Mill. Menschen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren hatten oder suchten im April 1999 in Deutschland einen Arbeitsplatz. Von ihnen waren 91 % deutscher und 9 % anderer Nationalität. Der Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen an der gesamten Bevölkerung (Erwerbsquote) liegt bei der deutschen Bevölkerung in allen Altersklassen bis 60 Jahre über der Erwerbsquote der in Deutschland lebenden Ausländer. Von den 20- bis 29jährigen Deutschen sind rund 80 % erwerbstätig oder erwerbslos (Ausländer 67 %). Bei den 30- bis 49jährigen beträgt die Erwerbsquote der deutschen Bevölkerung 89 %, die der ausländischen lediglich 76 %. Zwischen dem fünfzigsten und sechzigsten Lebensjahr nähern sich die Erwerbsquoten an (Deutsche: knapp 75 %, Ausländer: knapp 70 %). Erst ab dem sechzigsten Lebensjahr ist die Erwerbsquote von Ausländern höher als die von Deutschen. Die – bezogen auf die Gesamtbevölkerung – insgesamt etwas höhere Erwerbsquote von Ausländern erklärt sich durch den – gegenüber der deutschen Bevölkerung – größeren Anteil der unter 60jährigen.

**Abb. 7.1: Altersspezifische Erwerbsquoten von deutschen und ausländischen Erwerbspersonen in Deutschland im April 1999<sup>1)</sup>**



1) Ergebnis des Mikrozensus.

Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0155

### 7.4 Ausländer aus EU-Staaten häufig selbständig

Von den 36,4 Mill. Erwerbstätigen im April 1999 standen 89 % in einem abhängigen Erwerbsverhältnis, die übrigen 11 % waren selbständig (3,6 Mill.) oder als mithelfende Familienangehörige (0,3 Mill.) beschäftigt.

Was die unternehmerische Selbständigkeit betrifft, gibt es innerhalb der ausländischen Bevölkerung große Unterschiede. So sind 13 % der Erwerbstätigen aus EU-

Ländern das Wagnis eingegangen und haben sich selbständig gemacht, aber nur knapp 7 % derjenigen aus anderen Ländern. Zum Vergleich: Von den deutschen Erwerbstätigen waren 1999 10 % selbständig.

**Tab. 7.3: Deutsche und ausländische Erwerbstätige im April 1999 in Deutschland nach Stellung im Beruf und Altersgruppen<sup>\*)</sup>**

Stellung im Beruf	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		15 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	65 und mehr
<b>1 000</b>							
<b>Deutsche Erwerbstätige</b>							
Selbständige .....	3 332	44	547	1 016	910	665	151
Mith. Familienangehörige <sup>1)</sup>	288	20	32	55	58	74	50
Abhängige .....	29 862	3 792	7 608	8 445	6 442	3 412	163
<b>Zusammen ...</b>	<b>33 482</b>	<b>3 855</b>	<b>8 187</b>	<b>9 516</b>	<b>7 409</b>	<b>4 151</b>	<b>364</b>
<b>Ausländische Erwerbstätige</b>							
Selbständige .....	263	9	68	84	68	28	5
Mith. Familienangehörige ..	23	/	7	7	/	/	/
Abhängige .....	2 635	437	830	635	538	189	6
<b>Zusammen ...</b>	<b>2 920</b>	<b>449</b>	<b>905</b>	<b>726</b>	<b>611</b>	<b>218</b>	<b>12</b>
<b>dar. aus EU - Staaten</b>							
Selbständige .....	128	/	31	39	35	17	/
Mith. Familienangehörige ..	9	/	/	/	/	/	/
Abhängige .....	854	103	252	217	201	79	/
<b>Zusammen ...</b>	<b>991</b>	<b>108</b>	<b>285</b>	<b>259</b>	<b>238</b>	<b>96</b>	<b>5</b>
<b>Insgesamt</b>							
Selbständige .....	3 594	53	615	1 100	978	693	156
Mith. Familienangehörige ..	311	22	39	62	61	76	51
Abhängige .....	32 497	4 229	8 438	9 080	6 980	3 601	169
<b>Insgesamt ...</b>	<b>36 402</b>	<b>4 304</b>	<b>9 092</b>	<b>10 242</b>	<b>8 019</b>	<b>4 369</b>	<b>376</b>
<b>dar. weiblich</b>							
<b>Deutsche Erwerbstätige</b>							
Selbständige .....	927	14	153	307	266	153	34
Mith. Familienangehörige ..	220	9	23	50	52	61	25
Abhängige .....	13 537	1 706	3 515	3 863	2 986	1 391	76
<b>Zusammen ...</b>	<b>14 684</b>	<b>1 729</b>	<b>3 691</b>	<b>4 220</b>	<b>3 303</b>	<b>1 605</b>	<b>135</b>
<b>Ausländische Erwerbstätige</b>							
Selbständige .....	64	/	18	22	16	5	/
Mith. Familienangehörige ..	16	/	/	6	/	/	/
Abhängige .....	979	190	289	229	215	55	/
<b>Zusammen ...</b>	<b>1 059</b>	<b>194</b>	<b>312</b>	<b>256</b>	<b>233</b>	<b>61</b>	<b>/</b>
<b>dar. aus EU - Staaten</b>							
Selbständige .....	30	/	8	9	8	/	/
Mith. Familienangehörige ..	6	/	/	/	/	/	/
Abhängige .....	326	45	100	80	76	24	/
<b>Zusammen ...</b>	<b>363</b>	<b>47</b>	<b>110</b>	<b>91</b>	<b>85</b>	<b>28</b>	<b>/</b>
<b>Zusammen</b>							
Selbständige .....	991	17	171	329	281	158	35
Mith. Familienangehörige ..	236	10	28	56	54	63	25
Abhängige .....	14 517	1 896	3 804	4 092	3 201	1 446	79
<b>Zusammen ...</b>	<b>15 744</b>	<b>1 923</b>	<b>4 003</b>	<b>4 477</b>	<b>3 537</b>	<b>1 666</b>	<b>139</b>

<sup>\*)</sup> Ergebnisse des Mikrozensus. - <sup>1)</sup> Mith. Familienangehörige = Mithelfende Familienangehörige

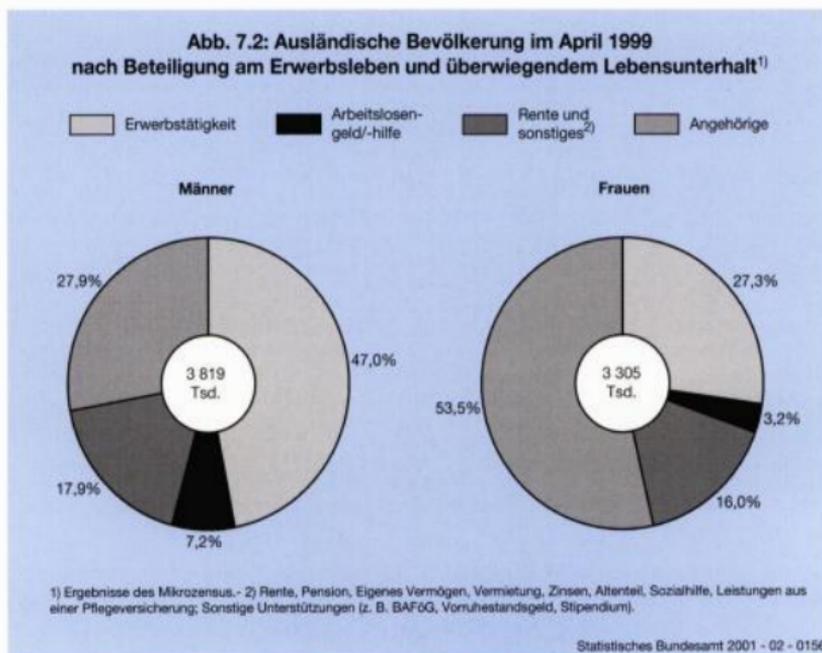
Deutsche wie ausländische Frauen zieht es deutlich weniger in die Selbständigkeit als Männer. Während bei deutschen Erwerbstätigen rund 6 % der Frauen als Selbständige tätig sind, sind es bei den Männern fast 13 %. Bei ausländischen Er-

werbstätigen zeigt sich ein ähnliches Bild: Bei den Frauen liegt die Selbständigenquote ebenfalls bei 6 % (Männer: 11 %).

Unter 35 Jahren sind – das gilt sowohl für Deutsche als auch für Ausländer – noch relativ wenige selbständig. Je älter deutsche Erwerbstätige sind, desto höher ist der Anteil von Selbständigen unter ihnen. In der Altersklasse der 55- bis 65jährigen arbeiten 16 % der deutschen Erwerbstätigen selbständig, bei den 65jährigen und älteren sind es mit knapp 42 % deutlich mehr. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den ausländischen Erwerbstätigen. Auch hier sind mit Anteilen zwischen 11 % und 13 % die meisten Selbständigen in den Altersklassen von 35 bis 50 und von 55 bis 65 Jahren zu finden. Unter den 65jährigen und älteren Erwerbstätigen sind rund 42 % selbständig.

## 7.5 Ausländische Frauen oft auf finanzielle Unterstützung angewiesen

Rund 38 % aller in Deutschland lebenden Ausländer bestritten im April 1999 ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit (Deutsche 41 %). Große Unterschiede gibt es hier aber bei Männern und Frauen: Von den ausländischen Frauen waren es 27 %, von den deutschen 33 %. Überwiegend von ihrer Erwerbstätigkeit lebten 47 % der ausländischen Männer, der entsprechende Anteil für deutsche Männer betrug 50 %.



Im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung ist für Ausländer die Unterstützung durch Angehörige für das Bestreiten des Lebensunterhalts wichtig: Knapp 40 % der Ausländer werden vor allem durch Angehörige finanziell unterhalten (Deutsche 29 %). Insbesondere für ausländische Frauen spielt diese Unterstützung aufgrund ihrer vergleichsweise geringeren Erwerbsbeteiligung die entscheidende Rolle: 54 % der ausländischen Frauen werden durch Angehörige unterhalten (deutsche Frauen: 36 %). Rente und sonstige Einkünfte, worunter beispielsweise Kapitaleinkünfte und auch Sozialhilfe fallen, sind für 26 % der Deutschen, aber lediglich 16 % der Ausländerinnen wichtigste Unterhaltsquelle. Hierbei sind jedoch auch die Unterschiede in der Altersstruktur zu beachten. Bei Arbeitslosengeld bzw. -hilfe sind es bei Deutschen und bei Ausländerinnen gut 3 %.

## **7.6 Fast ein Viertel der in Hotel- und Gaststättenberufen arbeitenden Menschen sind ausländischer Herkunft**

In Deutschland geht der Trend eindeutig hin zu Berufen im Dienstleistungsbereich. Dies gilt allerdings nicht für ausländische Erwerbstätige. Während Ausländerinnen und Ausländer in Fertigungsberufen 1999 einen Anteil von 13,4 % an allen Erwerbstätigen in diesem Berufsspektrum hatten, machten sie in Dienstleistungsberufen nur 6,4 % der hier Beschäftigten aus. Gemessen am Gesamtanteil von 8,0 % waren sie damit in Dienstleistungsberufen unter- und in Fertigungsberufen überrepräsentiert.

In Tab. 7.4 werden ausgewählte Berufsgruppen dargestellt. Insbesondere in Berufsgruppen mit relativ geringer Qualifikation erreichten ausländische Beschäftigte Anteile von mehr als 20 %; beispielhaft genannt seien hier Montierer mit 24,8 %, männliche und weibliche Hilfsarbeiter mit 26,2 %, Hotel- und Gaststättenberufe mit 22,7 % sowie Reinigungs- und Entsorgungsberufe mit 21,5 %.

Am schwächsten vertreten mit jeweils 4,3 % waren Erwerbstätige ausländischer Nationalität in technischen Berufen bzw. in der Land-, Tier- und Forstwirtschaft; erstere erfordern eine hohe berufsbildende Qualifikation, letztere werden besonders häufig als Selbständige ausgeübt. Demgegenüber war fast jeder fünfte (19,9 %) Beschäftigte im Bergbau nichtdeutscher Herkunft.

Mehr als ein Viertel (26,7 %) der ausländischen Erwerbstätigen stammt aus der Türkei, weitere 33,9 % aus EU-Staaten, das „sonstige Europa“ stellt noch 25,3 % der ausländischen Erwerbstätigen.

Im Bergbau kamen knapp zwei Drittel (63,2 %) der ausländischen Beschäftigten aus der Türkei, bei den Textil- und Bekleidungsberufen immerhin noch 38,1 %.

Die Gruppe der „restlichen Welt“ – mit insgesamt 14,1 % an der Gesamtzahl vertreten – hatte ihre beruflichen Schwerpunkte zum einen in den Ernährungsberufen, zum anderen aber auch in technischen Bereichen und bei Dienstleistungsberufen. In den letztgenannten Bereichen übte der überwiegende Teil häufig Tätigkeiten aus, die ein hohes Maß an beruflicher Qualifikation voraussetzten.

**Tab. 7.4: Ausländische Erwerbstätige im April 1999 nach Berufsbereichen, ausgewählten Berufsgruppen und Staatsangehörigkeiten \*)**

Berufsbereiche Berufsgruppen 1)	Ins- gesamt	Deutsche Staats- ange- hörige	Keine deutsche Staatsangehörigkeit					
			Insgesamt		EU	Sonstiges Europa	Türkei	Restliche Welt
			1000	% 2)	% 3)			
<b>Deutschland</b>								
Berufe in der Land-, Tier- u. Forstwirtschaft . . . . .	1 053	1 008	45	4,3	36,7	27,0	22,3	14,0
Bergbau, Mineralgewinner . . .	82	66	16	19,9	/	/	63,2	/
Fertigungsberufe . . . . .	9 222	7 986	1236	13,4	30,0	25,2	34,0	10,8
darunter: . . . . .								
Chemie-, Kunststoffberufe . . .	237	202	35	14,8	35,2	16,1	39,4	/
Berufe in der Metallherzeugung u. -bearbeitung . . . . .	486	386	100	20,6	26,6	23,7	45,0	4,7
Metall-, Maschinenbau- u. verw. Berufe . . . . .	2 421	2 208	213	8,8	30,1	27,6	34,3	8,0
Elektroberufe . . . . .	823	779	45	5,4	35,6	30,2	25,1	/
Montierer u. Metallberufe a.n.g . . . . .	182	137	45	24,8	33,2	16,7	45,0	/
Textil- u. Bekleidungsberufe . .	199	164	35	17,5	25,5	25,2	38,1	/
Ernährungsberufe . . . . .	807	640	167	20,7	34,2	22,4	20,1	23,3
Hoch- u. Tiefbauberufe . . . . .	846	734	112	13,2	26,4	39,5	26,4	7,7
Ausbauberufe, Polsterer . . . . .	528	475	54	10,2	27,3	42,8	24,5	/
Warenprüfer, Versandfertig- macher . . . . .	413	338	75	18,1	27,2	21,9	34,5	16,4
Hilfsarbeiter o.n.T. 4) . . . . .	643	475	169	26,2	26,7	19,8	43,1	10,4
Maschinisten und zugehörige Berufe a.n.g 5) . . . . .	482	401	81	16,9	30,4	20,3	41,7	7,6
Technische Berufe . . . . .	2 419	2 315	104	4,3	48,8	23,8	10,6	16,7
davon:								
Ingenieure, Chemiker, Physi- ker, Mathematiker . . . . .	1 094	1 042	52	4,7	52,8	20,6	/	20,3
Techniker, technische Sonderfachkräfte . . . . .	1 325	1 273	52	3,9	44,9	27,1	14,8	13,2
Dienstleistungsberufe . . . . .	22 981	21 520	1462	6,4	36,7	25,5	21,3	16,5
darunter: . . . . .								
Warenkaufleute . . . . .	3 047	2 849	198	6,5	36,9	20,7	24,8	17,7
Verkehrsberufe . . . . .	2 134	1 919	215	10,1	29,1	23,6	32,4	14,9
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe . . . . .	7 388	7 118	271	3,7	46,6	23,6	13,6	16,2
Schriftwerkschaffende, -ordnende u. künstl. Berufe . . .	523	472	51	9,8	45,0	25,7	/	25,9
Gesundheitsdienstberufe . . . .	2 191	2 078	113	5,2	30,0	37,3	16,7	16,1
Sozial- u. Erziehungsberufe a.n.g . . . . .								
geistes- u. naturwissenschaftl. Berufe . . . . .	2 696	2 590	106	3,9	38,6	25,1	10,3	26,1
Sonstige Dienstleistungs- berufe . . . . .	2 254	1 826	427	19,0	33,5	26,3	26,1	14,1
darunter: . . . . .								
Hotel- u. Gaststättenberufe . . .	658	509	149	22,7	50,1	21,1	11,2	17,6
Reinigungs- u. Entsorgungs- berufe . . . . .	1 019	800	219	21,5	22,9	27,8	36,8	12,4
Sonstige Arbeitskräfte . . . . .	644	587	58	9,0	25,7	25,4	29,1	19,8
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>36 402</b>	<b>33 482</b>	<b>2920</b>	<b>8,0</b>	<b>33,9</b>	<b>25,3</b>	<b>26,7</b>	<b>14,1</b>

\*) Ergebnisse des Mikrozensus. - 1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992. - 2) Anteil der ausländischen Erwerbstätigen insgesamt je Berufsbereich und Berufsgruppe. - 3) Anteil an Spalte 3. - 4) Anderweitig nicht genannt. - 5) Ohne nähere Tätigkeitsangabe.

## 7.7 Die meisten ausländischen Ärzte kommen aus dem Iran

1999 gab es in Deutschland rund 11 000 ausländische Ärztinnen und Ärzte. 56 % von ihnen arbeiteten in einem Krankenhaus, 29,5 % in freier Praxis. Den höchsten Anteil ausländischer Staatsangehöriger an allen Ärzten wiesen Nordrhein-Westfalen und das Saarland mit ca. 6 % auf, wogegen in den neuen Ländern höchstens 2 % der Ärztinnen und Ärzte ausländischer Herkunft waren (Abb. 7.3).

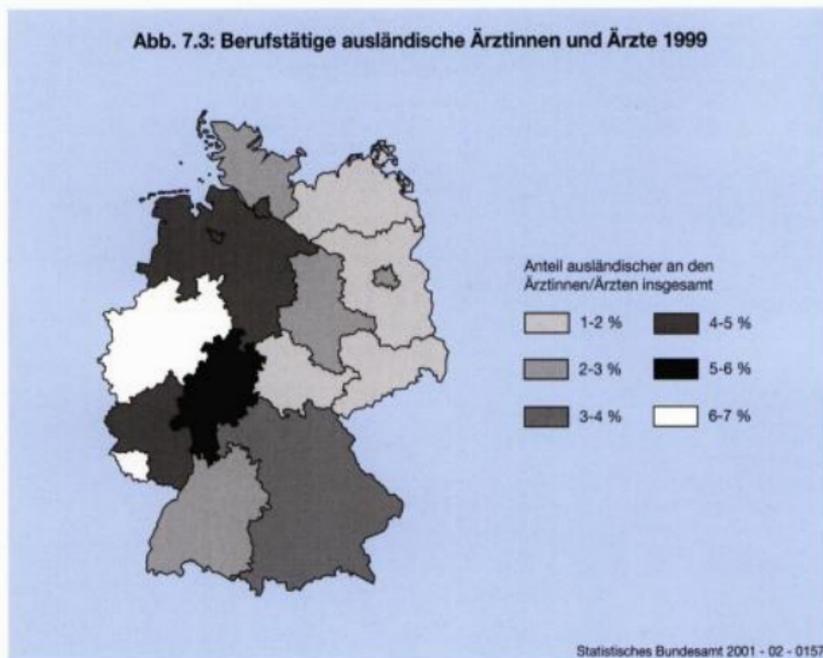
**Tab. 7.5: Ausländische Ärztinnen und Ärzte am 31.12.1999 in Deutschland**

Land Art der Tätigkeit	Ärztinnen und Ärzte insgesamt	Ausländische Ärztinnen und Ärzte							
		Zusammen		Nach Herkunft					
		Anzahl	%	Europa	dar. EU	Afrika	Amerika	Asien	Sonstige
<b>nach Ländern</b>									
Baden-Württemberg . . . . .	37 114	962	2,6	711	390	42	51	149	9
Bayern . . . . .	46 568	1 555	3,3	1 187	605	37	69	246	16
Berlin . . . . .	17 441	511	2,9	317	152	22	30	133	9
Brandenburg . . . . .	7 195	103	1,4	60	10	7	6	27	3
Bremen . . . . .	3 099	152	4,9	77	41	11	8	38	18
Hamburg . . . . .	8 858	360	4,1	210	86	12	23	113	2
Hessen . . . . .	22 158	1 183	5,3	721	276	51	57	330	24
Mecklenburg-Vorpommern	5 981	94	1,6	68	14	4	1	21	/
Niedersachsen . . . . .	24 089	1 004	4,2	582	302	46	50	280	46
Nordrhein-Westfalen . . . .	62 118	3 863	6,2	2 290	1 040	276	128	1 116	53
Rheinland-Pfalz . . . . .	13 270	649	4,9	404	203	39	19	175	12
Saarland . . . . .	4 007	242	6,0	151	96	12	6	68	5
Sachsen . . . . .	13 775	213	1,5	126	30	27	8	49	3
Sachsen-Anhalt . . . . .	8 078	158	2,0	90	18	11	8	49	/
Schleswig-Holstein . . . . .	9 816	264	2,7	174	92	13	9	67	1
Thüringen . . . . .	7 604	100	1,3	72	15	2	1	24	1
Deutschland . . . . .	291 171	11 413	3,9	7 240	3 370	612	474	2 885	202
<b>nach Art der Tätigkeit</b>									
Im Krankenhaus . . . . .	137 466	6 364	55,8	4 015	1 868	346	297	1 605	101
Niedergelassen tätig . . . .	118 681	3 365	29,5	2 077	1 138	164	108	947	69
Sonstige ärztliche Tätigkeit	35 024	1 684	14,7	1 148	364	102	69	333	32

Quelle: Bundesärztekammer, Köln

Mit 63 % kommen die meisten ausländischen Ärztinnen und Ärzte aus europäischen Ländern, etwa 30 % stammen aus Staaten der Europäischen Union. Der größte Teil der Medizinerinnen und Mediziner, die keine europäische Nationalität besitzen, sind aus Asien (25 %). Mit 10,6 % ist der Iran das Herkunftsland Nr. 1 der ausländischen Ärztinnen und Ärzten, gefolgt von Griechenland (6,8 %) und der Türkei (5,1 %).

Abb. 7.3: Berufstätige ausländische Ärztinnen und Ärzte 1999



## 7.8 Rund 6 % der am Bau Beschäftigten haben eine ausländische Staatsangehörigkeit

Im deutschen Bauhauptgewerbe gab es Mitte 1999 rund 1,1 Mill. Beschäftigte. Der Anteil ausländischer Arbeitnehmer, der in den Jahren davor kontinuierlich gesunken war, betrug 6,4 %. Den höchsten Wert hatte es 1993 mit 8,8 % gegeben.

Ausländische Arbeitskräfte sind überwiegend in größeren Baubetrieben tätig. Rund 23 000 Ausländer bzw. 31 % gab es in Betrieben mit mindestens 100 Beschäftigten. Es folgten die Baubetriebe mit bis zu 19 Beschäftigten; hier waren 19 000 ausländische Arbeitskräfte tätig (27 %).

Die Gliederung nach Wirtschaftsgruppen des Bauhauptgewerbes verdeutlicht, dass rund 46 000 oder 64 % aller Ausländer im Bereich „Hochbau, Brücken- und Tunnelbau u. Ä.“ tätig sind. Auf die Betriebe des „Straßenbaus und Eisenbahnbau“ entfielen rund 8 000, das sind 11 % aller ausländischen Baubeschäftigten.

**Tab. 7.6: Beschäftigte im Bereich Vorbereitender Baustellen, Hoch- und Tiefbau Ende Juni 1999 nach Wirtschaftsgruppen und Beschäftigtengrößenklassen \*)**

**Deutschland**

Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten	Insgesamt	Davon					
		Vorbereitende Baustellenarbeiten	Hochbau, Brücken- und Tunnelbau u. A.	Dachdeckerei, Abdichtung und Zimmerei	Straßenbau und Eisenbahnoberbau	Wasserbau	Spezialbau u. sonstiger Tiefbau
<b>Beschäftigte in allen Betrieben</b>							
1 - 19 .....	411 169	19 338	176 137	159 424	16 148	351	39 771
20 - 49 .....	266 767	7 289	158 900	46 733	22 882	501	30 462
50 - 99 .....	174 540	3 239	110 596	9 802	25 113	} 809	} 64 560
100 und mehr .....	276 573	11 932	175 430	3 762	45 870		
<b>Insgesamt ..</b>	<b>1 129 049</b>	<b>41 798</b>	<b>621 063</b>	<b>219 721</b>	<b>110 013</b>	<b>1 661</b>	<b>134 793</b>
<b>dar. ausländische Beschäftigte</b>							
1 - 19 .....	19 314	714	11 026	3 941	1 296	4	2 333
20 - 49 .....	17 543	430	11 619	1 767	1 553	18	2 156
50 - 99 .....	12 552	211	8 279	840	1 763	} 25	} 3 722
100 und mehr .....	22 714	1 770	15 006	459	3 191		
<b>Zusammen ..</b>	<b>72 123</b>	<b>3 125</b>	<b>45 930</b>	<b>7 007</b>	<b>7 803</b>	<b>47</b>	<b>8 211</b>
<b>Anteil der ausländischen Beschäftigten an den Beschäftigten insgesamt in %</b>							
1 - 19 .....	4,7	3,7	6,3	2,5	8,0	1,1	5,9
20 - 49 .....	6,6	5,9	7,3	3,8	6,8	3,6	7,1
50 - 99 .....	7,2	6,5	7,5	8,6	7,0	} 3,1	} 5,8
100 und mehr .....	8,2	14,8	8,6	12,2	7,0		
<b>Zusammen ..</b>	<b>6,4</b>	<b>7,5</b>	<b>7,4</b>	<b>3,2</b>	<b>7,1</b>	<b>2,8</b>	<b>6,1</b>

\*) Ergebnis der jährlichen Totalerhebung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

## 7.9 Ausländer von Arbeitslosigkeit prozentual stärker betroffen als Deutsche

Im Verlauf des Jahres 1999 hat die Arbeitslosigkeit im früheren Bundesgebiet abgenommen. So gab es jahresdurchschnittlich rund 2,8 Mill. Arbeitslose, 148 800 weniger als 1998. Der Abbau der Arbeitslosigkeit fiel in den alten Ländern deutlicher aus als in den neuen. Für den Rückgang ist zum einen die demographisch bedingte Verringerung des Kräfteangebots von Bedeutung. Wie schon 1998 sind 1999 mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden als jüngere hinzugekommen sind. Beigetragen zum Rückgang der Arbeitslosigkeit hat zum anderen auch ein leichter Beschäftigungszuwachs. Die Arbeitslosenquote, gemessen an allen abhängigen zivilen Erwerbspersonen, betrug 1999 im Jahresdurchschnitt 9,9 %, gegenüber 10,5 % im Vorjahr.

Die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern einschl. Berlin-Ost hat sich 1999 jahresdurchschnittlich nur unwesentlich verringert, nachdem sie 1998 geringfügig und 1997 noch kräftig gestiegen war. 1,34 Mill. Menschen, das waren 31 300 oder gut 2 % weniger als 1998, waren arbeitslos gemeldet. Der leichte Rückgang beruht auch hier vor allem auf der demographisch bedingten Verringerung des Kräftean-

gebots. Durch Arbeitsmarktpolitik wurde die Arbeitslosigkeit 1999 etwa wie im Vorjahr entlastet. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen, betrug 1999 jahresdurchschnittlich 19,0 %.

**Tab. 7.7: Erwerbstätigkeit  
Arbeitslose und Arbeitslosenquote**

Jahresdurchschnitt	Arbeitslose insgesamt	Arbeitslosenquote <sup>1)</sup>	Ausländische Arbeitslose	Arbeitslosenquote <sup>2)</sup>
	1 000	%	1 000	%
<b>Früheres Bundesgebiet</b>				
1982 .....	1 833,2	7,5	245,7	11,9
1986 .....	2 228,0	9,0	248,0	13,7
1988 .....	2 241,6	8,7	269,5	14,4
1990 .....	1 883,1	7,2	203,0	10,9
1991 .....	1 689,4	6,3	208,1	10,7
1992 .....	1 808,3	6,6	254,2	12,2
1993 .....	2 270,3	8,2	344,8	15,1
1994 .....	2 556,0	9,2	409,1	16,2
1995 .....	2 564,9	9,3	424,5	16,6
1996 .....	2 796,2	10,1	481,7	18,9
1997 .....	3 020,9	11,0	521,6	20,4
1998 .....	2 904,3	10,5	505,2	19,6
1999 .....	2 755,5	9,9	477,7	18,4
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>				
1991 .....	912,8	10,3	13,8	-
1992 .....	1 170,3	14,8	15,6	-
1993 .....	1 148,8	15,8	14,6	-
1994 .....	1 142,1	16,0	11,8	-
1995 .....	1 047,0	14,9	11,8	-
1996 .....	1 168,8	16,7	14,2	-
1997 .....	1 363,6	19,5	26,2	-
1998 .....	1 374,9	19,5	29,5	-
1999 .....	1 343,7	19,0	32,4	-

<sup>1)</sup> Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – <sup>2)</sup> Arbeitslose in Prozent der ausländischen Arbeitnehmer/-innen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

Ausländer sind nach wie vor wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche. Im früheren Bundesgebiet betrug die Zahl arbeitsloser Ausländer im Jahresdurchschnitt 1999 durchschnittlich 477 700, das sind 27 400 weniger als 1998. Die Arbeitslosenquoten der Ausländer auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen verringerte sich von durchschnittlich 19,6 % im Jahr 1998 auf 18,4 % 1999.

Dagegen erhöhte sich die Zahl arbeitsloser Ausländer in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost von 29 500 im Jahresdurchschnitt 1998 auf 32 400 (+ 2 900) im Jahre 1999.

## 7.10 Ausländische Arbeitslose und ihre Staatsangehörigkeit

Die einzelnen Nationalitäten sind im früheren Bundesgebiet unterschiedlich stark vertreten und auch unterschiedlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Türken, die größte ausländische Bevölkerungsgruppe, hatten 1999 mit durchschnittlich 35,6 % auch den größten Anteil an den ausländischen Arbeitslosen, gefolgt von Italienern (9,1 %) und Arbeitslosen aus dem ehemaligen Jugoslawien (8,3 %).

**Tab. 7.8: Erwerbstätigkeit Ausländische Arbeitslose nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten  
Früheres Bundesgebiet**

Jahresdurchschnitt	Insgesamt	Darunter					
		Italiener	Türken	Jugoslawen <sup>1)</sup>	Griechen	Spanier	Portugiesen
1970 .....	5 002	1 186	871	578	512	248	43
1975 .....	151 493	28 618	46 794	27 442	17 849	7 177	2 287
1982 .....	245 710	37 503	95 024	32 500	12 799	5 522	3 548
1984 .....	270 265	38 663	104 297	36 701	14 719	7 192	4 279
1986 .....	248 001	35 322	89 239	32 286	13 476	6 502	3 008
1988 .....	269 531	34 869	95 301	31 887	14 975	6 595	3 075
1990 .....	202 975	24 387	69 065	21 981	11 798	4 853	2 436
1992 .....	254 201	26 438	90 874	31 123	14 496	4 910	3 030
1994 .....	409 110	39 934	148 632	51 620	23 267	7 101	5 943
1996 .....	481 715	44 574	167 634	48 331	24 944	6 670	7 863
1997 .....	521 597	48 211	181 721	48 248	26 553	6 956	8 343
1998 .....	505 158	46 750	179 249	43 554	25 338	6 803	8 030
1999 .....	477 727	43 421	170 056	39 421	23 900	6 337	7 424

<sup>1)</sup> Einschl. Kroatien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina sowie Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind.



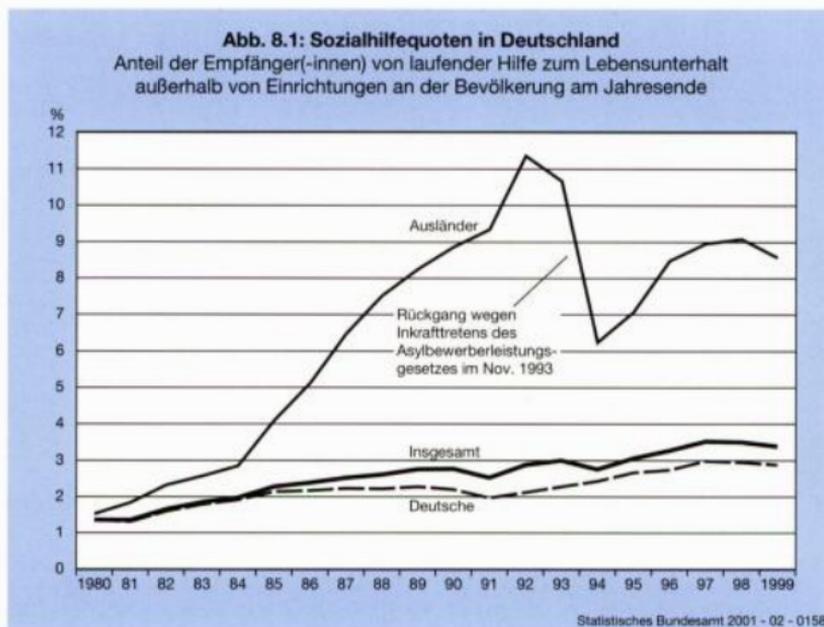
A blue-tinted photograph showing a close-up of a person's hands. The person has long, curly hair. They are holding a small, white, rectangular tag between their fingers. The tag has the number '455' printed on it, and below the number is a circular logo containing a stylized triangle. The background is bright and out of focus.

## **8 Sozialhilfe und Leistungen für Asylbewerber**

## 8 Sozialhilfe und Leistungen für Asylbewerber

### 8.1 8,6 % der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer bekamen Ende 1999 Sozialhilfe

Die in der Bundesrepublik lebenden bedürftigen Ausländer haben üblicherweise auch Anspruch auf Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz, sofern sie nicht unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen (mehr hierzu im Abschnitt 8.8). Bei der Sozialhilfe unterscheidet man je nach Art der vorliegenden Notlage zwei Haupthilfearten: Personen, die ihren Bedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat usw. nicht ausreichend decken können, haben Anspruch auf **Hilfe zum Lebensunterhalt**. In anderen Notsituationen, zum Beispiel bei gesundheitlichen oder sozialen Beeinträchtigungen, wird **Hilfe in besonderen Lebenslagen** gewährt (siehe Abschnitt 8.7). Als spezielle Hilfen kommen dabei z. B. Krankenhilfe, Hilfe zur Pflege oder Eingliederungshilfe für Behinderte in Frage.



In der Sozialhilfestatistik werden Ausländer seit 1980 statistisch durchgängig erfasst. Die Ergebnisse zeigen, dass die ausländischen Empfänger von „Sozialhilfe im engeren Sinne“ (d. h. laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich gestiegen sind, allerdings nicht kontinuierlich. Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich die Zahl der ausländischen Hilfeempfänger zwischen 1980 und 1990 von 71 000 auf knapp eine halbe Million. Zum Jahresende 1992 gab es im vereinten Deutschland bereits 758 000 Ausländerinnen und Ausländer, die Sozialhilfe im engeren Sinne bekamen. Der deutliche Rückgang in den Jahren 1993 und 1994 ist auf die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückzuführen. Asylbewerber und verschiedene andere spe-

zielle Gruppen von Ausländern (siehe Abschnitt 8.8.) erhalten seitdem Hilfen aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes und sind somit aus dem Sozialhilfebezug herausgefallen. Nach 1994 stieg die Zahl der ausländischen Sozialhilfebezieher erneut an, 1999 war sie erstmals wieder rückläufig.

Die vorgenannte Entwicklung spiegelt sich auch in den folgenden Zahlen wider:

- Zum Jahresende 1980 erhielten lediglich 1,5 % der in Deutschland lebenden Ausländer Sozialhilfe im engeren Sinne, zum Jahresende 1999 waren es 8,6 %.
- Der Anteil der Ausländer an allen Sozialhilfeempfängern belief sich zum Jahresende 1980 auf 8,3 %, am Jahresende 1999 lag er bei 22,5 %.

**Tab. 8.1: Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne\*)  
Deutschland**

Jahresende	Empfänger		Davon					
	insgesamt	Sozialhilfequote <sup>2)</sup>	Deutsche			Ausländer		
			zusammen	Anteil an Spalte 1	Sozialhilfequote <sup>2)</sup>	zusammen	Anteil an Spalte 1	Sozialhilfequote <sup>1)</sup>
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	
1980 . . . .	851 152	1,4	780 629	91,7	1,4	70 523	8,3	1,5
1982 . . . .	1 025 317	1,7	916 512	89,4	1,6	108 805	10,6	2,3
1984 . . . .	1 217 468	2,0	1 091 542	89,7	1,9	125 926	10,3	2,9
1986 . . . .	1 468 186	2,4	1 228 977	83,7	2,2	239 209	16,3	5,1
1988 . . . .	1 619 229	2,6	1 271 194	78,5	2,2	348 035	21,5	7,5
1990 . . . .	1 772 481	2,8	1 289 139	72,7	2,2	483 342	27,3	8,9
1992 . . . .	2 338 902	2,9	1 580 708	67,6	2,1	758 194	32,4	11,4
1994 . . . .	2 257 800	2,8	1 812 600	80,3	2,4	445 200	19,7	6,3
1996 . . . .	2 688 805	3,3	2 052 461	76,3	2,8	636 344	23,7	8,5
1998 . . . .	2 879 322	3,5	2 214 742	76,9	3,0	664 580	23,1	9,1
1999 . . . .	2 792 479	3,4	2 163 147	77,5	2,9	629 332	22,5	8,6

\*) Bis einschl. 1990 nur früheres Bundesgebiet. - <sup>1)</sup> Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

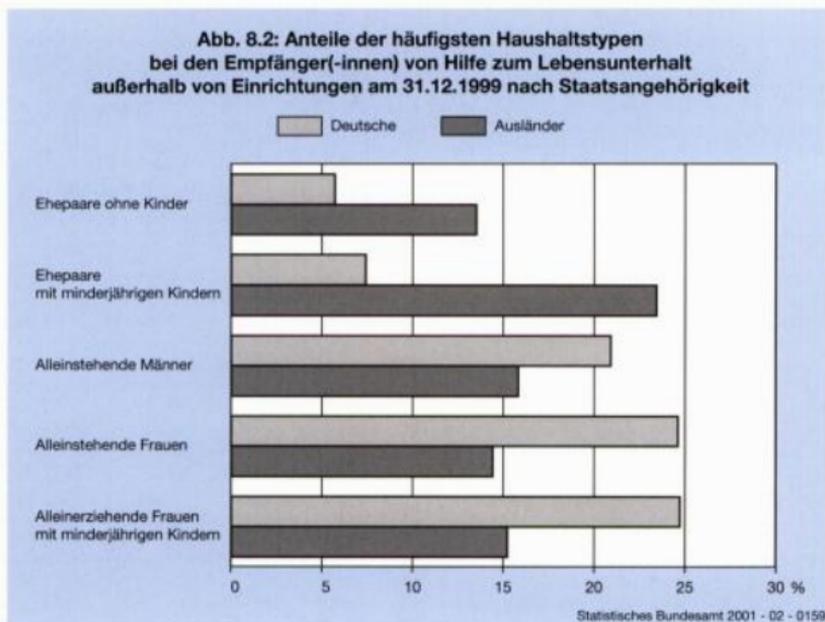
## 8.2 Mehr als die Hälfte der ausländischen Sozialhilfeempfänger ist jünger als 30 Jahre

Zum Jahresende 1999 erhielten 2,79 Mill. Menschen in 1,45 Mill. Haushalten Sozialhilfe im engeren Sinne. Davon hatten 629 000 Hilfebezieher in 273 000 Haushalten eine ausländische Staatsbürgerschaft. Der Ausländeranteil unter den Sozialhilfeempfängern lag damit bei 22,5 %. Im Vergleich hierzu belief sich zum Jahresende 1999 der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung auf 8,9 % (7,34 Mill. Ausländer bei einer Gesamtbevölkerung von 82,16 Mill. Personen).

Von den ausländischen Hilfeempfängern kamen 10 % aus Staaten der Europäischen Union, 13 % waren Asylberechtigte und 2 % Bürgerkriegsflüchtlinge. Der mit 75 % größte Anteil entfiel auf den Personenkreis „sonstige Ausländer“, wozu auch die türkischen Staatsangehörigen zählen.

Von den ausländischen Sozialhilfebeziehern bekamen die Frauen mit 51,9 % etwas häufiger diese Hilfen als die Männer. Mehr als die Hälfte der ausländischen Sozialhilfeempfänger (53,9 %) war unter 30 Jahre alt. Das durchschnittliche Alter betrug 29,8 Jahre. Die Männer waren mit durchschnittlich 29,0 Jahren etwas jünger als die Frauen mit 30,6 Jahren.

Unter den ausländischen Sozialhilfehaushalten (Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand) gab es 82 000 (30,2 %) Haushalte von Alleinstehenden, 64 000 (23,4 %) Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren, 41 000 (15,2 %) alleinerziehende Frauen und 37 000 (13,5 %) Ehepaare ohne Kinder (Abb. 8.2).

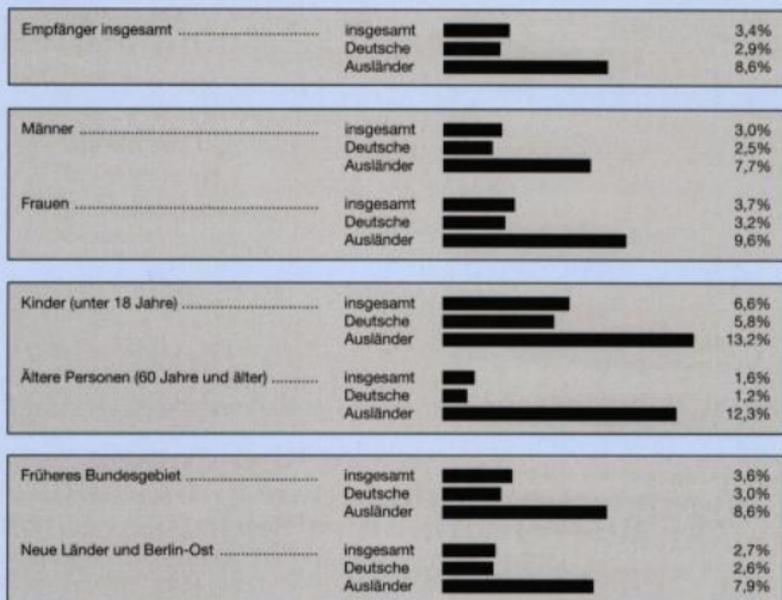


Die Sozialhilfe wird von den einzelnen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich häufig in Anspruch genommen (Abb. 8.3).

Mittels der Sozialhilfequote, das ist der Anteil der Hilfebezieher an der Bevölkerung bzw. der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, kann die Sozialhilfe-Inanspruchnahme bestimmter Bevölkerungsgruppen quantifiziert und mit anderen verglichen werden. Ende 1999 bezogen 3,4 % der gesamten Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinne. Im Vergleich ergaben sich folgende Unterschiede:

- Ausländer beanspruchen mit einer Quote von 8,6 % relativ häufiger Sozialhilfe als Deutsche mit 2,9 %.
- Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (13,2 %) sowie Personen ab 60 Jahre (12,3 %) haben in der ausländischen Bevölkerung besonders hohe Sozialhilfequoten.
- Ausländische Frauen haben mit 9,6 % – wie auch deutsche Frauen (mit 3,2%) – eine höhere Sozialhilfequote als ausländische Männer mit 7,7 % (deutsche Männer: 2,5%).
- In den neuen Ländern ist die Inanspruchnahme von Sozialhilfe generell niedriger als im früheren Bundesgebiet. Dies trifft auch für die Ausländer zu, deren Sozialhilfequote in den neuen Ländern 7,9 % und im früheren Bundesgebiet 8,6 % beträgt.

**Abb. 8.3: Hilfe zum Lebensunterhalt  
außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 1999  
Sozialhilfequoten**  
- Anteil der Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt  
außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe -



Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0160

### 8.3 Ein bedürftiger ausländischer Haushalt bekommt durchschnittlich 935 DM pro Monat

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im Wesentlichen nach Regelsätzen und Mehrbedarfzuschlägen berechnet. Hinzu kommen die Kosten der Unterkunft (einschließlich der Heizung), die im Regelfall in Höhe der tatsächlich angefallenen Aufwendungen als Bedarf anerkannt werden. Die Gesamtsumme der Bedarfspositionen für alle Haushaltsangehörigen ergibt den Bruttobedarf eines Haushalts. Ausgezahlt wird aber nur der sogenannte Nettoanspruch, denn vom Bruttobedarf wird zunächst noch das anzurechnende Einkommen abgezogen.

Durchschnittlich hatten Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand einen monatlichen Bruttobedarf in Höhe von 1 845 DM (Tab. 8.3), wovon rund ein Drittel allein auf die Kaltmiete entfiel. Nach Abzug des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 910 DM wurden an einen ausländischen Haushalt im Schnitt 935 DM monatlich ausgezahlt.

**Tab. 8.3: Bedarfsberechnung für Haushalte von Empfängern von Sozialhilfe im engeren Sinne zum Jahresende 1999 <sup>1)</sup>**

Haushaltstyp	Insgesamt	Brutto- bedarf	Angerech- netes Ein- kommen	Netto- anspruch
<b>Haushalte insgesamt</b> .....	<b>1 452 639</b>	<b>1 621</b>	<b>842</b>	<b>780</b>
<b>Haushalte mit einem deutschen Haushaltsvorstand</b> .....	<b>1 180 109</b>	<b>1 570</b>	<b>826</b>	<b>744</b>
darunter:				
Ehepaare ohne Kinder .....	67 014	1 772	1 022	751
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren .....	87 530	2 641	1 668	973
Nichteheliche Lebensgemeinschaften				
ohne Kinder .....	13 378	1 655	926	729
mit Kindern unter 18 Jahren .....	22 259	2 394	1 577	817
Alleinstehende .....	537 039	1 148	493	655
Männer .....	246 634	1 073	373	700
Frauen .....	290 405	1 213	596	617
Alleinerziehende Männer mit Kindern unter 18 Jahren .....	7 904	2 099	1 221	878
Alleinerziehende Frauen mit Kindern unter 18 Jahren .....	290 915	2 179	1 240	939
<b>Haushalte mit einem ausländischen Haushaltsvorstand</b> .....	<b>272 530</b>	<b>1 845</b>	<b>910</b>	<b>935</b>
darunter:				
Ehepaare ohne Kinder .....	36 829	1 806	788	1 018
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren .....	63 818	2 862	1 671	1 191
Nichteheliche Lebensgemeinschaften				
ohne Kinder .....	1 731	1 688	782	906
mit Kindern unter 18 Jahren .....	4 044	2 599	1 501	1 097
Alleinstehende .....	82 268	1 115	396	719
Männer .....	42 935	1 064	356	708
Frauen .....	39 333	1 171	439	732
Alleinerziehende Männer mit Kindern unter 18 Jahren .....	2 617	2 187	1 176	1 010
Alleinerziehende Frauen mit Kindern unter 18 Jahren .....	41 338	2 250	1 153	1 097
<b>Abweichung der durchschnittlichen monatlichen Zahlbeträge gegenüber den Deutschen in DM</b>				
Haushalte mit einem ausländischen Haushaltsvorstand .....	x	+ 275	+ 84	+ 191
darunter:				
Ehepaare ohne Kinder .....	x	+ 34	- 234	+ 267
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren .....	x	+ 221	+ 3	+ 218
Nichteheliche Lebensgemeinschaften				
ohne Kinder .....	x	+ 33	- 144	+ 177
mit Kindern unter 18 Jahren .....	x	+ 205	- 76	+ 280
Alleinstehende .....	x	- 33	- 97	+ 64
Männer .....	x	- 9	- 17	+ 8
Frauen .....	x	- 42	- 157	+ 115
Alleinerziehende Männer mit Kindern unter 18 Jahren .....	x	+ 88	- 45	+ 132
Alleinerziehende Frauen mit Kindern unter 18 Jahren .....	x	+ 71	- 87	+ 158

<sup>1)</sup> Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Wenn man annimmt, dass die Zahl der ausländischen Haushalte, die zum Zeitpunkt 31.12.1999 statistisch erfasst wurden, auch im Laufe des gesamten Jahres 1999 in etwa dieser Höhe vertreten war, lässt sich anhand des durchschnittlichen Nettoanspruchs ermitteln, dass im Jahr 1999 etwa 3,06 Mrd. DM für ausländische Empfänger(-innen) von Sozialhilfe im engeren Sinne geleistet wurden.

## 8.4 Bei der Mehrzahl der Sozialhilfeempfänger steht eine prekäre Erwerbssituation im Vordergrund

Oft ist ein besonderes Ereignis die Ursache dafür, dass Menschen Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Einige dieser sozialen Ausnahmetatbestände werden von der Sozialhilfestatistik erfasst. Bei 12,4 % der ausländischen Haushalte lagen

solche statistisch nachgewiesenen besonderen sozialen Situationen vor. Die häufigsten Gründe für den Sozialhilfebezug waren demnach „Trennung/Scheidung“ mit 6,1 %, „Geburt eines Kindes“ und „ohne eigene Wohnung“ mit jeweils 2,2%. Die übrigen von der Statistik erfassten Gründe (Tod eines Familienmitglieds, Suchtabhängigkeit, Überschuldung, Freiheitsentzug, stationäre Unterbringung eine Familienmitglieds) kamen zusammen auf insgesamt 3,2 %. In 87,6 % der Sozialhilfehaushalte gab es nach Angaben der Betroffenen aber keine der o. g. besonderen sozialen Situationen. Vielmehr muss angenommen werden, dass die Sozialhilfebedürftigkeit im Zusammenhang mit der Erwerbssituation der meisten Hilfeempfänger steht (Abb. 8.4).

**Abb. 8.4: Erwerbsstatus der ausländischen Bezieher von Sozialhilfe im engeren Sinne<sup>1)</sup> im Alter von 15 bis 64 Jahren**  
Jahresende 1999

[...] = Vergleichswert für Deutsche

Erwerbsstatus		Anteile in %		Anzahl
Erwerbstätig 8,9% [8,8%]	Vollzeit		4,3 [3,7]	17 000 [48 000]
	Teilzeit		4,6 [5,1]	18 000 [67 000]
Arbeitslos 39,2% [41,0%]	mit AFG-Leistungen <sup>2)</sup>		14,7 [17,0]	58 000 [223 000]
	ohne AFG-Leistungen <sup>2)</sup>		24,5 [24,0]	96 000 [314 000]
Nicht erwerbstätig wegen 51,9% [50,2%]	Aus- und Fortbildung		6,6 [6,4]	26 000 [84 000]
	häuslicher Bindung		14,9 [16,9]	58 000 [221 000]
	Krankheit		5,4 [9,8]	21 000 [128 000]
	Alters		2,4 [1,7]	9 000 [22 000]
	sonst. Gründe		22,6 [15,5]	88 000 [203 000]
<b>Insgesamt</b>			<b>100</b>	<b>391 000</b> [1 310 000]

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.- 2) Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz.

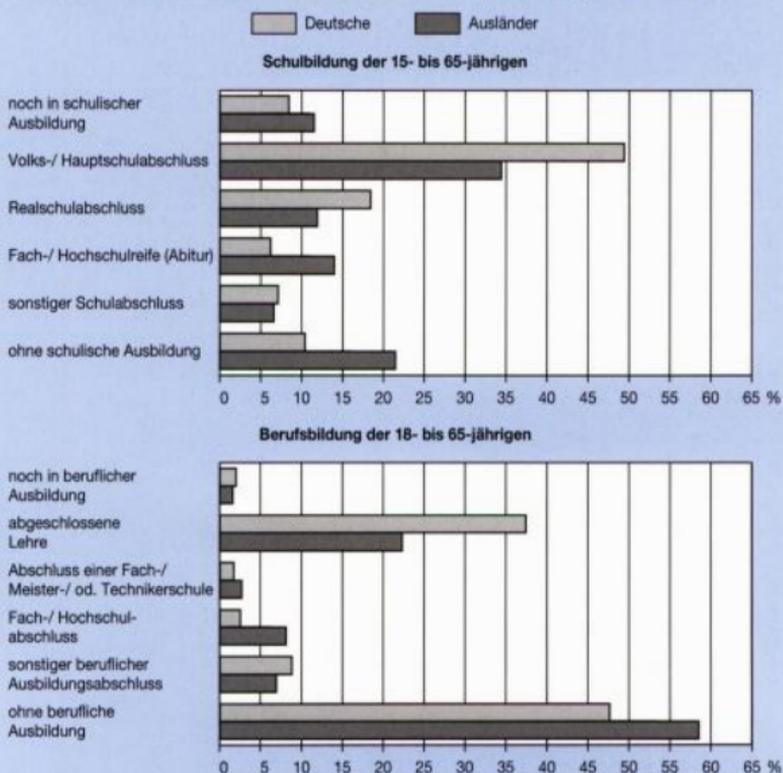
Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0161

Von den 391 000 ausländischen Sozialhilfeempfängern im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren, waren 39,2 % arbeitslos gemeldet, 51,9 % waren aus anderen Gründen nicht erwerbstätig und nur 8,9 % gingen einer Erwerbstätigkeit nach – wobei das damit erzielte Einkommen offenbar nicht ausreichte, um unabhängig von der Sozialhilfe zu leben. Als Grund für die Nichterwerbstätigkeit gaben 14,9 % an, häuslich gebunden zu sein; weitere Ursachen waren Ausbildung (6,6 %), Krankheit (5,4 %) oder das Alter (2,4 %).

## 8.5 Ausländische Sozialhilfeempfänger überwiegend ohne Berufsausbildung

Gut ein Drittel (34,4 %) der 15- bis 64-jährigen ausländischen Sozialhilfeempfänger hatte Ende 1999 einen Volks- oder Hauptschulabschluss, 14,0 % das Abitur oder Fachabitur und 11,9 % einen Realschulabschluss (Abb. 8.5). Etwa ein Fünftel (21,5 %) der Betroffenen hatte keinen Schulabschluss aufzuweisen. Ein Blick auf die Berufsausbildung der 18- bis 64-jährigen ausländischen Sozialhilfeempfänger zeigt weiter, dass knapp ein Viertel (22,3 %) über eine abgeschlossene Lehre verfügte, über die Hälfte (58,5 %) hatten jedoch keinen beruflichen Ausbildungsabschluss.

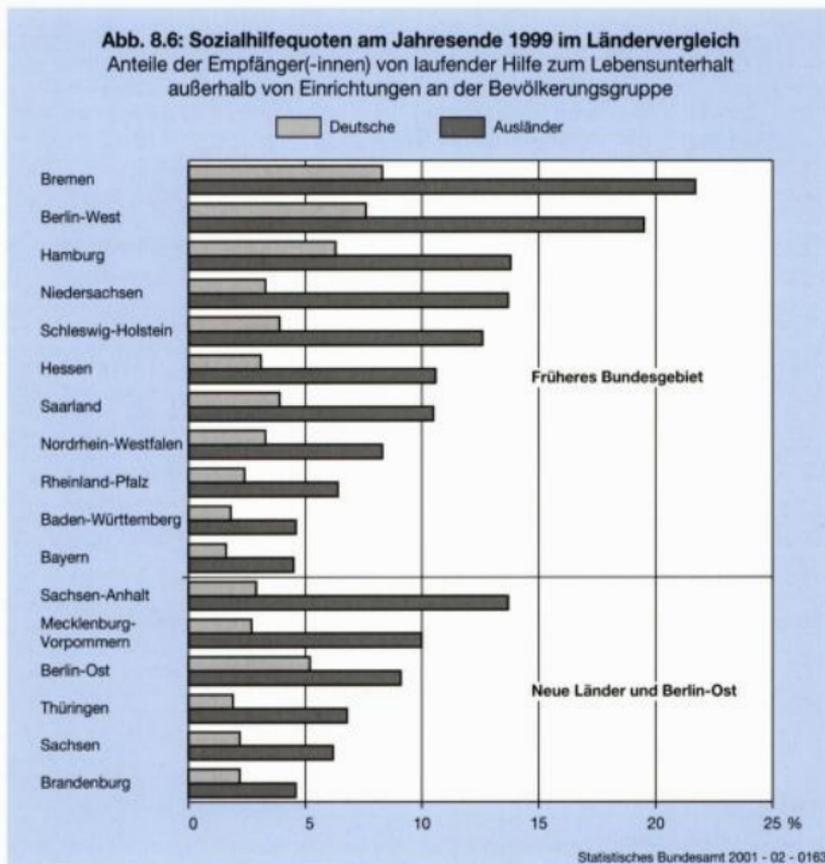
**Abb. 8.5: Die jeweils höchsten Bildungsabschlüsse der Empfänger(-innen) von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.1999**



Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0162

## 8.6 Niedrigere Sozialhilfequoten bei den Ausländerinnen und Ausländern in den neuen Bundesländern

Ende 1999 bekamen 8,6 % der in Deutschland lebenden Ausländer Sozialhilfe im engeren Sinne. Die Sozialhilfequote der Ausländer war im früheren Bundesgebiet (8,6 %) geringfügig höher als in den neuen Bundesländern (7,9 %). Im Großen und Ganzen verhalten sich die landesspezifischen Sozialhilfequoten der Ausländer wie die allgemeinen Sozialhilfequoten, d. h. im früheren Bundesgebiet relativ hohe Quoten bei einem gewissen Nord-Süd-Gefälle, in den neuen Ländern relativ niedrigere Quoten (Abb. 8.6).



Besonders hohe Ausländer-Sozialhilfequoten verzeichneten 1999 im früheren Bundesgebiet Bremen (21,7 %) und Berlin-West (19,5 %); auch Hamburg (13,8 %), Niedersachsen (13,7 %) und Schleswig-Holstein (12,6 %) lagen dort merklich über dem Durchschnitt. In den neuen Ländern lag die Ausländer-Sozialhilfequote in

Sachsen-Anhalt (13,7 %) und Mecklenburg-Vorpommern (10,0 %) weit über dem dortigen Durchschnitt. Besonders niedrige Quoten wiesen im früheren Bundesgebiet Bayern (4,5 %) und Baden-Württemberg (4,6 %) sowie in den neuen Ländern Brandenburg (4,6 %) auf.

## 8.7 Als Hilfe in besonderen Lebenslagen wird überwiegend Krankenhilfe bezahlt

Im Laufe des Jahres 1998 – die endgültigen Ergebnisse für das Jahr 1999 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor – erhielten 286 000 Ausländer Hilfe in besonderen Lebenslagen (Tab. 8.7); dies sind 21 % der Empfänger dieser Hilfeart insgesamt. Am häufigsten wurde die Hilfe in besonderen Lebenslagen als „Krankenhilfe“ gewährt: 217 000 Personen bzw. 76 % der ausländischen Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen waren Bezieher von Krankenhilfe. Alle anderen Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden eher wenig in Anspruch genommen. So bezogen lediglich 26 000 Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft die Eingliederungshilfe für Behinderte und nur 17 000 Ausländer Hilfe zur Pflege.

**Tab. 8.7: Empfänger(-innen) von Hilfe in besonderen Lebenslagen nach Hilfearten und Staatsangehörigkeit im Laufe des Jahres 1998 \*)**

Deutschland					
Hilfeart	Insgesamt	Deutsche		Ausländer	
		zusammen	Anteil von Spalte 1	zusammen	Anteil von Spalte 1
	Anzahl		%	Anzahl	%
<b>Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt <sup>1)</sup></b> .....	1 378 267	1 092 622	79,3	285 645	20,7
Krankenhilfe; Hilfe bei Sterilisation und zur Familienplanung .....	554 076	337 506	60,9	216 570	39,1
Hilfe zur Pflege zusammen <sup>1)</sup> .....	289 299	272 582	94,2	16 717	5,8
Und zwar:					
ambulant .....	85 387	74 754	87,5	10 633	12,5
stationär .....	205 190	199 061	97,0	6 129	3,0
Eingliederungshilfe für Behinderte <sup>1)</sup> .	494 925	468 662	94,7	26 263	5,3
Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen .....	124 922	88 407	70,8	36 515	29,2

\*) Empfänger mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart gezählt. – <sup>1)</sup> Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

## 8.8 Über die Hälfte der Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz war unter 25 Jahre

Asylbewerber und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) berechnete Personen erhalten seit 1. November 1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen (Regelleistungen und besondere Leistungen) nach dem AsylbLG .

Regelleistungen dienen zur Deckung des täglichen Bedarfs an Ernährung, Kleidung, Unterkunft u. Ä.; die Höhe der Regelleistungen liegt im Schnitt ca. 20 % unter den

Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz. Daneben gibt es besondere Leistungen, z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt.

Die Zahl der Leistungsbezieher sowie die damit verbundenen Ausgaben haben sich seit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes zunächst relativ geringfügig, im Jahr 1998 jedoch deutlicher verändert (siehe Tab. 8.8.1). Von Ende 1994 bis Ende 1998 sank die Zahl der Empfänger von Regelleistungen um 1,7 % auf 439 000 Personen. Die Gesamtbruttoausgaben für die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sanken in dem Zeitraum von 1994 bis 1998 um 22 % auf 4,4 Mrd. DM. Dieser Ausgabenrückgang ist im Wesentlichen auf die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Juni 1997 zurückzuführen, wodurch sich für einen Teil der Hilfeempfänger das Leistungsniveau verminderte.

**Tab. 8.8.1: Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz<sup>1)</sup>**

**Deutschland**

Jahr	Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz			Empfänger von Regelleistungen <sup>1)</sup>		
	insgesamt	Davon		insgesamt	Davon	
		außerhalb von Einrichtungen	in Einrichtungen		Männlich	Weiblich
	1 000 DM			1 000		
1994 .....	5 581 602	4 038 100	1 543 502	447	264	182
1995 .....	5 476 693	4 008 913	1 467 780	489	288	201
1996 .....	5 630 958	4 216 185	1 414 773	490	288	202
1997 .....	5 188 290	3 743 552	1 444 738	487	287	200
1998 .....	4 378 563	3 073 826	1 304 738	439	263	176
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</b>						
1995 .....	- 1,9	- 0,7	- 4,9	+ 9,5	+ 9,0	+ 10,2
1996 .....	+ 2,8	+ 5,2	- 3,6	+ 0,2	- 0,1	+ 0,6
1997 .....	- 7,9	- 11,2	+ 2,1	- 0,6	- 0,2	- 1,3
1998 .....	- 15,6	- 17,9	- 9,7	- 9,8	- 8,4	- 11,9

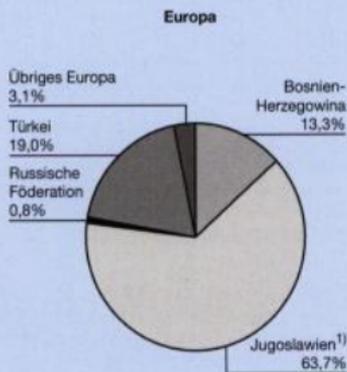
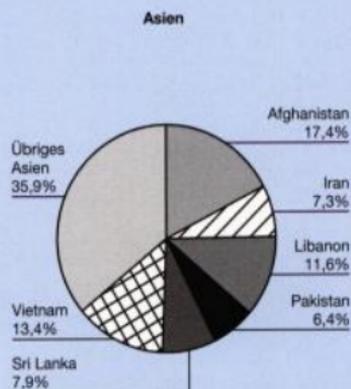
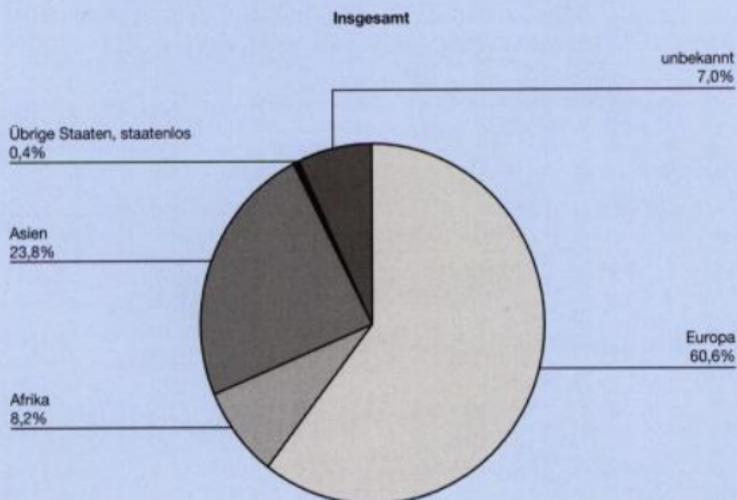
<sup>1)</sup> Die Zahlen sind gerundet. Hierdurch können sich Abweichungen in den Summen ergeben. – <sup>2)</sup> Die Angaben der Empfänger von Regelleistungen für das Berichtsjahr 1995 weisen eine geringfügige Untererfassung auf.

Die meisten Regelleistungsempfänger am Jahresende 1998 waren Männer (60 %). Über die Hälfte (55 %) war jünger als 25 Jahre (Tab. 8.8.2). Das Durchschnittsalter aller Hilfebezieher betrug rund 23 Jahre und lag damit deutlich unter dem Durchschnittsalter der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz.

Betrachtet man die verschiedenen Staatsangehörigkeiten, kamen die meisten Regelleistungsempfänger (rund 39 %) aus Jugoslawien mit den Teilregionen Serbien und Montenegro (Abb. 8.7). Rund 12 % hatten die Staatsangehörigkeit der Türkei und 8 % die von Bosnien-Herzegowina. Die Mehrzahl der Hilfebezieher (rund 61 %) waren Europäer, aus Asien stammten etwa 24%, aus Afrika 8 %. Diese Rangfolge der Herkunftsländer bzw. -kontinente hat sich seit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes nicht wesentlich verändert.

**Abb. 8.7: Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31.12.1998 nach Staatsangehörigkeit Deutschland**

Anteil an allen Regelleistungsempfänger in %



1) Serbien und Montenegro.

**Tab. 8.8.2: Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31.12.1998 nach Altersgruppen und Geschlecht \*)**  
**Deutschland**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Regelleistungsempfänger			
	insgesamt		männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	
unter 7 .....	76 774	17,5	39 674	37 100
7 - 11 .....	39 174	8,9	20 414	18 760
11 - 15 .....	31 121	7,1	16 654	14 467
15 - 18 .....	24 786	5,6	15 553	9 233
18 - 21 .....	28 164	6,4	20 261	7 903
21 - 25 .....	39 681	9,0	28 292	11 389
25 - 30 .....	57 074	13,0	36 745	20 329
30 - 40 .....	90 232	20,6	55 773	34 459
40 - 50 .....	34 099	7,8	21 181	12 918
50 - 60 .....	9 825	2,2	5 318	4 507
60 - 65 .....	3 085	0,7	1 378	1 707
65 und älter .....	4 858	1,1	1 850	3 008
<b>Insgesamt ...</b>	<b>438 873</b>	<b>100</b>	<b>263 093</b>	<b>175 780</b>
Durchschnittsalter in Jahren .....	23,2	x	23,6	22,4

\*) Neben diesen Regelleistungen wurden zum Jahresende 1998 noch in 142 970 Fällen besondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gewährt. - 1) Serbien und Montenegro.



## 9 Schwerbehinderte



## 9 Schwerbehinderte

### 9.1 Rund 3 % aller Schwerbehinderten haben keinen deutschen Pass

Als schwerbehindert gelten Menschen, denen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung von 50 oder mehr zuerkannt worden ist. Unter Behinderung im Sinne des § 3 Schwerbehindertengesetz (SchwbG), ist „die Auswirkung einer nicht nur vorübergehenden Funktionsbeeinträchtigung“ zu verstehen, „die auf einem regelwidrigen körperlichen, geistigen oder seelischen Zustand beruht“. Regelwidrig ist dabei der Gesundheitszustand, der von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht. Normale Alterserscheinungen sind somit keine Behinderungen im Sinne des Schwerbehindertengesetzes. Als „nicht vorübergehend“ gilt ein Zeitraum von mehr als sechs Monaten.

**Tab. 9.1: Deutsche und ausländische Schwerbehinderte am 31.12.1999 nach Geschlecht, Altersgruppen und Ländern**

Geschlecht Alter von ... bis unter ... Jahren Land	Insgesamt		Deutsche		Ausländer	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner <sup>1)</sup>	Anzahl	je 1 000 Einwohner <sup>1)</sup>	Anzahl	je 1 000 Einwohner <sup>1)</sup>
männlich .....	3 497 458	87	3 352 334	93	145 124	37
weiblich .....	3 136 008	75	3 057 237	79	78 124	23
<b>Insgesamt ...</b>	<b>6 633 466</b>	<b>81</b>	<b>6 409 571</b>	<b>86</b>	<b>223 895</b>	<b>31</b>
unter 4 .....	15 693	5	14 274	5	1 419	4
4 – 15 .....	111 738	11	101 560	12	10 178	10
15 – 25 .....	132 596	15	122 048	15	10 548	9
25 – 35 .....	247 819	19	232 652	21	15 167	9
35 – 45 .....	442 721	34	424 613	36	18 108	15
45 – 55 .....	665 975	66	618 266	67	47 689	53
55 – 65 .....	1 611 454	146	1 532 790	147	78 664	140
65 und mehr .....	3 405 470	261	3 363 348	263	42 122	142
Baden-Württemberg .....	725 300	70	676 943	74	48 357	37
Bayern .....	973 387	81	938 572	86	34 815	31
Berlin .....	340 724	100	322 337	109	18 387	43
Brandenburg .....	170 395	66	170 134	67	261	4
Bremen .....	56 066	84	53 475	94	2 591	26
Hamburg .....	133 595	79	126 722	88	6 873	27
Hessen .....	474 518	79	447 387	84	27 131	37
Mecklenburg-Vorpommern .....	137 773	77	137 602	78	171	6
Niedersachsen .....	660 459	84	647 520	88	12 939	25
Nordrhein-Westfalen .....	1 736 513	97	1 678 036	105	58 477	29
Rheinland-Pfalz .....	320 206	80	312 662	84	7 544	25
Saarland .....	89 737	84	87 666	89	2 071	24
Sachsen .....	269 997	60	269 523	61	474	5
Sachsen-Anhalt .....	168 459	63	168 185	64	274	7
Schleswig-Holstein .....	207 573	75	204 165	78	3 408	23
Thüringen .....	168 764	69	168 642	70	122	3

<sup>1)</sup> Bevölkerungsstand: 31.12.1996.

Ende 1999 lebten in Deutschland 6,6 Mill. amtlich anerkannte Schwerbehinderte. Rund 223 900 oder 3,4 % von ihnen waren Ausländerinnen und Ausländer. Türkische Staatsangehörige (35,7 %), Bürgerinnen und Bürger aus Jugoslawien (Serbien und Montenegro; 15,6 %) sowie Italienerinnen und Italiener (10,8 %) waren unter

den ausländischen Schwerbehinderten zahlenmäßig am stärksten vertreten. Der Männeranteil ist in der ausländischen Bevölkerung insgesamt höher als in der deutschen. So waren auch unter den ausländischen Schwerbehinderten etwa zwei Drittel (64,8 %) Männer; der entsprechende Anteil bei den deutschen belief sich nur auf 52,3 %. Die Gliederung der Schwerbehinderten nach Altersgruppen zeigt ferner, dass die ausländischen Schwerbehinderten im Durchschnitt wesentlich jünger sind als die deutschen Schwerbehinderten, von denen knapp über drei Viertel (76,4 %) älter als 55 Jahre waren. Dieser Anteil betrug bei den ausländischen Schwerbehinderten lediglich 54,0 %. Grund ist die unterschiedliche Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung.

Der Anteil Schwerbehinderter ist bei den Ausländerinnen und Ausländern deutlich niedriger als unter den Deutschen: Während von 1 000 Deutschen im Durchschnitt 86 schwerbehindert waren, belief sich diese Quote Ende Dezember 1999 bei den in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern nur auf 31. Dieser relativ geringe Anteil ist nur bedingt durch die abweichende Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung zu erklären, da hier der Schwerbehindertenanteil in allen Altersklassen unter dem der deutschen Bevölkerung liegt. So gab es unter 1 000 Deutschen im Alter von über 65 Jahren 263, unter den gleichaltrigen Ausländerinnen und Ausländern nur 142 Schwerbehinderte. Wie auch bei den deutschen Staatsbürgern lag bei den ausländischen Staatsangehörigen die Schwerbehinderterquote der Männer (37 je 1 000 Einwohner) über derjenigen der Frauen (23 je 1 000 Einwohnerinnen).

## 9.2 Grad der Behinderung bei ausländischen Schwerbehinderten niedriger

Von den schwerbehinderten Ausländerinnen und Ausländern wiesen rund 64,6 % einen Grad der Behinderung von 50 bis 70 auf, bei weiteren 14,5 % wurde ein Grad der Behinderung von 80 bzw. 90 festgestellt. Den übrigen 20,9 % war ein Grad der Behinderung von 100 zuerkannt worden. Der Vergleich mit deutschen Schwerbehinderten zeigt, dass ausländische Schwerbehinderte in den unteren Kategorien (50 und 60 Grad) höhere Anteile aufweisen, in den oberen Kategorien (70 bis 100 Grad) geringere.

**Tab. 9.2: Deutsche und ausländische Schwerbehinderte am 31.12.1999 nach Grad der Behinderung**

Grad der Behinderung	Insgesamt		Deutsche		Ausländer	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>Insgesamt</b> .....	<b>6 633 466</b>	<b>100</b>	<b>6 409 571</b>	<b>100</b>	<b>223 895</b>	<b>100</b>
50 .....	1 942 333	29,3	1 862 990	29,1	79 343	35,4
60 .....	1 065 083	16,1	1 024 822	16,0	40 261	18,0
70 .....	775 890	11,7	750 847	11,7	25 043	11,2
80 .....	855 724	12,9	831 597	13,0	24 127	10,8
90 .....	355 969	5,4	347 672	5,4	8 297	3,7
100 .....	1 638 467	24,7	1 591 643	24,8	46 824	20,9

Sieht man sich die Art der Behinderung an – wobei hier bei mehreren Behinderungen immer nur die schwerste betrachtet wird – ergibt sich folgendes Bild: Häufigste Behinderungsart ist die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen. Dieser Anteil belief sich 1999 auf 27,3 %. Darunter befanden sich 20 700 Herz- und Kreislaufkranke, rund 9 % aller schwerbehinderten Ausländerinnen und Ausländer. Am zweithäufigsten waren Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes (14 %), gefolgt von Funktionseinschränkungen von Gliedmaßen mit 10 %.

**Tab. 9.3: Ausländische Schwerbehinderte 1999 nach Grad der Behinderung sowie nach Art der schwersten Behinderung**

Art der schwersten Behinderung	Insgesamt		Grad der Behinderung von ... bis ...					
	Anzahl	%	50 – 70		70 – 100		100	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	1 996	0,9	739	0,6	809	1,4	448	1,0
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	23 326	10,4	13 415	11,2	6 777	11,8	3 134	6,7
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	30 278	13,5	23 199	19,4	5 708	9,9	1 371	2,9
Blindheit und Sehbehinderung	9 395	4,2	2 666	2,2	2 389	4,2	4 340	9,3
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen <sup>1)</sup>	11 613	5,2	6 005	5,0	3 708	6,5	1 900	4,1
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a.	3 804	1,7	2 224	1,9	1 013	1,8	567	1,2
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	61 171	27,3	34 119	28,5	16 933	29,5	10 119	21,6
darunter:								
von Herz- und Kreislauf	20 738	9,3	13 054	10,9	6 011	10,5	1 673	3,6
der tieferen Atemwege und der Lungen	11 719	5,2	6 754	5,6	3 427	6,0	1 538	3,3
der Verdauungsorgane	9 166	4,1	4 355	3,6	2 756	4,8	2 055	4,4
Querschnittslähmung	810	0,4	13	0,0	63	0,1	734	1,6
Zerebrale Störungen	16 333	7,3	4 883	4,1	4 789	8,3	6 658	14,2
Störungen der geistigen Entwicklung <sup>2)</sup>	8 090	3,6	807	0,7	1 823	3,2	5 460	11,7
Psychosen (Schizophrenie, affektive Psychosen); Neurosen, Persönlichkeits- u. Verhaltensstörung	13 649	6,1	8 840	7,4	3 409	5,9	1 400	3,0
Suchtkrankheiten	1 515	0,7	1 152	1,0	273	0,5	90	0,2
Sonstige oder ungenügend bezeichnete Behinderungen	40 355	18,0	21 542	18,0	9 769	17,0	9 044	19,3
<b>Insgesamt</b>	<b>223 895</b>	<b>100</b>	<b>119 604</b>	<b>100</b>	<b>57 467</b>	<b>100</b>	<b>46 824</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> Ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist. – <sup>2)</sup> Einschl. Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.



**10 Straffälligkeit**

## 10 Straffälligkeit

1998 wurden im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin 791 500 Personen wegen Straftaten verurteilt. Von ihnen hatten 585 100 die deutsche Staatsangehörigkeit (74 %), 206 400 eine ausländische (26 %, siehe Tab. 10.1). Zu den ausländischen Verurteilten zählen dabei nicht nur die in Deutschland wohnenden und gemeldeten Ausländer. Auch straffällig gewordene ausländische Touristen oder in Deutschland illegal lebende Ausländer werden bei einer Verurteilung in der Strafverfolgungsstatistik mitgezählt. Schätzungsweise drei von zehn ausländischen Verurteilten gehörten 1998 nicht zur Wohnbevölkerung. Die Verurteilungsrate der in Deutschland gemeldeten Ausländer kann nicht exakt beziffert werden.

Ein Vergleich der Kriminalitätsbeteiligung von Ausländern und Deutschen ist zudem durch strukturelle Unterschiede der Bevölkerungsgruppen erschwert. So gibt es im Verhältnis zur jeweiligen Wohnbevölkerung im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin-Ost mehr junge ausländische als deutsche Männer: 1998 waren 14 % der deutschen und 21 % der ausländischen strafmündigen Männer unter 25 Jahre alt. Unabhängig von der Nationalität wird die Altersgruppe der 14 – 25jährigen Männer häufiger straffällig als andere. 1998 waren 28 % der verurteilten Deutschen und 36 % der verurteilten Ausländer zwischen 14 und 25 Jahren alt.

Der starke Anstieg des Ausländeranteils bei den Verurteilten in den letzten zwanzig Jahren (1978: 10 %, 1998: 26 %) war auch durch die demographische Entwicklung mitbestimmt. Die Gesamtzahl der Ausländer in Deutschland und insbesondere die junger Ausländer ist seit Ende der siebziger Jahre deutlich stärker angewachsen als die deutsche Bevölkerung (siehe Abb. 10.1).

Die Anteile ausländischer Verurteilter sind je nach Delikt sehr unterschiedlich. Besonders hoch waren sie bei Verstößen gegen das Ausländer- bzw. das Asylverfahrensgesetz; 1998 mussten sich insgesamt knapp 12 % der ausländischen Verurteilten wegen solcher Delikte vor Gericht verantworten. Auch der hohe Ausländeranteil bei Urkundendelikten hängt mit illegaler Einreise und Aufenthaltsbestimmungen zusammen. Im Verhältnis deutlich seltener als Deutsche werden Ausländer wegen Straßenverkehrsdelikten verurteilt (siehe Tab. 10.2).

Ein Blick in die Strafvollzugsstatistik zeigt, dass die ausländischen Strafgefangenen im Durchschnitt jünger sind als die deutschen. Während 1999 der Ausländeranteil an den Strafgefangenen in der Altersgruppe der 25- bis 30jährigen bei 33 % lag, war bei den über 50jährigen Gefangenen weniger als jeder neunte Ausländer (siehe Tab. 10.3).

**Tab. 10.1: Deutsche und ausländische Verurteilte nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten  
(Früheres Bundesgebiet\*)**

Jahr	Verurteilte insgesamt	Deutsche Verurteilte	Ausländische Verurteilte				
			zusammen <sup>1)</sup>	darunter nach Staatsangehörigkeit			
				Griechenland	Italien	Ehem. Jugoslawien	Türkei
<b>Insgesamt</b>							
1977	722 966	650 598	72 368	4 621	9 860	13 988	16 215
1982	772 194	679 055	93 139	3 523	10 926	13 555	24 423
1987	691 394	596 833	94 561	3 104	8 565	12 306	22 783
1988	702 794	599 384	103 410	3 247	9 116	13 915	25 223
1989	693 499	581 150	112 349	3 532	8 844	15 770	26 744
1990	692 363	569 323	123 040	3 603	8 866	17 226	27 642
1991	695 118	557 615	137 503	3 735	8 976	16 377	27 457
1992	712 613	544 564	168 049	3 787	9 080	26 676	30 672
1993	760 792	539 651	221 141	3 976	9 362	46 370	34 798
1994	765 397	543 785	221 612	4 027	9 863	52 740	37 971
1995	759 989	552 153	207 836	4 307	9 968	43 609	41 023
1996	763 690	556 375	207 315	4 151	10 213	39 773	43 781
1997	780 530	570 722	209 808	4 442	10 693	35 737	45 756
1998	791 549	585 143	206 406	4 529	10 749	33 580	46 493
<b>Männlich</b>							
1977	615 188	552 615	62 573	3 704	8 779	11 459	14 420
1982	652 010	570 793	81 217	2 969	9 810	10 653	21 924
1987	579 958	497 917	82 041	2 701	7 671	10 014	20 837
1988	588 392	499 079	89 313	2 823	8 200	11 367	23 069
1989	580 151	483 442	96 709	3 015	7 852	12 920	24 432
1990	578 556	472 832	105 724	3 114	7 923	14 143	25 289
1991	585 603	466 211	119 392	3 241	8 005	13 646	25 181
1992	600 932	454 375	146 557	3 308	8 109	22 449	28 153
1993	644 353	449 657	194 696	3 516	8 375	40 533	32 009
1994	649 945	452 842	197 103	3 574	8 776	46 541	35 021
1995	645 014	460 669	184 345	3 814	8 949	38 574	37 843
1996	646 283	463 849	182 434	3 635	9 115	34 613	40 235
1997	658 943	475 485	183 461	3 841	9 601	30 794	41 927
1998	663 967	484 690	179 277	3 912	9 574	28 777	42 391
<b>Weiblich</b>							
1977	107 778	97 983	9 795	917	1 081	2 529	1 795
1982	120 184	108 262	11 922	554	1 116	2 902	2 499
1987	111 436	98 916	12 520	403	894	2 292	1 946
1988	114 402	100 305	14 097	424	916	2 548	2 154
1989	113 348	97 708	15 640	517	992	2 850	2 312
1990	113 807	96 491	17 316	489	943	3 083	2 353
1991	109 515	91 404	18 111	494	971	2 731	2 276
1992	111 681	90 189	21 492	479	971	4 227	2 519
1993	116 439	89 994	26 445	460	987	5 837	2 789
1994	115 452	90 943	24 509	453	1 087	6 199	2 950
1995	114 975	91 484	23 491	493	1 019	5 035	3 180
1996	117 407	92 526	24 881	516	1 098	5 160	3 546
1997	121 587	95 240	26 347	601	1 092	4 943	3 829
1998	127 582	100 453	27 129	617	1 175	4 803	4 102

<sup>1)</sup> Seit 1995 einschl. Berlin-Ost. – <sup>2)</sup> Einschl. Staatenloser und Angehöriger der Stationierungstreitkräfte.

**Tab. 10.2: Deutsche und ausländische Verurteilte nach ausgewählten Straftaten  
Früheres Bundesgebiet \*)**

Straftat	Jahr	Verurteilte			Ausländische Verurteilte in % der Verurteilten insgesamt
		Insgesamt	Deutsche	Ausländer <sup>1)</sup>	
Straftaten insgesamt	1988	702 794	599 384	103 410	14,7
	1993	760 792	539 651	221 141	29,1
	1998	791 549	585 143	206 406	26,1
darunter:					
Asylverfahrensgesetz	1988	3 926	82	3 844	97,9
	1993	14 037	88	13 949	99,4
	1998	8 404	150	8 254	98,2
Ausländergesetz	1988	7 521	312	7 209	95,9
	1993	15 943	770	15 173	95,2
	1998	18 648	2 270	16 378	87,8
Missbrauch von Ausweispapieren § 281 StGB	1988	765	93	672	87,8
	1993	667	99	568	85,2
	1998	935	124	811	86,7
Falschbeurkundung §§ 271, 273 StGB <sup>2)</sup>	1988	280	74	206	73,6
	1993	1 891	155	1 736	91,8
	1998	958	136	822	85,8
Entziehung Minderjähriger § 235 StGB <sup>3)</sup>	1988	46	23	23	50,0
	1993	34	22	12	35,3
	1998	52	30	22	42,3
Unerlaubtes Glücksspiel §§ 284, 285 StGB <sup>4)</sup>	1988	728	258	470	64,6
	1993	746	236	510	68,4
	1998	640	107	533	83,3
Bandendiebstahl § 244 Abs. 1 Nr. 2, 244a StGB <sup>5)</sup>	1988	215	146	69	32,1
	1993	260	96	164	63,1
	1998 <sup>6)</sup>	591	256	335	56,7
Unerlaubter Handel usw. mit Betäubungs- mitteln § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG <sup>7)</sup>	1988	1 824	1 324	500	27,4
	1993	3 027	1 760	1 267	41,9
	1998	4 332	2 495	1 837	42,4
Raub, räuberischer Diebstahl §§ 249 - 252 StGB	1988	3 839	2 991	848	22,1
	1993	4 928	3 111	1 817	36,9
	1998	6 046	3 768	2 278	37,7
Diebstahl § 242 StGB	1988	122 090	98 283	23 807	19,5
	1993	145 989	86 565	59 424	40,7
	1998	134 304	94 650	39 654	29,5
Körperverletzung §§ 223 - 231 StGB <sup>7)</sup>	1988	33 175	28 226	4 949	14,9
	1993	32 562	24 532	8 030	24,7
	1998	47 548	34 138	13 410	28,2
Betrug und Untreue §§ 263 - 266b StGB	1988	70 599	63 150	7 449	10,6
	1993	75 708	61 016	14 692	19,4
	1998	105 359	83 430	21 929	20,8
Beleidigung § 185 StGB	1988	9 448	8 546	902	9,5
	1993	9 502	7 961	1 541	16,2
	1998	13 380	10 560	2 820	21,1
Sexueller Missbrauch von Kindern §§ 176 - 176b StGB <sup>8)</sup>	1988	1 444	1 314	130	9,0
	1993	1 913	1 670	243	12,7
	1998	2 229	1 925	304	13,6
Straßenverkehrsdelikte in Trunkenheit	1988	151 012	140 545	10 467	6,9
	1993	153 023	134 501	18 522	12,1
	1998	137 935	121 538	16 397	11,9
Verletzung der Unterhaltspflicht § 170 StGB <sup>9)</sup>	1988	3 944	3 674	270	6,8
	1993	4 075	3 668	407	10,0
	1998	4 172	3 739	433	10,4

<sup>1)</sup> 1998 einschl. Berlin-Ost. - <sup>2)</sup> Einschl. Staatenloser und Angehöriger der Stationierungstreitkräfte. - <sup>3)</sup> Für 1988 und 1993 §§ 271 - 273 StGB. - <sup>4)</sup> Für 1988 und 1993 Kindesentziehung. - <sup>5)</sup> Für 1988 und 1993 §§ 284, 284a, 286 StGB. - <sup>6)</sup> Für 1988 § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB; für 1993 §§ 244 Abs. 1 Nr. 3, 244a StGB. - <sup>7)</sup> Für 1988 § 29 Abs. 3 Nr. 4 BtMG. - <sup>8)</sup> Für 1988 und 1993 §§ 223 - 230 StGB. - <sup>9)</sup> Für 1988 und 1993 § 176 StGB. - <sup>10)</sup> Für 1988 und 1993 § 170b StGB.

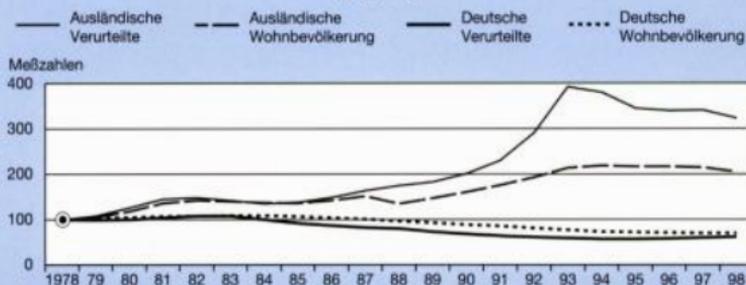
**Tab. 10.3: Deutsche und ausländische Strafgefangene nach Altersgruppen**

Strafgefangene im Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Deutsche Strafgefangene	Ausländische Strafgefangene <sup>1)</sup>	Ausländische in % aller Strafgefangenen der jeweiligen Altersgruppe
<b>Früheres Bundesgebiet 31.3.1989</b>				
14-18 .....	378	246	132	34,9
18-21 .....	2 335	1 925	410	17,6
21-25 .....	6 355	5 521	834	13,1
25-30 .....	9 876	8 663	1 213	12,3
30-40 .....	12 393	10 955	1 438	11,6
40-50 .....	6 584	5 994	590	9,0
50 und mehr .....	2 885	2 636	249	8,6
<b>Insgesamt ...</b>	<b>40 806</b>	<b>35 940</b>	<b>4 866</b>	<b>11,9</b>
<b>Deutschland 31.3.1994</b>				
14-18 .....	521	338	183	35,1
18-21 .....	2 378	1 536	842	35,4
21-25 .....	6 521	4 481	2 040	31,3
25-30 .....	10 434	8 041	2 393	22,9
30-40 .....	14 441	11 846	2 595	18,0
40-50 .....	6 404	5 432	972	15,2
50 und mehr .....	3 385	3 008	377	11,1
<b>Insgesamt ...</b>	<b>44 084</b>	<b>34 682</b>	<b>9 402</b>	<b>21,3</b>
<b>Deutschland 31.3.1999</b>				
14-18 .....	899	648	251	27,9
18-21 .....	3 615	2 676	939	26,0
21-25 .....	7 955	5 565	2 390	30,0
25-30 .....	12 257	8 211	4 046	33,0
30-40 .....	20 103	15 435	4 668	23,2
40-50 .....	9 704	8 058	1 646	17,0
50 und mehr .....	4 968	4 425	543	10,9
<b>Insgesamt ...</b>	<b>59 501</b>	<b>45 018</b>	<b>14 483</b>	<b>24,3</b>

<sup>1)</sup> Einschl. Staatenloser.

**Abb. 10.1: Verurteilte Deutsche und Ausländer unter 25 Jahren sowie gleichaltrige Wohnbevölkerung<sup>1)</sup>**

1978 = 100



<sup>1)</sup> Früheres Bundesgebiet, seit 1995 einschl. Berlin-Ost. Nur einwohnerrechtlich registrierte Bevölkerung.

Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0166

**Tab. 10.4: Verurteilte Deutsche und Ausländer unter 25 Jahren  
sowie gleichaltrige Wohnbevölkerung \*)**

Jahr	Personen zwischen 14 und 25 Jahren			
	Ausländer		Deutsche	
	Verurteilte	Wohnbevölkerung	Verurteilte	Wohnbevölkerung

**Absolute Zahlen**

1977	21 895	635 422	255 684	9 330 152
1978	22 628	635 391	266 899	9 567 514
1979	24 380	669 388	262 924	9 818 999
1980	28 438	750 741	267 136	10 019 305
1981	32 784	862 514	276 941	10 217 961
1982	33 539	899 881	286 961	10 352 982
1983	32 030	886 459	287 654	10 411 870
1984	30 483	870 596	267 821	10 383 680
1985	31 114	866 015	246 881	10 219 350
1986	33 773	902 905	231 933	9 987 907
1987	37 118	968 574	219 541	9 638 538
1988	39 665	854 607	214 623	9 308 678
1989	41 391	936 332	195 313	8 863 985
1990	45 550	1 022 807	180 568	8 504 663
1991	52 153	1 119 287	171 685	8 191 862
1992	65 898	1 224 685	163 655	7 791 516
1993	88 601	1 360 880	157 395	7 385 310
1994	86 062	1 392 936	151 753	7 018 278
1995	78 083	1 380 392	152 740	6 925 877
1996	76 912	1 380 902	154 062	6 776 451
1997	77 232	1 364 141	160 143	6 679 715
1998	73 074	1 300 681	166 287	6 670 624

**1978 = 100**

1978	100	100	100	100
1979	108	105	99	103
1980	126	118	100	105
1981	145	136	104	107
1982	148	142	108	108
1983	142	140	108	109
1984	135	137	100	109
1985	138	136	92	107
1986	149	142	87	104
1987	164	152	82	101
1988	175	135	80	97
1989	183	147	73	93
1990	201	161	68	89
1991	230	176	64	86
1992	291	193	61	81
1993	392	214	59	77
1994	380	219	57	73
1995	345	217	57	72
1996	340	217	58	71
1997	341	215	60	70
1998	323	205	62	70

\*) Früheres Bundesgebiet; seit 1995 einschl. Berlin-Ost.

EUROPEAN COMMUNITY  
BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND



TR-E No 745994

TÜRKİYE CUMHURİYETİ  
REPUBLIC OF TURKEY



PASSPORT  
PASSPORT

Date of issue 20708/51  
No.

Be passport 20708/51  
This passport contains 20 pages

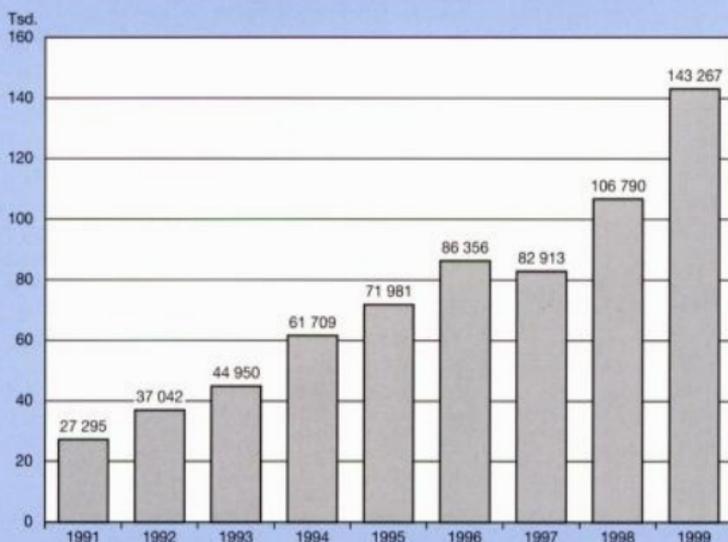
**11 Einbürgerungen**

## 11 Einbürgerungen

Neben der Aufenthaltsdauer ist vor allem der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ein wichtiger Maßstab für die Integration ausländischer Mitbürger.

Die Rechtsgrundlagen für die Einbürgerung von Ausländern änderten sich in den 90er Jahren wiederholt. Dabei wurde die Einbürgerung schrittweise erleichtert und zudem ein Regelanspruch auf Einbürgerung eingeführt. Die im Berichtsjahr 1999 geltenden Rechtsgrundlagen<sup>1)</sup> für eine Einbürgerung von Ausländern wurden durch das Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes zum Jahresanfang 2000 wiederum reformiert.

Abb. 11.1: Einbürgerungen von Ausländern und Ausländerinnen



Statistisches Bundesamt 2001 - 02 - 0166

Die Änderung der gesetzlichen Bestimmungen hat in der Vergangenheit die jährliche Zahl von Einbürgerungen stark beeinflusst. Seit Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes im Januar 1991, das die erleichterte Einbürgerung junger Ausländer und von Ausländern nach langem Aufenthalt<sup>2)</sup> sowie deren Familienangehörigen ermöglichte, haben die Einbürgerungen deutlich zugenommen. Dies war zu erwarten.

<sup>1)</sup> Nach § 85 des Ausländergesetzes besitzen junge, in Deutschland aufgewachsene Ausländer sowie nach § 86 Abs. 1 des Ausländergesetzes lange hier lebende Ausländer (mindestens 15 Jahre) seit Mitte 1993 einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung, sofern weitere bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Bei jungen Ausländern zählen hierzu unter anderem ein achtjähriger Aufenthalt sowie sechsjähriger Schulbesuch im Bundesgebiet.

Eine Ermessenseinbürgerung kann nach geltendem Recht zum einen nach den §§ 8 und 9 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erfolgen, wenn im Regelfall ein Inlandsaufenthalt von zehn Jahren vorliegt oder es sich um die Einbürgerung des ausländischen Ehegatten eines Deutschen handelt. Zum andern kann sie nach § 86 Abs. 2 des Ausländergesetzes beim Ehegatten oder den minderjährigen Kindern eines lange hier lebenden Ausländers erfolgen, der gemäß § 86 Abs. 1 des Ausländergesetzes eingebürgert wird, auch wenn der Ehegatte bzw. die Kinder weniger als 15 Jahre im Bundesgebiet leben.

<sup>2)</sup> Seit dem 1. Juli 1993 Anspruchseinbürgerungen für die genannten Gruppen

ten, zumal bis 1991 nur Ermessenseinbürgerungen auf Grundlage des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes möglich waren. Die Zahl der Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern ist zwischen 1991 laufend – mit Ausnahme 1997 – gestiegen und hat sich von 1991 bis 1999 von 27 300 auf 143 300 erhöht und damit verfünffacht. Von den 143 300 ausländischen Personen, die 1999 die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, wurden 114 300 oder 79,8 % auf der Grundlage des Ausländergesetzes eingebürgert.

**Tab. 11.1: Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern nach Rechtsgrundlagen**

	Insgesamt	Darunter Einbürgerungen gem. Ausländergesetz 1)		
		§ 85	§ 86 Abs. 1	§ 86 Abs. 2
1994 .....	61 709	10 419	24 995	7 570
1995 .....	71 981	12 141	27 952	13 290
1996 .....	86 356	14 409	34 343	18 070
1997 .....	82 913	12 859	30 892	19 557
1998 .....	106 790	16 932	39 949	26 004
1999 .....	143 267	23 572	56 111	34 625

1) Erläuterung siehe Fußnote auf S.106

Die Aufgliederung der Einbürgerungen nach den am häufigsten vertretenen Nationalitäten ergibt folgendes Bild: 1999 wurden 103 900 Türkinnen und Türken eingebürgert; damit hatten türkische Staatsangehörige den weitaus höchsten Anteil an allen Einbürgerungen von Ausländern. Der Anteil türkischer Staatsangehöriger unter den in Deutschland lebenden Ausländern betrug 1999 28 %. Die zweitgrößte Gruppe der Eingebürgerten waren 5 000 Personen mit einer ehemals marokkanischen Staatsangehörigkeit. Weitere 4 200 Eingebürgerte kamen aus Bosnien-Herzegowina und 3 600 besaßen vor ihrer Einbürgerung die jugoslawische Staatsbürgerschaft.

Die absolute Zahl von Einbürgerungen sagt nur wenig über das allgemeine Interesse der ausländischen Bevölkerung an einer Einbürgerung aus. Gewisse Aufschlüsse hierüber lassen sich durch die Berechnung einer Einbürgerungsquote gewinnen, bei der die Zahl der eingebürgerten Personen auf die Zahl aller Ausländerinnen und Ausländer bezogen wird. Für 1999 ergab sich eine Einbürgerungsquote insgesamt von knapp 2,0 %, 1991 betrug sie noch 0,5 %. Es gibt aber erhebliche nationalitätenspezifische Unterschiede. So wiesen 1999 tunesische (6,2 %) und marokkanische Staatsangehörige (6,2 %) relativ hohe Einbürgerungsquoten auf. Die Einbürgerungsquote der Türkinnen und Türken lag bei 5,1 %, sehr niedrig war sie bei den jugoslawischen Staatsangehörigen (0,5 %).



130

140

170

160

150

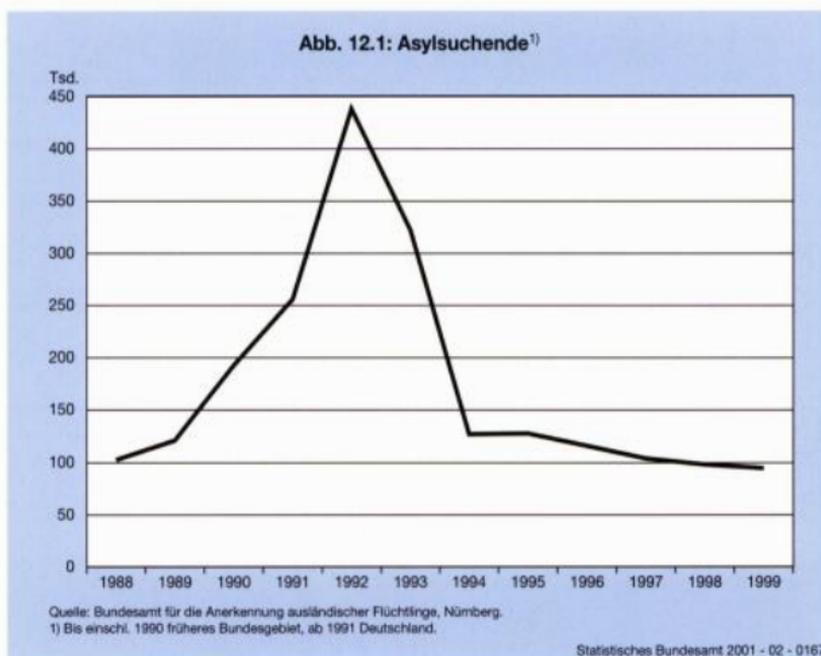
## 12 Asylanträge



## 12 Asylanträge

### 12.1 Seit 1992 wieder sinkende Zahl neuer Asylanträge

Bis Mitte der 70er Jahre stellten nur sehr wenige Menschen in Deutschland einen Asylantrag. Ihre Zahl hatte daher auf die Höhe der Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern praktisch keine Auswirkungen. Waren in der Asylbewerberstatistik bis zum Jahre 1965 meist nur Flüchtlinge aus den früheren Ostblockstaaten erfasst, so zeigen die Veränderungen der Asylbewerberzahlen und Herkunftsländer ein Bild von den politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in der ganzen Welt. Kriege, Bürgerkriege, Menschenrechtsverletzungen und die Zunahme von Gewalt in vielen Ländern schlugen sich in steigenden Zugangszahlen nieder. Die Gründe, das Heimatland zu verlassen, liegen aber auch in den Lebensumständen und dem individuellen Schicksal von Einzelpersonen.



So führten in den Jahren 1968/69 die Niederwerfung des „Prager Frühlings“ in der damaligen Tschechoslowakei, 1979/80 die innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Türkei zu steigenden Asylbewerberzahlen. 1976 wurden erstmals mehr als 10 000 Asylsuchende registriert. Im Jahr 1980 erreichte diese Zahl mit fast 108 000 einen ersten Höchststand, weshalb die Bundesregierung im gleichen Jahr ein Sofortprogramm beschloss. Hierzu zählten u. a. die Wiedereinführung des Sichtvermerkzwangs für die Türkei und verschiedene afrikanische und asiatische Länder, das Verbot der Arbeitsaufnahme während der ersten zwölf Monate des Asylverfahrens.

rens, die Streichung des Kindergeldes für Asylbewerberinnen und -bewerber sowie die Gewährung von sozialen Hilfen in Form von Sachleistungen anstelle von Geldzuwendungen.

Die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber ging zunächst zurück, und zwar bis auf 19 700 im Jahr 1983. Bereits im darauffolgenden Jahr wurden jedoch wieder mehr Asylanträge gestellt, und 1986 erreichte die Antragszahl mit knapp 100 000 einen neuen Höchststand. Im September jenes Jahres erhielt die Bundesregierung von der ehemaligen DDR die Zusage, dass die Weiterreise ausländischer Staatsangehöriger durch die ehemalige DDR und Berlin (Ost) in das frühere Bundesgebiet vom 1.10.1986 an ohne die erforderlichen Sichtvermerke nicht mehr gestattet würde. Diese und weitere von der Bundesregierung beschlossene asylrechtliche Maßnahmen bewirkten 1987 eine Abnahme der Zahl von Asylbewerbern auf 57 400.

**Tab: 12.1: Asylanträge und Asylberechtigte ab 1972 \*)**

Jahr	Asylanträge	Asylberechtigte	Anerkennungsquote <sup>1)</sup>
	Anzahl		%
1972 .....	5 289	2 844	39,8
1974 .....	9 424	4 133	32,4
1976 .....	11 123	2 654	18,4
1978 .....	33 136	2 301	10,3
1980 .....	107 818	12 783	12,0
1981 .....	49 391	8 531	7,7
1982 .....	37 423	6 209	6,8
1983 .....	19 737	5 032	13,7
1984 .....	35 278	6 566	26,6
1985 .....	73 832	11 224	29,2
1986 .....	99 650	8 853	15,9
1987 .....	57 379	8 231	9,4
1988 .....	103 076	7 621	8,6
1989 .....	121 318	5 991	5,0
1990 .....	193 063	8 518	4,4
1991 .....	256 112	11 597	6,9
1992 .....	438 191	9 189	4,3
1993 .....	322 599	16 396	3,2
1994 <sup>2)</sup> .....	127 210	25 578	7,3
1995 .....	127 937	18 100	9,0
1996 .....	116 367	14 389	7,4
1997 .....	104 353	8 443	4,9
1998 .....	98 644	5 227	3,9
1999 .....	95 113	4 114	4,3

<sup>1)</sup> 1972 bis 1990: frühes Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland. – <sup>2)</sup> Die Anerkennungsquote bezieht sich auf die Entscheidungen über die Asylanträge des jeweiligen Berichtsjahres. – <sup>3)</sup> Ab Berichtsjahr 1994 wurden nur noch Erstanträge erfasst.

Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Nürnberg.

Die rückläufige Entwicklung setzte sich jedoch nicht fort. Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, aber auch die ständig wachsende Armut in der Dritten Welt, der wirtschaftliche Zusammenbruch im Osten Europas sowie der unbestreitbar vor-

handene Sogeffekt des wirtschaftlichen Wohlstandes und der politischen Stabilität in Deutschland führten wieder zu weiter steigenden Asylbewerberzahlen. 1992 stiegen die Anträge sprunghaft auf 438 000 an, den bisher höchsten Stand. Von 1978 bis 1991 waren vom Gesetzgeber bereits mehrere Verordnungen und Gesetzesänderungen zur Straffung und Beschleunigung der Asylverfahren ergangen, die jedoch eine weitere Zuwanderung nicht nachhaltig stoppen konnten. Ende 1992 vereinbarten CDU, CSU, SPD und F.D.P. daher eine Änderung des Grundgesetzes, die Asylmissbrauch verhindern und den Schutz der tatsächlich politisch Verfolgten gewährleisten sollte. Nachdem eine stetige und erhebliche Zunahme der Asylfälle im Zeitraum von 1988 bis 1992 zu verzeichnen war, ging die Zahl der Asylanträge mit der im Juni 1993 wirksam gewordenen Änderung des Art. 16 GG und den am 1. Juli 1993 in Kraft getretenen verfahrensrechtlichen Neuregelungen (u. a. Festlegung von „sicheren Drittstaaten“) im Jahr 1993 deutlich auf 322 600 zurück (1. Halbjahr 1993 = 224 000, 2. Halbjahr 1993 = 98 600). Das waren etwa 115 600 oder 26 % weniger als 1992. In den Jahren 1994 bis 1999 hat die Zahl der Asylanträge von 127 200 auf 95 113 weiter stark abgenommen.

Der Anteil der vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge als asylberechtigt Anerkannten an allen Personen, über deren Asylantrag im Laufe eines Berichtsjahres entschieden wurde, war Anfang der 70er Jahre relativ hoch. Die Anerkennungsquote betrug beispielsweise 1972 knapp 40 %. Seit 1987 ging sie in immer stärkerem Maße zurück. Im Jahr 1993 betrug die Anerkennungsquote 3,2 %, im Jahr 1994 dann 7,3 %. In den Folgejahren stieg sie 1995 noch auf 9,0 %, ging dann aber kontinuierlich zurück und lag 1999 bei 4,3 %.

## 12.2 Die meisten Asylsuchenden kommen aus Europa

Die weit überwiegende Zahl der Antragstellerinnen und Antragsteller kommt aus den zehn zugangsstärksten Herkunftsländern des jeweiligen Jahres. Änderungen in der Zusammensetzung der Hauptherkunftsländer sind Ausdruck der wirtschaftlichen und politischen Zustände in diesen Ländern und dokumentieren die Wirksamkeit der Asylrechtsänderung des Jahres 1993. Während in den Jahren 1986 bis 1995 osteuropäische Staaten (Polen von 1986 bis 1990, Ungarn von 1987 bis 1988, Rumänien von 1987 bis 1995, Bulgarien von 1990 bis 1994) zu den Hauptherkunftsländern zählten, spielen sie seither nur eine unbedeutende Rolle. Die Bundesrepublik Jugoslawien (bis 1991 Jugoslawien) zählt seit 1987, die Türkei seit 1986 durchgängig zu den Hauptherkunftsländern.

Wie schon in der Zeit von 1982 bis 1987 kamen die meisten Asylbewerberinnen und Asylbewerber auch in den 90er Jahren aus europäischen Staaten. Allerdings verminderte sich ihr Anteil von 70,9 % im Jahre 1992 nach Schwankungen auf nur noch 50,2 % im Jahre 1999. Die meisten von ihnen stammten schon 1992 aus dem früheren Jugoslawien (28 %). Dieser Anteil ist – mit Ausnahme der Jahre 1996 und 1997 (18 % und 16,7 %) – in etwa gleich geblieben. 1998 gab es allerdings einen starken Anstieg (auf 37,7 %). Im Jahre 1999 kamen 33,1 % der Asylbewerber aus dem früheren Jugoslawien. Seit Beginn des Bürgerkrieges und dem Zerfall des ehemaligen jugoslawischen Staates kommt der größte Teil der Antragstellerinnen und Antragsteller von dort.

1992 waren die Rumänen fast genauso stark unter den europäischen Asylsuchenden vertreten (23,7 %). Mit den Asylrechtsänderungen sind die Anträge von Rumänen so stark zurückgegangen, dass sie heute nur eine unbedeutende Zahl darstellen.

Der zweite große Teil der asylsuchenden Menschen kommt heute aus asiatischen Ländern. Ihr Anteil ist seit 1992 von 12,9 % auf 36,7 % im Jahr 1999 angewachsen. Diese Zahlen verteilen sich auf eine Vielzahl von Ländern. Als Hauptherkunftsländer sind hier der Irak (9,1 %), Afghanistan (4,7 %), der Iran (3,6 %) sowie Sri Lanka und Pakistan (1,3 % bzw. 1,8 %) zu nennen.

**Tab: 12.2: Asylsuchende nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten**

Land der Staatsangehörigkeit	1992		1995		1999	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Europa . . . . .	310 529	70,9	67 411	52,7	47 742	50,2
Darunter:						
Bulgarien . . . . .	31 540	0,1	1 152	0,9	90	0,1
Jugoslawien <sup>1)</sup> . . . . .	122 666	28,0	32 711	25,6	31 451	33,1
Polen . . . . .	4 212	1,0	119	0,1	42	0,0
Rumänien . . . . .	103 787	23,7	3 522	2,8	222	0,2
Türkei . . . . .	28 327	6,5	25 514	19,9	9 065	9,5
Afrika . . . . .	67 408	15,4	14 374	11,2	9 594	10,1
Darunter:						
Äthiopien . . . . .	1 592	0,4	1 168	0,9	336	0,4
Algerien . . . . .	7 669	1,8	1 447	1,1	1 473	1,5
Ghana . . . . .	6 994	1,6	275	0,2	277	0,3
Kongo, Dem. Republik <sup>2)</sup> . . . . .	8 305	1,9	2 546	2,0	801	0,8
Nigeria . . . . .	10 486	2,4	1 164	0,9	305	0,3
Amerika und Australien . . . . .	356	0,1	234	0,2	288	0,3
Asien . . . . .	56 480	12,9	43 920	34,3	34 874	36,7
Darunter:						
Afghanistan . . . . .	6 351	1,4	7 515	5,9	4 458	4,7
Indien . . . . .	5 798	1,3	2 691	2,1	1 499	1,6
Irak . . . . .	1 484	0,3	6 880	5,4	8 662	9,1
Iran, islamische Republik . . . . .	3 834	0,9	3 908	3,1	3 407	3,6
Libanon . . . . .	5 622	1,3	1 126	0,9	598	0,6
Pakistan . . . . .	5 215	1,2	3 116	2,4	1 727	1,8
Sri Lanka . . . . .	5 303	1,2	6 048	4,7	1 254	1,3
Staatenlos u. a. . . . .	3 418	0,8	1 998	1,6	2 615	2,7
Insgesamt . . . . .	438 191	100	127 937	100	95 113	100

<sup>1)</sup> Einschl. Kroatien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina sowie Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind, <sup>2)</sup> 1999 Serbien/Montenegro. – <sup>2)</sup> Ehem. Zaire.



1 000

Insgesamt Davon im Alter von bis unter Jahren  
 unter 18 18 - 25 25 - 40 40 - 65 65 und mehr

Tab. 5.4: Haushalte nach Staatsangehörigkeit der Bezugsperson und Einzugsjahr

Staatsangehörigkeit der Gesamt 1)

Tab. 2.1: Eheschließungen

Jahr

Insgesamt Zwischen Deutschen Von oder mit ausländischen Partnern

zusammen beide Ehepartner Ausländer Frau De

Mann Ausländer Mann Deutscher Frau Ausländerin

zusammen dar. mit gleicher Staatsangehörig

## 13 Methodische Grundlagen

Eriheres Bundesgebiet

Deutschland

1990

521.445 500.362 21.083 1.625 938 15.600

Ausländer/-in

1.752,5 14,9 20,3 26,9 36,6 1,3

Tab. 9.2: Deutsche und ausländische Schwerbehinderte am 31.12.1999 nach Grad der Behinderung

18,4 18,6 1,1 gebotes, sie s

18,8 19,6 1,2

6.568

11.224

8.053

8.231

7.621

5.991

8.518

11.597

9.189

16.398

25.578

18.100

Insgesamt Deutsche Ausländer

Anzahl % Anzahl % Anzahl %

6.633.466 100 6.409.571 100 223

Tab. 1.1: Bevölkerung insgesamt und ausländische Bevölkerung \*)

1.942

35,4

1.065

18,0

775,8

11,2

855,7

10,8

765,9

3,7

1.638

20,9

Deutsches Reich

Stichtag Bevölkerung insgesamt Weibliche Personen je 1000 männliche

Ausländer/-innen insgesamt Weibliche Personen je 1000 männliche

1 000 Anzahl 1 000 je 1 000 Einwohner A

Tab. 12.1: Asylanträge und Asylberechtigte ab 1972 \*)

768,8 1.037 206,8 5.658

234,1 1.039 276,1 6.749

428,5 1.040 433,3 9.775

367,2 1.032 778,7 14 6)

926,0 1.026 1.259,9 19 7)

218,5 1.058 756,8 12 1)

Anzahl %

808,9 1.142 506,0 10

174,8 1.127 686,2 12 4)

5.289 2 502,5 1.094 3.438,7 56

Asylanträge Asylberechtigte

## 13 Methodische Grundlagen der Ausländerstatistik

Um die demographische, soziale und wirtschaftliche Situation der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland untersuchen zu können, ist umfangreiches statistisches Material notwendig. Die amtliche Statistik weist seit vielen Jahren – und verstärkt seit 1970 – im Rahmen der Bevölkerungsstatistik (Volkszählungen, laufende Bevölkerungsstatistiken, Mikrozensus) nicht nur Daten für die Gesamtbevölkerung, sondern auch für die deutsche und ausländische Bevölkerung getrennt nach. Gesonderte Angaben über ausländische Bürgerinnen und Bürger stehen ferner aus verschiedenen Wirtschafts-, Sozial- und Kulturstatistiken zur Verfügung. Über die Bevölkerungsstatistik hinausgehend wurden daher in diesem Band auch Ergebnisse aufgenommen aus der letzten Wohnungsstichprobe (Wohnverhältnisse der ausländischen Bevölkerung) und der Statistik des Bildungswesens (ausländische Schülerinnen und Schüler sowie Studierende). Ferner wurden Zahlen aus den Erhebungen des Bauhauptgewerbes (ausländische Beschäftigte), der Sozialhilfestatistik (ausländische Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe) sowie Angaben aus der Strafverfolgungsstatistik über die von den Strafgerichten verurteilten ausländischen Straffälligen berücksichtigt. Die vorliegende Veröffentlichung enthält außerdem Ergebnisse der Einbürgerungsstatistik (Eingebürgerte nach ihrer früheren Staatsangehörigkeit).

In der ersten Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine spezielle Ausländerstatistik, die allerdings ab 1955 nicht fortgeführt wurde. Neue Zahlen erbrachte dann erst wieder die Volkszählung 1961. Zwischen 1967 und 1971 standen statistische Daten aus Karteiauszahlungen zur Verfügung, die die Ausländerbehörden nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes vom 07.07.1967<sup>1)</sup> sowie aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bundesminister des Innern und den Innenministern bzw. -senatoren der Länder in den Jahren 1967 - 1970 (jeweils zum 30.09.) sowie zum 31.12.1971 vorzunehmen hatten. Die so ermittelten Zahlen sind vom Statistischen Bundesamt zum Bundesergebnis konzentriert und regelmäßig veröffentlicht worden. Speziell für historisch interessierte Leserinnen und Leser enthält diese Veröffentlichung Angaben über die Entwicklung der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland und ihres Anteils an der Bevölkerung seit 1871.

Seit 1972 wird die Ausländerstatistik nicht mehr anhand der Meldungen der örtlichen Ausländerbehörden, sondern in einer erweiterten, aber nach wie vor hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Verwaltung zugeschnittenen Form durch eine maschinelle Auszählung des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters (AZR) erstellt. Diese Umstellung gab der amtlichen Statistik die Möglichkeit, statistisch relevante Daten (Geburtsdatum, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus sowie regionale Zuordnung) zu gewinnen und damit ihr Informationsangebot zu erweitern. Die wichtigsten Ergebnisse der zum 31.12.1998 durchgeführten Auszählung des AZR sind in der vorliegenden Veröffentlichung enthalten.

<sup>1)</sup> Gemeinsames Ministerialblatt (GMBI. S. 231).

Um möglichst schnell Ergebnisse über die Entwicklung und Struktur der im Bundesgebiet lebenden ausländischen Bevölkerung zu erhalten, erfolgt die Bereitstellung des Datenmaterials für die Auszählung unmittelbar nach dem Stichtag 31.12. eines Jahres. Es können daher nur die ausländischen Bürgerinnen und Bürger, deren Daten am Stichtag in der Hauptdatei des Registers enthalten waren, berücksichtigt werden. Insbesondere bei Fortzugmeldungen treten Verzögerungen deshalb auf, weil sie oft erst mit erheblicher Verspätung den Ausländerbehörden bekannt werden. Gleichwohl kann aus der Datei eine hinreichend genaue Vorstellung über die jeweilige Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer gewonnen werden.

Dies gilt jedoch nicht für den Altersaufbau, den Familienstand und teilweise auch nicht für die Frage nach dem Anteil der ausländischen Bevölkerung in kreisfreien Städten und Landkreisen. So weist das AZR beispielsweise einerseits erheblich zu wenig Kinder und Jugendliche aus, andererseits aber häufig zu viele Personen mittleren und höheren Alters. Nach Alter und Familienstand gegliederte Zahlen (auch in Kombination mit der Staatsangehörigkeit) aus dem AZR wurden daher in diesem Band nicht verwendet. Ersatzweise gibt es Strukturdaten über den Altersaufbau der ausländischen Bevölkerung und – zu Vergleichszwecken – entsprechende Angaben für die deutsche Bevölkerung aus der amtlichen Fortschreibung des Bevölkerungsstandes.

Wegen der erheblichen Abweichungen des AZR vom Ergebnis der am 25. Mai 1987 durchgeführten Volkszählung war eine Anpassung der Registerdaten erforderlich. Dies geschah im Prinzip dadurch, dass das jeweils ermittelte Auszählungsergebnis um die zum Volkszählungstichtag festgestellte Differenz vermindert wurde. 1989 erfolgte eine Korrektur des Registers, wodurch sich die zum Stichtag der Volkszählung festgestellte Überhöhung der Zahlen des AZR allmählich abbaute. Die Ergebnisse der Registerbereinigung wurden daher bei der Anpassung der Zahlen mit berücksichtigt. Ab Berichtsjahr 1990 war eine Bereinigung der durch Auszählung des AZR ermittelten Zahlen nicht mehr erforderlich, da der Registerfehler bis auf eine zu vernachlässigende Restgröße minimiert worden war.

Die Angaben über die Nationalität der Ausländerinnen und Ausländer beziehen sich auf die Staatsangehörigkeit, unter der sie am Auszählungstichtag im AZR geführt wurden. Sie entsprechen damit bei Menschen aus neu gebildeten Staaten (z. B. auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens) nicht immer den tatsächlichen staatsangehörigkeitsrechtlichen Verhältnissen. So können sich beispielsweise unter den Bürgern mit jugoslawischer Staatsangehörigkeit auch Personen befinden, die inzwischen die kroatische oder slowenische Staatsangehörigkeit besitzen. Eine den tatsächlichen Verhältnissen im Einzelfall entsprechende Änderung der Staatsangehörigkeit kann im AZR jedoch nur dann vorgenommen werden, wenn sie der Registerbehörde bekannt wird.

Neben den Ergebnissen der speziellen Ausländerstatistik sind in diesem Band Zahlen über Ausländerinnen und Ausländer aus verschiedenen Arbeitsgebieten der Bundesstatistik eingeflossen. Verwendet wurden auch Daten der Bundesanstalt für Arbeit über ausländische Arbeitnehmer sowie Zahlen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge über Asylanträge und Asylberechtigte.

